

Materialien zu Wirtschaft  
und Gesellschaft Nr. 165  
Working Paper-Reihe der AK Wien

Herausgegeben von der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik  
der Kammer für Arbeiter und Angestellte  
für Wien

## **Verankerung wohlstandsorientierter Politik**

Markus Griesser  
Ulrich Brand

Dezember 2016

---

Die in den Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft  
veröffentlichten Artikel geben nicht unbedingt die  
Meinung der AK wieder.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei  
der Deutschen Bibliothek erhältlich.

ISBN 978-3-7063-0659- 1

© Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien  
A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22, Tel: (01) 501 65, DW 2283

## Executive Summary

Die vorliegende Studie fragt nach den strategischen Möglichkeiten, ausgehend von der Debatte um alternative Wohlstands- und Fortschrittsindikatoren eine wohlstandsorientierte Politik in Österreich institutionell besser zu verankern. Zu diesem Zweck wird einleitend infolge einer Verortung der Indikatoren-debatte im Kontext aktueller Diskussionen um Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität die forschungsleitende Frage entwickelt.

Im darauffolgenden Kapitel werden der theoretische Rahmen und die methodischen Grundlagen der Studie skizziert. Wie dargelegt wird, lässt sich die Studie dabei hinsichtlich der zugrundeliegenden Theorie als interpretative Policy-Analyse begreifen, die in methodischer Hinsicht v.a. auf ExpertInneninterviews zum Zweck der Datenerhebung sowie auf qualitativen Inhaltsanalysen zum Zweck der Datenauswertung basiert.

Im dritten Kapitel geht es alsdann darum, den Forschungsstand zu erheben und den Untersuchungsgegenstand einzugrenzen. Zu diesem Zweck wird in groben Zügen der Verlauf der Indikatoren-debatte seit den 2000er-Jahren rekonstruiert. Konkret werden v.a. die auf internationaler Ebene entwickelten Projekte im Anschluss an die Empfehlungen der 2008 in Frankreich eingesetzten *Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress* sowie deren Rezeption in Österreich dargelegt.

*Kapitel 4* enthält den empirischen Kern der Studie im Sinne der auf die Forschungsfrage bezogenen Strategieanalysen und damit verbundenen Motivlagen relevanter AkteurInnen. Dabei stehen drei unterschiedliche Öffentlichkeiten im Zentrum, nämlich eine wissenschaftliche, eine politisch-institutionelle und eine breitere mediale. Mit Blick auf alle drei Öffentlichkeiten wird der Frage nachgegangen, woran aus Perspektive verschiedener Stakeholder-Gruppen eine bessere Verankerung wohlstandsorientierter Politik in Österreich bislang scheitert bzw. wie diese zukünftig zu bewerkstelligen ist.

Im abschließenden fünften Kapitel werden die Problemformulierungen bzw. die darauf bezogenen Lösungsoptionen thesenförmig resümiert, und es werden zentrale Schlussfolgerungen präsentiert. Konkret wird auf die Frage eingegangen, unter welchen Voraussetzungen wohlstandsorientierte Ansätze als Lösungen für das Problem einer einseitig verkürzten Wirtschaftspolitik an zentraler Stelle auf die politische Agenda gesetzt werden könnten. Dabei wird erläutert, dass der Erfolg eines solchen Vorhabens nicht zuletzt davon abhängt, inwiefern es gelingt, die mit diskursiven Pfadabhängigkeiten und epistemischen Selektivitäten verbundenen Restriktionen abzumildern bzw. zu überwinden.

## Inhaltsverzeichnis

(1) Problemaufriss und Erkenntnisinteresse	1
(1.1) Von der Indikatorendebatte zur Debatte um ihre mangelhafte Verankerung	1
(1.2) Die Indikatorendebatte im zeitgeschichtlichen Kontext	5
(1.3) Zum Anliegen der Studie	7
(2) Theoretischer Rahmen und methodische Grundlagen	10
(2.1) Theoretischer Rahmen	10
(2.2) Methodische Grundlagen	12
(3) Forschungsstand und Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands	14
(3.1) Vom Stiglitz-Sen-Fitoussi-Report zu <i>How's Life?</i>	17
(3.2) Von <i>Beyond GDP</i> zu <i>GDP and beyond</i>	23
(3.3) Von der ESSC-Sponsorship Group zu <i>Wie geht's Österreich?</i>	30
(4) Möglichkeiten und Grenzen der Verankerung wohlstandsorientierter Politik	35
(4.1) Breite (mediale) Öffentlichkeit	35
(4.2) Wissenschaftliche (Fach-)Öffentlichkeit	44
(4.3) Politisch-institutionelle (Fach-)Öffentlichkeit	50
(5) Schlussfolgerungen und Fazit	63
(5.1) Resümierende Zusammenfassung	63
(5.2) Theoriegeleitete Schlussfolgerungen	68
(6) Verzeichnis der Interviews	71
(7) Literatur	73
(8) Abkürzungsverzeichnis	79

## **(1) Problemaufriss und Erkenntnisinteresse**

Seit Ende der 2000er-Jahre intensivieren sich die Debatten um eine einseitig verengte Wirtschaftspolitik unter Ausklammerung sozialer und ökologischer Dimensionen. Vor diesem Hintergrund gewinnt auch die Problematisierung traditioneller Kennzahlen gesellschaftlichen Wohlstands und Fortschritts sowie die Forderung nach ihrer Ersetzung bzw. Ergänzung durch alternative Indikatoren (erneut) an Bedeutung. Schließlich besteht ein enger Zusammenhang zwischen statistischen Erhebungen und politischen Entscheidungen; oder wie der Abschlussbericht der *Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress* es prominent formulierte (vgl. Stiglitz et al. 2009: 7): „What we measure affects what we do; and if our measurements are flawed, decisions may be distorted.“ Wie in diesem einleitenden Kapitel kurz dargelegt werden soll, steht im Zentrum der Auseinandersetzung das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als jener Indikator, der ausgehend von den 1930er-Jahren zur „mächtigste[n] Kennzahl der Menschheitsgeschichte“ (Lepenes 2013: 9; vgl. auch Fioramonti 2013: 1) avancierte.

### **(1.1) Von der Indikatorendebatte zur Debatte um ihre mangelhafte Verankerung**

Vor rund zehn Jahren bereits, nämlich im Jahr 2007, gingen auf internationaler Ebene zwei Konferenzen über die Bühne, die als zentrale Ausgangspunkte jener Debatte gelten, die dann infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise massiv an Fahrt gewann (vgl. etwa ESSC 2011: 9; STAT 2015a: 30f.): Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) startete bei ihrem zweiten Weltforum zu *Statistics, Knowledge and Policies* in Istanbul das Projekt *Measuring the Progress of Societies*; und die EU-Kommission organisierte gemeinsam mit dem EU-Parlament sowie einer Reihe weiterer AkteurInnen wie OECD und *Club of Rome* die Konferenz *Beyond GDP*.

Im Bereich der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und Beratung wurde die Debatte um neue Indikatoren gesellschaftlichen Wohlstands und Fortschritts in der Folge wesentlich von der bereits zitierten *Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress* vorangetrieben, die zu Beginn des Jahres 2008 vom damaligen französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy eingesetzt worden war (vgl. Stiglitz et al. 2009). Im Bereich der wirtschaftspolitischen Debatte und Praxis markierte eine im August 2009 seitens der Europäischen Kommission unter dem Titel *GDP and beyond: Measuring progress in a changing world* veröffentlichte *Roadmap for Action* einen

zentralen Schritt (vgl. Europäische Kommission 2009).

In den darauffolgenden Jahren starteten auf europäischer Ebene unterschiedliche Institutionen, Gremien und Behörden Initiativen zur Umsetzung des hier entwickelten Fahrplans für eine Erweiterung des BIP um Kennziffern für u.a. ökologische Nachhaltigkeit und soziale Inklusion. In den Augen der Europäischen Kommission (2013: 32) markieren jedoch vor allem die *Europa 2020*-Strategie für Beschäftigung und Wachstum sowie das damit verbundene Steuerungsinstrument des *Europäischen Semesters* „early examples of the practical implementation of the *GDP and Beyond* initiative“, werden damit doch neben wirtschaftlichen auch soziale und ökologische Ziele in indikatorenbasierter Form verfolgt.

In manchen Ländern wurde der von diesen Initiativen ausgehende Impuls unmittelbar vonseiten der Politik aufgegriffen. Das gilt etwa für Deutschland, wo es Ende 2010 – vor dem Hintergrund einer regen wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Debatte zum Thema<sup>1</sup> – zur Einsetzung der Enquete-Kommission *Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft* durch den Deutschen Bundestag u.a. zum Zweck der Ausarbeitung eines ganzheitlichen Fortschritts- und Wohlstandsindikators kam (vgl. insbesondere den Einsetzungsbeschluss in Enquete-Kommission 2013: 803ff.). Anders verlief die Entwicklung in Österreich, wo vor allem seitens der nationalen Statistikbehörde *Statistik Austria* als ausgegliederter Bundesanstalt öffentlichen Rechts auf die Debatte reagiert wurde. Konkret präsentierte diese erstmals im Oktober 2012 ihr Projekt *Wie geht's Österreich?*, in dessen Rahmen ein eigenes Indikatorenset sowie ein darauf basierendes Berichtswesen entwickelt wurden.

Doch nicht nur auf Ebene von Politik und Verwaltung, auch in (populär-)wissenschaftlichen Arbeiten (vgl. etwa Felber 2010: 35ff.; Marterbauer 2011: 217ff.) und journalistischen Beiträgen (vgl. etwa Misik 2010: 167ff.; Gepp 2015) wurde die Indikatorendebatte – vielfach unter unmittelbarer Bezugnahme auf die von Sarkozy 2008 in Frankreich eingesetzte Kommission – breit rezipiert. Entsprechend konstatierte etwa die Europäische Kommission (2013: 9) bereits vor Jahren „an increasing awareness of the need to

---

<sup>1</sup> Im Jahr 2010 präsentierte eine ForscherInnengruppe aus dem Umfeld der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) bzw. der Forschungsstelle für Umweltpolitik (FFU) einen im Auftrag des Umweltbundesamtes erarbeiteten Vorschlag für einen *Nationalen Wohlfahrtsindex* (vgl. Diefenbacher et al. 2010). Ebenfalls 2010 wurden seitens des Zentrums für Gesellschaftlichen Fortschritt ein sogenannter *Fortschrittsindex*, seitens des Centrums für angewandte Wirtschaftsforschung ein sogenannter *Lebenszufriedenheitsindikator* sowie seitens des Denkwerks Zukunft ein sogenanntes *Wohlstandsquartett* entwickelt (vgl. etwa Scheiblecker et al. 2011: 716).

complement GDP with other indicators that address social and environmental issues“. Und auch das Europäische Parlament (2011: 2) bestätigte in einer Resolution zum Thema aus dem Jahr 2011, dass „the need to improve data and indicators to complement GDP for overall societal development is increasingly recognised“.

Während jedoch das Bewusstsein von der Unzulänglichkeit traditioneller Kennzahlen gesellschaftlichen Wohlstands und Fortschritts wächst und eine Vielzahl von Vorschlägen für die Ersetzung bzw. Ergänzung des BIP durch alternative Indikatoren entwickelt wurde (für einen knappen Überblick vgl. etwa Diefenbacher/Zieschank 2011; Enquete-Kommission 2013: 299-335),<sup>2</sup> ist deren politische Wirkmächtigkeit bislang verhalten. Oder wie selbst die Europäische Kommission (2013: 7) in ihrem Zwischenresümee zur *Beyond GDP*-Initiative es formulierte:

„With the novel ‚GDP and Beyond‘ indicators becoming increasingly available, the challenge now is how to link the new insights they provide with the existing tools for policy assessment and evaluation, be they econometric models or political narratives. Further attention also needs to be given to how to effectively integrate and communicate the available indicators and summarise data.“

Bereits mit Blick auf die Sozialindikatoren-Debatte der 1960er- und 1970er-Jahre wurde in diesem Kontext konstatiert, dass deren mangelhafte politische Wirkmächtigkeit u.a. mit dem hier vorherrschenden, „overly simplistic view of how knowledge influences policy“ (Sharpe 1999: 8) zu tun hatte. Der bloße Umstand nämlich, dass solche Indikatoren zwar stets mit einem bestimmten Verständnis von gesellschaftlichem Wohlstand verbunden sind, sich jedoch nicht automatisch in eine entsprechend wohlstandsorientierte Politik übersetzen, blieb damals wie heute häufig außen vor. Dadurch jedoch gerät auch die grundlegende Einsicht aus dem Blick, dass – wie Lutz Brangsch (2011) es mit Blick auf die aktuelle Debatte pointiert formulierte – „Kennzifferfragen [...] Machtfragen“ sind.

Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen rückten in den vergangenen Jahren vereinzelt Fragen nach den wesentlichen Barrieren für die politische Wirkmächtigkeit alternativer Indikatoren bzw. nach Möglichkeiten ihrer Überwindung in den Fokus der Forschung (vgl. etwa Whitby et al. 2014).<sup>3</sup> So wurde beispielsweise in Deutschland 2012

---

<sup>2</sup> So merkt etwa auch die Statistik Austria (2015a: 30) kritisch an, „dass die Zahl der verschiedenen Indikatorensätze mittlerweile kaum mehr überschaubar“ sei. Laut Whitby et al. (2014: 3) hat dieser Umstand insofern auch weitreichende Auswirkungen auf die politische Wirkmächtigkeit der Indikatorendebatte, als „the sheer number and diversity of alternative indicators has made it difficult for their relevance and meaning to be appreciated by decision makers“.

<sup>3</sup> Das über das 7. EU-Rahmenprogramm finanzierte Forschungsprojekt *Brainpo(o)l – Bringing alternative indicators into policy* beschäftigte sich in international vergleichender Perspektive mit dem Thema (vgl.

seitens der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) bei den beiden Ökonomen Sebastian Dullien und Till van Treeck eine Studie in Auftrag gegeben, welche die Frage nach einem neuen Fortschritts- und Wohlstandsverständnis mit der Frage danach verband, wie sich dieses Verständnis effektiv medial vermitteln und politisch verankern ließe.

Die von den beiden Autoren ausgearbeiteten (vgl. Dullien/Van Treeck 2012a, 2012b) und späterhin von Dullien (2015) fortentwickelten Vorschläge zielen – in Anlehnung an das 1967 in Deutschland in Kraft getretene *Stabilitäts- und Wachstumsgesetz (StabG)*<sup>4</sup> – auf ein *Stabilitäts- und Wohlstandsgesetz* im Sinne eines umfassenden Regulierungsrahmens ab. Ähnlich seinem historischen Vorläufer umfasst dieses eine Reihe übergreifender Ziele, deren praktische Umsetzung anhand eines Sets von Indikatoren gemessen und mithilfe eines darauf bezogenen verpflichtenden Berichtswesens bzw. Monitoring- und Controlling-Prozesses überwacht werden soll.

Was erstgenannten Aspekt, also die Zielsetzungen anbelangt, schlagen Dullien und Van Treeck ein neues ‚magisches Viereck‘ der Wirtschaftspolitik bestehend aus materiellem Wohlstand, ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Nachhaltigkeit sowie Zukunftsfähigkeit von Staatstätigkeiten und -finanzen vor. Hinsichtlich des zweiten Aspekts plädieren sie für ein überschaubares Set von insgesamt rund zehn bis zwölf, den vier Zielen zugeordneten Indikatoren. Und im Hinblick auf den letztgenannten Aspekt schließlich entwickeln sie eine Reihe von Vorschlägen wie etwa die Ersetzung des von der Regierung zu erstellenden Jahreswirtschafts- durch einen Jahreswohlstandsbericht oder die Reform des bestehenden *Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung* bzw. seine Ergänzung durch ein vergleichbares, mit Fragen der ökologischen Nachhaltigkeit beschäftigtes Gremium (vgl. etwa Dullien/Van Treeck 2012a: 13ff.).

---

Whitby et al. 2014). In den drei Dimensionen (a) der politischen, (b) der Indikatoren- sowie (c) der prozessualen und strukturellen Barrieren werden dabei insgesamt 13 Probleme – von der mangelnden demokratischen Legitimität über Datenprobleme bis hin zu institutionellem Widerstand gegen Veränderungen – spezifiziert (vgl. ebd.: 28ff.). Im Anschluss daran entwickelt das Projekt in den drei Dimensionen sechs Vorschläge zur Überwindung der genannten Barrieren, namentlich (1) „develop processes to engage citizens and establish the democratic legitimacy“; (2) „develop a strong Beyond GDP narrative“; (3) „continue work on the technical and theoretical foundations of alternative indicators“; (4) „improve processes for integrated and innovative policy making“; (5) „develop strategies for overcoming institutional resistance“; und (6) „strengthen the ‚indicator entrepreneur‘ role“ (vgl. ebd.: 36ff.).

<sup>4</sup> Dullien/Van Treeck (2012a: 12) sehen zwar die im StabG formulierten Ziele der Wirtschaftspolitik (stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum; hoher Beschäftigungsstand; Stabilität des Preisniveaus; außenwirtschaftliches Gleichgewicht) als überholt an, nicht jedoch den dadurch etablierten Ansatz wirtschaftspolitischer Regulierung (gesetzliche Vorgabe wirtschaftspolitischer Ziele; Berichtswesen mit Jahreswirtschaftsbericht der Regierung und Jahresgutachten des Sachverständigenrats; gesetzliche Verpflichtung der Regierung zur öffentlichen Stellungnahme usw.).



Für Österreich hat jüngst Georg Feigl (2016, 2017) ein vergleichbares Konzept vorgelegt. Konkret wird hier ein auf acht Zielsetzungen basierendes ‚magisches Vieleck‘ entwickelt (Fair verteilter materieller Wohlstand, Lebensqualität, Umwelt, Vollbeschäftigung, Preisstabilität, stabile Staatstätigkeit, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und stabile Finanzmärkte), das mit einem an *Wie geht's Österreich?* orientierten Indikatorenset verknüpft werden soll. Flankierend wird für die politisch-institutionelle Öffentlichkeit ein umfassender Steuerungsrahmen vorgeschlagen,<sup>5</sup> der sich aus Regeln und Verfahren im Sinne politischer Orientierungsmarken, aus einer indikatorenbasierten Analyse, aus neuen Institutionen u.a. in Gestalt eines sogenannten Wohlstandsrates sowie aus Prozeduren vergleichbar dem Europäischen Semester zusammensetzt.<sup>6</sup> Zwecks Überwindung von mit den politischen Kräfteverhältnissen verbundenen Hindernissen entwickelt Feigl etwa in Form von Arbeitszeitverkürzungen und öffentlichen Investitionen zudem eine Reihe konkreter Einstiegsprojekte in eine wohlstandsorientierte Politik.

### **(1.2) Die Indikatorendebatte im zeitgeschichtlichen Kontext**

Die Kritik an der überragenden Bedeutung des BIP kann, wie ausgeführt wurde, als Ausdruck des mit der multiplen Krise ab 2007 einsetzenden Unbehagens darüber verstanden werden, was eigentlich gesellschaftlicher Fortschritt und individuelles Wohlbefinden bedeuten. Die Krise ist eben nicht nur eine von Wirtschaft und Finanzmärkten, sondern sie artikuliert sich mit der ökologischen Krise, sozialer Spaltung und einer zunehmenden Krise der sozialen Reproduktion, mit der Verdichtung und Prekarisierung von Arbeit sowie mit einer wachsenden Krise der gesellschaftlichen Repräsentation, wie sie sich etwa im Aufstieg rechtsextremer Parteien zeigt.

Doch die Vorstellungen, Praktiken und institutionellen Rahmenbedingungen von Wohlstand und Lebensqualität sind umkämpft. Welche Formen der Produktion und des individuellen wie kollektiven Konsums sind ihre Grundlage? Welche Produktion sollte also

---

<sup>5</sup> Neben Vorschlägen für eine bessere Verankerung wohlstandsorientierter Politik in der politisch-institutionellen Öffentlichkeit werden von Feigl (2017) auch solche in Bezug auf die mediale bzw. wissenschaftliche Öffentlichkeit skizziert. Exemplarisch verwiesen sei hier etwa auf den Vorschlag der Einbeziehung alternativer Indikatoren in die Prognose-Tätigkeit der Wirtschaftsforschungsinstitute.

<sup>6</sup> In einem Sonderkapitel des *Independent Annual Growth Survey (iAGS) 2017* haben Feigl und andere jüngst Vorschläge für komplementäre Maßnahmen seitens der Europäischen Union entwickelt. Von zentraler Bedeutung sind hier vor allem wohlstandsorientierte *Governance*-Strukturen u.a. in Gestalt eines Wohlstandsrates, der mit ExpertInnen aus den Bereichen Ökonomie, Soziales und Umwelt besetzt, sowie eines Wohlstandsberichts, der von besagtem Politikberatungsgremium auf EU-Ebene erstellt werden soll (vgl. Timbeau et al. 2016: 85f.).

(etwa im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge) ausgeweitet, welche (beispielsweise von der Automobilität hin zu anderen Mobilitätsformen) verändert werden? Was für Vorstellungen von Wohlstand und ‚gutem Leben‘ gibt es? Geht es also um den Konsum möglichst günstiger Produkte, deren sozialer und ökologischer Produktionsprozess ausgeblendet wird? Oder geht es eher um den Konsum von langlebigeren, vielleicht auch weniger materiellen Gütern – dafür aber stärker um ein an guten sozialen Netzwerken und ökologisch sensiblen Lebensweisen ausgerichtetes Leben auch jenseits der Versorgung mit dem Grundlegenden? Welche Formen der Erwerbsarbeit und der nicht-bezahlten Arbeit (Hausarbeit, Versorgungsarbeit usw.) – Letztere nimmt durchschnittlich insbesondere für Frauen immer noch einen größeren Teil der Zeit in Anspruch –, aber auch welches Verhältnis zwischen Arbeit und Nicht-Arbeit (*work-life-balance*) tragen zu einem erfüllten Leben bei? Wie werden persönliche Sicherheiten und individuelle Freiheiten, politische Partizipationsmöglichkeiten und eine lebenswerte Umwelt jenseits individuellen Einkommens gewährleistet?

Tim Jackson (2011) hat in seinem Aufsehen erregenden Buch *Wohlstand ohne Wachstum* gefragt, wie Wohlstand beschaffen sein soll, „der es den Menschen ermöglicht, ein gutes Leben zu führen, mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft zu schaffen, mehr Wohlbefinden zu erfahren und trotzdem die materiellen Umweltbelastungen zu reduzieren“ (ebd.: 54). Dabei vertraut er weder auf wirtschaftliches Wachstum noch auf technologische Lösungen, denn diese seien eine Selbsttäuschung. Ein nachhaltiges Wirtschaftssystem bedarf Jackson zufolge vielmehr politischer Rahmenbedingungen wie etwa einer ökologischen Steuerreform und strikter Obergrenzen für den Verbrauch von Ressourcen und den Ausstoß von Emissionen. Es bedarf aber auch kultureller Veränderungen wie etwa eines Abbaus des Konsumismus, einer Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, einer Stärkung der Fähigkeiten und Kompetenzen der Menschen sowie einer Unterstützung südlicher Länder beim Umbau ihrer Ökonomien (vgl. ebd.: 175ff.).

So zeigen die GesundheitsforscherInnen Richard Wilkinson und Kate Pickett (2010) mit dichtem empirischen Material: „Wirtschaftswachstum war für lange Zeit Motor des Fortschritts, doch in den reichen Ländern ist dieser Antrieb inzwischen weitgehend erschöpft. Das ökonomische Wachstum ist nicht mehr wie einst von Maßnahmen für das Wohlergehen und Wohlbefinden der Bürger begleitet. Schlimmer noch: Langfristig haben Ängste, Depressionen und andere soziale Probleme mit wachsendem Wohlstand zugenommen.“ (ebd.: 20) Mehr Gleichheit, so die grundlegende These ihres

internationalen Vergleichs, schafft bessere soziale Beziehungen, so wie umgekehrt gesundheitliche und soziale Probleme in Ländern mit großen Einkommensdifferenzen signifikant stärker sind (vgl. ebd.: 35/61). Wirtschaftswachstum verschärfe demgegenüber soziale Probleme, da es in Gesellschaften mit weitgehend gesicherten Grundbedürfnissen zur Entstehung oder Entfaltung von Konkurrenz und Konsumismus beiträgt. Entsprechend benötigen die Menschen einen anderen Blick auf ihre eigenen Gesellschaften, um ein breiteres Verständnis von Lebensqualität zu erhalten.

Die inzwischen sehr ausdifferenzierte Diskussion um *Beyond GDP* und Postwachstum der letzten Jahre hat deutlich gemacht, dass es nicht um ein apodiktisches ‚Ja‘ oder ‚Nein‘ zu Wachstum geht, sondern um eine Neuformulierung von individuellem und gesellschaftlichem Wohlstand und Fortschritt. Als problematisch wird nicht wirtschaftliches Wachstum per se gesehen: In Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Pflege, aber auch was erneuerbare Energien, ökologische Landwirtschaft oder nachhaltige Angebote für Mobilität anbelangt, müssen gesellschaftliche Angebote eher ausgeweitet werden. Es geht vielmehr um eine gesellschaftspolitische Kritik und Schwächung der *kapitalistischen Wachstumstreiber*. Diese sind eng verbunden mit den Profitinteressen privater Investoren und ihrer Financiers, den Akkumulationserfordernissen kapitalistischer Gesellschaften, den einseitigen gewerkschaftlichen Orientierungen an Umverteilung, den Finanzgrundlagen des Staates und den Subjektivierungen der Menschen (vgl. etwa Schmelzer/Passadakis 2011; Welzer 2011; Brand 2014; Muraca 2014; Reuter 2015; AK Postwachstum 2016).

Diese knappen Bemerkungen zum Kontext und zu zentralen Argumenten der aktuellen Debatte zeigen, dass die Diskussion um den Stellenwert des BIP einen gesellschaftspolitischen Kern hat. Die Art und Weise, wie Wohlstand und Lebensqualität geschaffen werden – das heißt, wie die Bedingungen für ein auskömmliches und sinnerfülltes Leben in einer Gesellschaft gestaltet sind –, ist abhängig von politischen Auseinandersetzungen, Kräfteverhältnissen und Strategien, welche die wirtschaftliche und soziale Entwicklung bedingen; kurz, sie ist umkämpft. Zugespitzt formuliert bedeutet dies auch, dass die Frage, inwiefern diese Strategien Teil einer kohärent formulierten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sind oder eher Teil eines krisengetriebenen und durch die Positionssicherung der Eliten induzierten ‚muddling through‘, historisch offen ist.

### **(1.3) Zum Anliegen der Studie**

Unter anderem aufbauend auf Erkenntnisse aus den genannten Arbeiten und eingedenk des knapp skizzierten zeitgeschichtlichen Kontextes fragt die vorliegende Studie nach den

strategischen Möglichkeiten, eine wohlstandsorientierte Politik in Österreich institutionell besser zu verankern. Der Begriff ‚Wohlstand‘ wird dabei – in Abgrenzung zu ‚Wohlfahrt‘ im engeren Sinn von *Welfare* – im umfassenden Sinn von *Well-being* gebraucht (vgl. ähnlich Diefenbacher et al. 2010: 15). Zudem wird er insofern mit dem Begriff der Lebensqualität kombiniert, als ersterer Terminus (Wohlstand) auf die gesellschaftlichen Bedingungen, letzterer (Lebensqualität) hingegen darauf verweist, was Menschen konkret daraus machen (siehe unten). Es geht uns hier also nicht in erster Linie um eine Diskussion angemessener Indikatoren. Vielmehr wird ihr Stellenwert als Teil der Auseinandersetzungen um ein sozial-ökologisch erweitertes Fortschritts- und Wohlstandsverständnis sowie als Einsatzpunkt einer in diesem Sinn wohlstandsorientierten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik verstanden. Im Rahmen der Untersuchung spielen die auf diese Frage bezogenen Strategieberatungen und damit verbundene Motivlagen relevanter AkteurlInnen in Österreich eine zentrale Rolle.

Der Fokus auf strategische Möglichkeiten impliziert, dass die zu verankernden Alternativen vor dem Hintergrund bestehender Kräfteverhältnisse und Konflikte mehrfach relational betrachtet werden. Denn ein sozial-ökologisch erweitertes Fortschritts- und Wohlstandsverständnis und die entsprechenden Politiken implizieren die Notwendigkeit, andere Verständnisse und Politiken zurückzudrängen. Das betrifft zum einen dominante Schwerpunkte der Wirtschaftspolitik (z.B. Austerität) bzw. deren institutionelle Verankerung (z.B. Fiskalrat, Schuldenbremse). Zum anderen geht es um politisch-strategische Verhältnisse im ‚progressiven Lager‘ selbst, das heißt bei Beschäftigten, Gewerkschaften, Verbänden und Parteien, in der heterodoxen Wirtschafts- und anderen Wissenschaften, in öffentlichen Debatten usw. Denn auch hier ist der Stellenwert sozial-ökologischer Fragen und damit anderer Formen von Wohlstand und Fortschritt keineswegs Konsens. Nichtsdestotrotz liegt der Fokus vorliegender Studie auf der erstgenannten Dimension, also auf dem aktuell dominanten (austeritäts- und wettbewerbszentrierten) Wirtschaftsverständnis und seinen strategischen wie politischen Implikationen für ein um sozial-ökologische Aspekte erweitertes Wohlstandsverständnis.

Dabei stehen drei unterschiedliche Öffentlichkeiten im Zentrum der Studie, die aus strategischen Gründen gleichzeitig, aber auf je spezifische Art und Weise zu adressieren sind: zum ersten eine wissenschaftliche, zum zweiten eine politisch-institutionelle und zum dritten schließlich eine breitere (mediale) Öffentlichkeit. Diese drei Öffentlichkeiten decken sich weitgehend mit den im Rahmen der Indikatorendeckung in der Regel adressierten

Zielgruppen (vgl. etwa Stiglitz et al. 2009: 10; STAT 2015a: 37).

Im Folgenden skizzieren wir deshalb in einem ersten Schritt den theoretischen Rahmen und die methodischen Grundlagen der Arbeit (*Kapitel 2*), um daran anschließend den Stand der Forschung darzulegen und den Untersuchungsgegenstand einzugrenzen (*Kapitel 3*). Im darauffolgenden Kapitel, das den Kern der Studie bildet, werden die Ergebnisse der empirischen Untersuchung aufbereitet (*Kapitel 4*). Die Studie endet mit einer resümierenden Darstellung wesentlicher Überlegungen und einigen zentralen Schlussfolgerungen im Hinblick auf den einleitend skizzierten Theorierahmen (*Kapitel 5*).

## **(2) Theoretischer Rahmen und methodische Grundlagen**

Wie dargelegt wurde, sollen in diesem Kapitel in groben Zügen zuerst der theoretische Rahmen und in der Folge die methodischen Grundlagen der Studie skizziert werden.

### **(2.1) Theoretischer Rahmen**

Die vorliegende Studie lässt sich insofern als Policy-Analyse charakterisieren, als sie sich für die in einem spezifischen Politikfeld entwickelten Strategien verschiedener AkteurInnen interessiert, „um bestimmte Ziele zu erreichen bzw. Probleme zu lösen“ (Schneider/Janning 2006: 18). Da die Studie in diesem Zusammenhang davon ausgeht, dass solche Ziele bzw. Probleme nicht einfach gegeben sind, sondern im Rahmen eines sozial umkämpften und diskursiv vermittelten Prozesses erst in ihrer jeweils aktuellen Bedeutung hervorgebracht werden, kann sie – punktuellen Differenzen zum Trotz (vgl. etwa Brand 2013: 429f.; Griesser 2015: 112f.) – grob dem Feld der Interpretativen Policy-Analyse (IPA) zugeordnet werden (vgl. etwa Münch 2016: 3ff.).

Im Folgenden sollen zentrale Aspekte skizziert werden, wie sie für den theoretischen Ansatz verbindlich und für die vorliegende Studie von Relevanz sind. Diese Relevanz ergibt sich dabei aus dem Beitrag, den der jeweilige Aspekt zur Beantwortung der forschungsleitenden Frage leisten kann, woran die Verankerung wohlstandsorientierter Politik bislang scheitert (bzw. wie sie – darauf aufbauend – zukünftig gelingen kann). Mit anderen Worten geht es also um die Frage, warum Ansätze einer sozial-ökologisch orientierten Wohlstandspolitik als Sachthemen in Österreich wenig wahrgenommen werden; präziser formuliert, warum sie es – als Lösungsvorschläge für das Problem einer einseitig verengten Wirtschaftspolitik – bislang kaum auf die politische Agenda schaffen, geschweige denn als Alternativen zum Gegenstand politischer Entscheidungen werden.

Dabei gehen wir davon aus, dass die für die Gestaltung einer solchen Agenda bzw. für die Auswahl entsprechender Alternativen relevanten Faktoren – die Wahrnehmung des Problems (*problem recognition*), das Vorhandensein darauf bezogener Lösungsvorschläge (*policy proposals*), deren Unterstützung durch politische Kräfte (*political processes*) usw. – bereits vorhanden sind. Entscheidend ist deshalb die Verknüpfung dieser Faktoren bzw. Ströme, denn nur wenn dies gelingt – wenn also in Bezug auf eine bestimmte Problemwahrnehmung ein konsistenter Lösungsvorschlag formuliert und dieser von einer machtvollen Interessenkoalition unterstützt wird –, kann das Sachthema auf der

politischen Agenda nach oben rücken bzw. dort überhaupt erst erscheinen.

In der Perspektive John Kingdons (1984: 173ff.) setzt dies die Öffnung eines Möglichkeitsfensters (*window of opportunity*) voraus, wodurch sich für sogenannte *Policy-Entrepreneurs* die Gelegenheit ergibt, im Sinne der genannten Verknüpfung etwa für wahrgenommene Problemlagen konkrete Lösungsvorschläge und damit verbundene Interessenkoalitionen ins Spiel zu bringen. Mit dem Konzept der *Policy-Entrepreneurs* werden dabei AkteurInnen aus unterschiedlichen Bereichen (Verwaltung, Wissenschaft usw.) gefasst, die auf die Öffnung eines Möglichkeitsfensters lauern, um mit Blick auf einen möglichen zukünftigen Nutzen (materieller, solidarischer usw. Art) verschiedene Ressourcen (Geld, Reputation usw.) zu investieren (vgl. ebd.: 188). Aus der hier gewählten IPA-Perspektive ‚handeln‘ *Policy-Entrepreneurs* dabei v.a. mit diskursiven *Frames* bzw. Deutungsmustern, die auf politische Sachthemen bezogen und für den Prozess der Agendagestaltung von zentraler Bedeutung sind (vgl. etwa Rein/Schön 1993).

Dieser Prozess, im Zuge dessen Sachthemen auf die politische Agenda gesetzt bzw. in der damit verbundenen Prioritätenliste (nach oben) verschoben werden, ist nicht bloß eng mit politischen Auseinandersetzungen, Kräfteverhältnissen und Strategien verbunden. Er unterliegt auch vielfältigen Restriktionen. Im vorliegenden Zusammenhang wollen wir uns auf zwei Arten von Restriktionen konzentrieren, welche im Hinblick auf die dargelegte Forschungsfrage insofern von besonderer Bedeutung sind, als sie den Prozess der Policy-Formierung im Sinne der Priorisierung bestimmter Problemformulierungen und Lösungsvorschläge entweder in endogener oder in exogener Form beschränken:

Was ersteres, also die endogen wirksamen Restriktionen anbelangt, wurde von neo-institutionalistischer Seite das Konzept der Pfadabhängigkeit (weiter-)entwickelt, um zu erklären, wie aktuelle Entscheidungen das Einschlagen eines bestimmten Entwicklungspfads bedingen und darüber im Sinne pfadabhängiger Entwicklung auch zukünftige Entscheidungen prägen. In historischer Perspektive impliziert dies eine institutionelle Form der Priorisierung von *Policies*, die sich hinsichtlich des eingeschlagenen Pfads durch Kontinuität gegenüber solchen, die sich durch Diskontinuität auszeichnen. Erklärt wird dieser Mechanismus auch in der Politikwissenschaft vielfach über Selbstverstärkungseffekte (*increasing returns*), die den relativen Nutzen bestimmter bzw. die relativen Kosten alternativer Entscheidungen mit der Zeit in selbstverstärkender Weise erhöhen und darüber Wandel unwahrscheinlich machen (vgl. etwa Pierson 2000).

Im Gegensatz dazu schlagen wir hier aus der IPA-Perspektive eines „diskursiven

Institutionalismus“ (vgl. etwa Schmidt 2012, 2011) vor, diesen Bias zugunsten bestimmter Problemwahrnehmungen bzw. Lösungsvorschläge zentral auf institutionell sedimentierte Wissensbestände und eine entsprechend variierende Passfähigkeit politischer Ideen zurückzuführen. Im Zusammenhang mit der Frage nach der Dis-/Kontinuität von Entwicklungen im Bereich programmatischer Ideen (vgl. ebd.: 108ff.), wie sie hier zur Diskussion steht, ist dabei die Priorisierung passfähiger, weil mit den sedimentierten Wissensbeständen in Kontinuität stehender Konzepte von besonderer Bedeutung.

Was schließlich die Frage der exogenen, also von außen auf den Prozess der Policy-Formierung einwirkenden Restriktionen betrifft, geht es um jene Selektivität politischer Institutionen, die – wie Claus Offe (2006 [1972]: 105) es formulierte – „die nicht-zufällige (d.h. systematische) Restriktion eines Möglichkeitsraumes“ bedingt. Dem zugrunde liegt die Überlegung, dass nicht für alle Sachthemen der Weg auf die politische Agenda bzw. an die Spitze politischer Prioritätenlisten gleichermaßen offen steht, sondern dass deren Chancen aufgrund eines Sets institutionalisierter Filterungs- und Ausschlussregeln variiert.

Konkret hängen besagte Chancen von den Möglichkeiten des Zugangs zu bzw. der Kontrolle über Kapazitäten ab, die für verschiedene politische Kräfte bzw. die von diesen verfolgten Interessen, Strategien, Zeithorizonte usw. in jeweils spezifischer, nämlich „strategisch-selektiver“ (Jessop 2002: 40) Form ausgestaltet sind. Aus der IPA-Perspektive interessieren uns in diesem Zusammenhang in erster Linie „diskursive“ (ebd.: 93) bzw. „epistemische Selektivitäten“ (Brand/Vadrot 2013: 207ff.) im Sinne von in politische Institutionen eingeschriebenen Mechanismen, die spezifische Formen des Wissens, der Problemprezeption und der Narration gegenüber anderen präferieren (vgl. ebd.).

## ***(2.2) Methodische Grundlagen***

Was die Datenerhebung für die vorliegende Studie anbelangt, kamen in einem ersten Schritt Literatur- und Quellenrecherchen zur Anwendung, um die (internationale) Debatte zu alternativen Wohlstands- und Fortschrittsindikatoren sowie zu Strategien für deren institutionelle Verankerung aufzuarbeiten. Hinsichtlich der politischen Strategieanalysen relevanter AkteurInnen in Österreich wurden alsdann in einem zweiten Schritt leitfadengestützte ExpertInneninterviews eingesetzt. Die Auswertung der solcherart erhobenen Daten erfolgte mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse.

Beim ExpertInneninterview handelt es sich um eine in der qualitativen Sozialforschung



etablierte Methode der Datenerhebung. Diese intendiert eine Erforschung sozialer Sachverhalte durch die Erschließung des Spezialwissen von ExpertInnen mittels spezifischer Formen der Gesprächsführung (vgl. Froschauer/Lueger 2003: 52f.; Gläser/Laudel 2010: 12).<sup>7</sup> Die im Rahmen der Studie angewandte Form des Interviews lässt sich hinsichtlich ihres Standardisierungsgrads dabei – in Abgrenzung zu standardisierten (Fragebogen-)Interviews – als nicht- bzw. teilstandardisiert charakterisieren (vgl. Hopf 2008: 351). Konkret handelte es sich um Leitfadeninterviews, die sich an einem vorab entwickelten Fragenkatalog orientierten. Besagter Leitfaden diente hinsichtlich des Untersuchungsfelds als Strukturierungshilfe und im Hinblick auf die Erhebungssituation als Richtschnur. Zudem garantierte er im Zusammenhang mit der Auswertung die Vergleichbarkeit erhobener Daten (vgl. Klammer 2005: 226ff.).

Was die Auswertung der mittels Leitfadeninterviews erhobenen Daten betrifft, wurde in der qualitativen Sozialforschung eine Vielzahl methodischer Ansätze erprobt (vgl. Schmidt 2008). Vor allem wenn zentral technisches Wissen bzw. Prozesswissen, nur nachrangig hingegen Deutungswissen im Zentrum der Untersuchung steht, wird häufig auf Instrumente aus dem Bereich der qualitativen Inhaltsanalyse referiert (vgl. etwa Bogner et al. 2014: 17ff./71ff.; Gläser/Laudel 2010: 43ff.). Wenngleich im vorliegenden Fall alle drei genannten Wissensformen von Bedeutung sind, bedienen auch wir uns bei der Datenauswertung der qualitativen Inhaltsanalyse. Vereinfacht dargestellt wurden zu diesem Zweck die vollständig transkribierten Interviews im Sinne textförmiger Daten in einem ersten Schritt mithilfe eines Analyserasters entlang *ex ante* entwickelter Kategorien einer Feinanalyse unterzogen. In einem nachfolgenden Schritt ging es darum, die so gewonnen Informationen in aggregierter und vom Ursprungstext abstrahierter Form aufzubereiten und im Rahmen einer Gesamtanalyse interpretativ-analytisch auszuwerten.

Was die Anzahl der ExpertInneninterviews betrifft, wurden insgesamt 20 rund einstündige Interviews durchgeführt, wobei fünf davon als explorative Interviews am Projektbeginn standen. Bei der Auswahl der ExpertInnen wurde eine ausgewogene Repräsentation von fünf Stakeholder-Gruppen angestrebt, die im Hinblick auf das Erkenntnisinteresse des

---

<sup>7</sup> Den in der Politikwissenschaft interviewten ExpertInnen stehen im Rahmen des Interviews drei Rollen zur Verfügung, nämlich jene der *Person* (das einzelne Individuum), jene des/der *RepräsentantIn* (die vertretene Organisation bzw. Institution) sowie jene des/der *StrategIn* (die kollektiven strategischen AkteurInnen im Sinne von Parteien, Verbänden, NGOs usw.) (vgl. Abels/Behrens 2009: 161). Vor allem im Hinblick auf die mit ExpertInneninterviews im Allgemeinen verbundenen „Interaktionseffekte“ (vgl. ebd.: 166ff.) ergeben sich hieraus methodische Probleme, die durch das Setting der vorliegenden Studie noch zusätzlich verschärft, im Folgenden jedoch nicht systematisch reflektiert werden können.

Forschungsprojekts als zentrale AkteurInnen betrachtet werden können: (a) Politik und Verwaltung auf Bundes- und kommunaler Ebene (aus den Ressorts Umwelt, Soziales und Wirtschaft sowie aus dem Bundeskanzleramt); (b) (Angewandte) Wissenschaft inklusive Bundesanstalt für Statistik (Statistik Austria, Wirtschaftsforschungsinstitute); (c) Verbände und Gewerkschaften inklusive verbandsnaher Einrichtungen (AK, ÖGB, WKO, IV); (d) NGOs aus den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Soziales (Attac, Armutskonferenz usw.); (e) Medien und Journalismus (aus den Ressorts Wirtschaft und Gesellschaft). Für die konkrete Auswahl der einzelnen InterviewpartnerInnen verantwortlich zeichnete der wissenschaftliche Beirat des Forschungsprojekts bestehend aus den Studienautoren sowie den AK-Referenten Georg Feigl und Florian Wukovitsch.

### **(3) Forschungsstand und Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands**

Aufbauend auf Vorarbeiten, wie sie seit dem 17. Jahrhundert von Ökonomen wie William Petty und später vor allem von Colin Clark und Simon Kuznets unternommen wurden (vgl. etwa Lepenies 2013; Fioramonti 2013: 17ff.), avancierte die in den 1930er-Jahren entwickelte Kennziffer des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bzw. deren Varianten (z.B. Bruttonationalprodukt, Bruttosozialprodukt) in der Nachkriegszeit zum weltweit bedeutendsten Maßstab gesellschaftlichen Wohlstands und Fortschritts. Seine Geschichte ist dabei eng mit jener der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) verbunden, als dessen Leitindikator das BIP fungiert und das heute als mehr oder weniger global durchgesetztes und international harmonisiertes System zur quantitativen Erfassung des Wirtschaftskreislaufs gilt.

Beinahe ebenso lang wie die Geschichte des Aufstiegs des BIP zum zentralen Wohlstands- und Fortschrittsindikator währt – wie vielfach gezeigt wurde (vgl. etwa Chaloupek/Feigl 2012: 778ff.; Fioramonti 2013) – jene seiner Problematisierung und Kritik. So hatte bereits Kuznets, der maßgeblich an der Entwicklung des BIP beteiligt war, festgehalten, dass „the welfare of a nation can scarcely be inferred from a measurement of national income“ (Kuznets zitiert nach ebd.: 54). Einen ersten Höhepunkt erreichte die daran anschließende Debatte in den 1970er- und 1980er-Jahren. Wie Scheiblecker et al. (2011: 715) konstatieren, gingen die wesentlichen Impulse damals jedoch von der Wirtschaftswissenschaft aus, wohingegen ihr Revival während der 2000er- und 2010er-Jahre in erster Linie von der Wirtschaftspolitik vorangetrieben wurde.

Durch den Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise erhielt die Debatte schließlich ab 2007, wie selbst die Europäische Kommission (2013: 4) konstatiert, zusätzlichen Antrieb: „The need for additional indicators [...] has been reinforced by the crisis.“ Wie in der Wachstumsdebatte als solcher artikuliert sich so auch in der eng mit ihr verbundenen Indikatorendebatte – wenngleich häufig in indirekter und vermittelter Form – ein Bewusstsein der aktuellen Krise. In der Perspektive vieler AkteurInnen sollte diese so auch als Chance für eine Neuorientierung wirtschaftspolitischer Aktivitäten genutzt werden (vgl. Europäische Kommission 2009: 3; SVR/CAE 2010: 2; OECD 2011: 14).

Die Kritik am BIP lässt sich in diesem Zusammenhang grob dahingehend unterscheiden, ob methodische Bedenken gegenüber der Erfassung gesellschaftlichen Wohlstands durch besagten Indikator geäußert oder ob dessen Adäquanz als Wohlstandsmaß grundsätzlich infrage gestellt wird (vgl. etwa Diefenbacher et al. 2010: 17ff.). Ersteres verweist u.a. auf

die Unzulänglichkeit des BIP, nicht-marktvermittelt produzierte Güter und Leistungen etwa im Bereich privater Haushalte zu erfassen. Letzteres hebt u.a. auf die Schwierigkeit ab, dass das BIP als Kennziffer der Produktion generell nicht dazu in der Lage ist, gesellschaftlichen Wohlstand im umfassenden Sinn, bspw. also „environmental sustainability [...] and social progress“ (Europäisches Parlament 2011: 2) zu messen.

Verwiesen wurde darüber hinaus immer wieder auf eine Kluft zwischen der objektiven Entwicklung von Kennziffern wie dem BIP und ihrer subjektiven Wahrnehmung seitens der Bevölkerung (vgl. etwa SVR/CAE 2010: 3f.; ESSC 2011: 10). Dieser „gap between the statistical measurement of socio-economic phenomena and citizen perception of the same phenomena“ (vgl. Stiglitz et al. 2009: 7) bildete so auch die Ausgangsproblematik der *Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress*.

Durch eine Ersetzung bzw. Ergänzung des BIP um Kennziffern für soziale und ökologische Aspekte gesellschaftlichen Wohlstands und Fortschritts sollte es entsprechend gelingen, diese Kluft in neuer Form zu überbrücken.<sup>8</sup> Konkret ging es etwa darum, neben Aussagen über den (gesamtwirtschaftlich) produzierten Wohlstand auch solche über dessen soziale Verteilung bzw. über dessen ökologische Folgen zu treffen. Wie unter Verweis auf rezente Umfragewerte betont wurde, werde solches auch seitens der Bevölkerung gewünscht (vgl. etwa Europäische Kommission 2009: 4; 2013: 9; SVR/CAE 2010: 7).

Ebenso vielfältig wie die Problemdiagnosen in Bezug auf das BIP sind die darauf bezogenen konkreten Lösungsvorschläge. Auf einer grundlegenden Ebene lassen sich dabei solche Ansätze, die traditionelle Kennziffern ersetzen wollen, von jenen unterscheiden, die sie in angepasster bzw. erweiterter Form beibehalten wollen. In letztgenanntem Bereich stehen sich wiederum das BIP adaptierende und das BIP ergänzende Ansätze gegenüber – seien es auf zusammengesetzten Indikatoren basierende *Composite Indicator*-Ansätze oder auf Indikatorensets basierende *Dashboard*-Ansätze (vgl. etwa Pesendorfer/Leitner 2010: 536ff.).<sup>9</sup>

Vor dem Hintergrund des hier sich andeutenden „Spannungsfeld[s] zwischen Punktgenauigkeit und Überfluss, zwischen der einen Maßzahl und dem Zahlenfriedhof“

---

<sup>8</sup> Daneben wurde versucht, die objektive Dimension von Wohlstand und Lebensqualität durch die subjektive Dimension zu ergänzen, was lange Zeit – wie die *Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development* es formulierte – „has been broadly considered to lie outside the scope of official statistics“ (ESSC 2011: 21).

<sup>9</sup> Eine Spezialform markiert das Satellitenkonten-Konzept, das die VGR in ihrer Grundstruktur beibehält, aber über ein Satellitensystem mit auf ökologische und soziale Aspekte bezogenen Statistiken in nicht-monetären Größen in Verbindung setzt.

(STAT 2015a: 30) hat sich im Zuge der Debatte eine Dominanz der *Dashboard*-Ansätze herauskristallisiert. Diese Dominanz resultiert wesentlich aus der Annahme, dass solche Ansätze sowohl der Komplexität des Gegenstands als auch den Möglichkeiten statistischer Berichterstattung besser gerecht würden (vgl. etwa OECD 2011: 26). Programmatisch formuliert es eine deutsch-französische Studie aus dem Jahr 2010:

„Die erste und bedeutendste Schlussfolgerung unserer Expertise ist die Ablehnung jedes Ansatzes, der die Messung des menschlichen Fortschritts mit nur einem einzigen Indikator vornehmen will. [...] Obwohl ein solcher Indikator die Wirtschaftlichkeit betonen würde und leicht zu kommunizieren wäre, würde er kaum den Informationserfordernissen moderner demokratischer Gesellschaften gerecht. Stattdessen empfehlen wir, dass das umfassende Berichtswesen aus einem kompakten Indikatorensystem („dashboard“) bestehen sollte“ (SVR/CAE 2010: 1f./28).

Dies soll im Folgenden konkretisiert werden, indem wir in groben Zügen – also ohne Anspruch auf Vollständigkeit – den Verlauf der Debatte seit den späten 2000er-Jahren rekonstruieren und dabei auf jene Etappen fokussieren, die für den Gegenstand der vorliegenden Studie von besonderer Relevanz sind. Konkret werden die auf internationaler Ebene (u.a. EU, OECD) entwickelten Projekte im Anschluss an die Empfehlungen der *Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress* sowie deren Rezeption in Österreich dargelegt. Darüber soll die Grundlage für den empirischen Teil der Studie entwickelt werden, in dem die Frage nach den strategischen Möglichkeiten einer besseren institutionellen Verankerung alternativer Indikatoren bzw. eines damit verbundenen Wohlstands- und Fortschrittsverständnisses im Zentrum steht.

### **(3.1) Vom Stiglitz-Sen-Fitoussi-Report zu How's Life?**

Die 2008 erfolgte Einsetzung der *Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress* unter der Leitung von Joseph E. Stiglitz, Amartya Sen und Jean-Paul Fitoussi war, wie bereits ausgeführt wurde, von zentraler Bedeutung für den hier untersuchten Gegenstand. Wenngleich dieser keinen neuen Wohlstandsindex entwarf, intensivierte der 2009 präsentierte und unter dem Namen Stiglitz-Sen-Fitoussi-Report bekannt gewordene Endbericht der Kommission doch die Debatten um eine Erneuerung des dominanten Wohlstands- und Fortschrittsverständnisses und gab zentrale Impulse für ihren weiteren Verlauf (vgl. etwa Pesendorfer/Leitner 2010: 535; Diefenbacher et al. 2010: 30ff.). Das wird allein schon am Umstand ersichtlich, dass praktisch alle in den folgenden Jahren initiierten Projekte in diesem Bereich auf besagte Kommission und ihren

Bericht Bezug nahmen (vgl. etwa Europäische Kommission 2009: 3f., 2013: 8; SVR/CAE 2010: 4/10f.; OECD 2011: 3/18; STAT 2015a: 14/34).

Der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Report ist dabei so aufgebaut, dass in Bezug auf drei Schwerpunktthemen zentrale Problematiken herausgearbeitet und darauf bezogene Lösungsvorschläge entwickelt werden. Besagte Themen, konkret nämlich *Classical GDP issues*, *Quality of life* sowie *Sustainability*, standen auch im Zentrum der entlang von drei Arbeitsgruppen strukturierten Kommissionsarbeit (vgl. Stiglitz et al. 2009: 11). Für jedes der drei genannten Themen unterbreitete die Kommission dabei aufbauend auf ihre vorangegangene Problemanalyse vier bis fünf konkrete Empfehlungen (vgl. *Tabelle 1*).

**Tabelle 1: Empfehlungen des Stiglitz-Sen-Fitoussi-Reports**

<b>Drei Säulen eines neuen Wohlstands- und Fortschrittsverständnisses</b>		
<b><i>Klassische BIP-Themen</i></b>	<b><i>Lebensqualität</i></b>	<b><i>Nachhaltigkeit</i></b>
<b>(a)</b> Stärkerer Fokus auf Einkommen/Konsum statt auf Produktion	<b>(a)</b> Erhebung von Daten zum subjektiven Wohlergehen von Menschen	<b>(a)</b> Entwicklung eines eigenen Indikatorensystem für die Bewertung von Nachhaltigkeit
<b>(b)</b> Gemeinsame Betrachtung von Einkommen/Konsum mit Vermögen	<b>(b)</b> Verbesserung von Kennzahlen für die Erfassung der objektiven Bedingungen der Menschen	<b>(b)</b> Bestimmung von Kennziffern für Veränderungen im Bestand u.a. natürlicher Ressourcen
<b>(c)</b> Etablierung von Indikatoren für die Verteilung von Einkommen, Konsum und Vermögen	<b>(c)</b> Erfassung von Ungleichheiten in all diesen Dimensionen in umfassender Form	<b>(c)</b> Verankerung eines monetären Index für ökonomische Aspekte von Nachhaltigkeit
<b>(d)</b> Stärkere Akzentuierung der Perspektive privater Haushalte	<b>(d)</b> Berücksichtigung von Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Dimensionen	<b>(d)</b> Ergänzung des monetären durch physische Indikatoren für umweltbezogene Nachhaltigkeit
<b>(e)</b> Erweiterung traditioneller Kennzahlen auf nicht-marktvermittelte Aktivitäten	<b>(e)</b> Zurverfügungstellung statistischer Informationen zwecks Aggregation der Dimensionen	

*Quelle:* Eigene Zusammenstellung nach Stiglitz et al. 2009

Im Zusammenhang mit den *klassischen BIP-Themen* zielen diese Empfehlungen darauf ab, **(a)** stärker auf Einkommen und Konsum als auf Produktion zu fokussieren, um materiellen Wohlstand besser zu erfassen; **(b)** Einkommen und Konsum gemeinsam mit Vermögen zu betrachten, um so die aus Vermögenswerten und Verbindlichkeiten resultierende Bilanz eines Landes in den Blick zu bekommen; **(c)** Indikatoren für die Verteilung von Einkommen, Konsum und Vermögen zu etablieren, um Aussagen über die Distribution in diesen drei Dimensionen materiellen Wohlstands treffen zu können; **(d)** die Perspektive privater Haushalte stärker zu akzentuieren, weil darüber der materielle Lebensstandard der BürgerInnen besser erfasst werden kann; und **(e)** traditionelle Kennzahlen für Einkommen und Produktion auf nicht-marktvermittelte (also bspw.

familienvermittelte) Aktivitäten zu erweitern, um diese wichtigen Aspekte der Ökonomie adäquater zu berücksichtigen (vgl. ebd.: 12-14/39-40).

In Bezug auf das Thema *Lebensqualität* empfiehlt der Bericht, **(a)** Daten zum subjektiven Wohlergehen von Menschen zu erheben, weil diese Kerninformationen über die Lebensqualität liefern können; **(b)** Kennzahlen für die Erfassung der objektiven Bedingungen und Möglichkeiten von Menschen in relevanten Dimensionen<sup>10</sup> zu verbessern, weil auch diese für die Lebensqualität zentral sind; **(c)** in all diesen Dimensionen in umfassender Form Ungleichheiten (z.B. zwischen sozioökonomischen Gruppen oder Geschlechtern) zu erfassen, weil diese für die Bewertung der Lebensqualität essenziell sind; **(d)** die Wechselwirkungen und -beziehungen zwischen den einzelnen Dimensionen in Untersuchungen ebenso wie in darauf bezogenen *Policies* zu berücksichtigen, weil etwa bei Benachteiligungen deren kumulative Effekte die Summe ihrer einzelnen Auswirkungen auf die Lebensqualität übersteigen; und **(e)** statistische Informationen zwecks Aggregation der verschiedenen Dimensionen von Lebensqualität zur Verfügung zu stellen, um entsprechend zusammengesetzte Indizes zu konstruieren (vgl. ebd.: 14-16/58-59).

Hinsichtlich von Fragen der *Nachhaltigkeit* schließlich schlägt die Kommission vor, **(a)** für die Bewertung von Nachhaltigkeit ein eigenes Indikatorensystem zu entwickeln, das insofern von dem auf das gegenwärtige Wohlergehen bezogene Indikatorensystem klar abgetrennt sein soll, weil es komplementär zu diesem ist; **(b)** zu diesem Zweck Kennziffern zu bestimmen, die quantitative und qualitative Veränderungen im Bestand natürlicher Ressourcen, aber auch von Human-, Sozial- und Sachkapital messen können; **(c)** im Rahmen dieses Indikatorensystems einen monetären Index zu verankern, der jedoch vorerst auf die Bewertung der ökonomischen Aspekte von Nachhaltigkeit beschränkt bleiben soll; und **(d)** den monetären Index durch ein Set physischer Indikatoren für umweltbezogene Nachhaltigkeit – vor allem für gefährliche Niveaus der Umweltzerstörung, wie sie etwa mit dem Klimawandel verbunden sind – zu ergänzen (vgl. ebd.: 16-18/77-80).

Wie von der *Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress* (2009: 18) intendiert – „[t]he Commission regards its report as opening a

---

<sup>10</sup> Konkret geht es hierbei um die Dimensionen (a) Gesundheit, (b) Bildung, (c) persönliche Aktivitäten, (d) politische Einflussnahme und Kontrolle, (e) soziale Kontakte und Beziehungen, (f) Umweltbedingungen sowie (g) persönliche und wirtschaftliche Unsicherheit (vgl. Stiglitz et al. 2009: 44-54).

discussion rather than closing it“ –, wurden die von ihrem Abschlussbericht ausgehenden Impulse in den folgenden Jahren von zahlreichen Organisationen und Institutionen aufgenommen. Am unmittelbarsten gilt dies wohl für eine im Auftrag des Deutsch-Französischen Ministerrats erstellte Expertise des deutschen Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) sowie seines französischen Pendant, des *Conseil d'Analyse Économique* (CAE). Das oben bereits zitierte, unter dem Titel *Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit* im Dezember 2010 veröffentlichte Gutachten entwickelt ausgehend von den Empfehlungen des Stiglitz-Sen-Fitoussi-Reports ein – wie es im Untertitel heißt – „umfassendes Indikatorensystem“, das auf drei Säulen beruht und entlang der Kriterien der Relevanz, der Konsistenz sowie der Messbarkeit zusammengestellt wurde (vgl. SVR/CAE 2010: 12ff.).

Konkret handelt es sich um sechs Indikatoren im Bereich des materiellen Wohlstands und der Wirtschaftsleistung (z.B. BIP pro Kopf; Beschäftigungsquote der 15- bis 64-Jährigen); um sieben Dimensionen mit jeweils einem Leitindikator im Bereich der Lebensqualität (z.B. Politische Einflussnahme und Kontrolle: Mitspracherecht und Verantwortlichkeit; Umweltbedingungen: Belastung der städtischen Bevölkerung durch Luftverschmutzung mit Feinstaub); sowie um zwölf Indikatoren im Bereich der ökologischen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit (z.B. Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo in Relation zum BIP; Niveau der Treibhausgasemissionen).<sup>11</sup> Dieses Indikatorensystem sollte aus der Perspektive von SVR und CAE (2010: 29) immer wieder auf seine Angemessenheit hin überprüft werden und die Regierungen sollten dazu angehalten werden, zu den dadurch dokumentierten Entwicklungen regelmäßig im Rahmen von Berichten Stellung zu beziehen.

Auf internationaler Ebene war es vor allem die OECD, die bereits die Arbeit am Stiglitz-Sen-Fitoussi-Report aktiv begleitet hat und späterhin die davon ausgehenden Impulse aufgriff (vgl. etwa Pesendorfer/Leitner 2010: 539f.; OECD 2011: 3/15). Parallel dazu arbeitete die Organisation bereits seit Jahren eine eigene Agenda zum Thema aus. Exemplarisch verwiesen sei hier auf mehrere von ihr organisierte Regionalkonferenzen in Lateinamerika, Asien und Afrika sowie auf vier Weltforen zu *Statistics, Knowledge and Policy* (2004 in Palermo, 2007 in Istanbul, 2009 in Busan und 2012 in New Delhi). Was

---

<sup>11</sup> Bei der Ergänzung der ökologischen um eine ökonomische Nachhaltigkeits-Dimension handelt es sich um eine wesentliche Innovation der SVR/CAE-Expertise von 2010. Konkret geht es in erstem Fall um Nachhaltigkeit im Hinblick auf Fragen des Klimawandels, des Ressourcenverbrauchs und der Biodiversität (insgesamt fünf Indikatoren), im letzteren Fall um die Nachhaltigkeit des Wirtschaftswachstums, die externe und fiskalische Nachhaltigkeit sowie die finanzielle Nachhaltigkeit des privaten Sektors (insgesamt sieben Indikatoren) (vgl. SVR/CAE 2010: 22ff./107ff.).



letztere anbelangt, hatte – wie eingangs bereits erwähnt – insbesondere die Konferenz 2007 und die dort verabschiedete Istanbul Deklaration zentrale Auswirkungen auf die Debatte (vgl. Diefenbacher/Zieschank 2011: 46f.; STAT 2015a: 31).

Aus Anlass ihres 50-jährigen Bestehens initiierte die OECD 2011 schließlich die *Better Life*-Initiative. Im Rahmen besagter Initiative fasste die Organisation ihre bisherigen Aktivitäten zur Messung gesellschaftlichen Wohlstands und Fortschritts im Hinblick auf das Ziel der Entwicklung neuer Ansätze zusammen. Dabei wurden basierend auf einem eng am Stiglitz-Sen-Fitoussi-Report orientierten konzeptionellen Rahmen mit *Your Better Life Index* und *How's Life?* zwei zentrale Projekte neu aufgesetzt (vgl. etwa ESSC 2011: 40; OECD 2011: 16). Erstgenanntes Projekt besteht in einem interaktiven Online-Tool,<sup>12</sup> über das NutzerInnen die Mitgliedsländer der OECD in elf Teilbereichen anhand von jeweils ein bis vier Indikatoren vergleichen und gemäß einer selbst vorgenommenen Gewichtung reihen können. Der Fokus des Projekts liegt folglich auf *Cross country*-Vergleichen und weniger – wie bei den meisten anderen hier behandelten Initiativen – darauf, Entwicklungen in der Zeitdimension zu erfassen bzw. abzubilden.

Unter dem Titel *How's Life?* veröffentlicht die OECD zudem seit 2011 im Zwei-Jahres-Rhythmus einen Bericht mit Statistiken zu dem von ihr im Rahmen der *Better Life*-Initiative entwickelten Indikatorenset (vgl. etwa OECD 2011: 21ff.).<sup>13</sup> Analog zum *Your Better Life Index* sind diese Statistiken elf Teilbereichen zugeordnet, welche ihrerseits die Dimension der materiellen Lebensbedingungen (Einkommen, Beschäftigung sowie Wohnverhältnisse) bzw. der Lebensqualität abdecken sollen (Gemeinsinn, Bildung, Umwelt, Zivilengagement, Gesundheit, Lebenszufriedenheit, Sicherheit sowie Work-Life-Balance). Neben diesen beiden für die Gegenwart relevanten Dimensionen wird mit der Nachhaltigkeit (von natürlichem, ökonomischem, Human- und Sozialkapital) zudem eine dritte Dimension definiert, um auch für zukünftige Generationen relevante Aspekte von *Well-being* in den Blick zu bekommen (vgl. auch Kettner et al. 2012: 5ff.).<sup>14</sup> Auch die OECD begreift ihr in

---

<sup>12</sup> Vgl. [www.oecdbetterlifeindex.org/de](http://www.oecdbetterlifeindex.org/de) (31.10.2016). Bereits 2008 hatte die OECD zusammen mit anderen AkteurInnen – als zentrales Outcome der Istanbul Deklaration – das Projekt *Measuring the Progress of Societies* initiiert, das u.a. in den Aufbau einer Onlineplattform ([www.wikiprogress.org](http://www.wikiprogress.org)) mündete.

<sup>13</sup> Das Projekt *How's Life?* zeichnet sich dabei durch eine vierfache Schwerpunktsetzung aus – nämlich auf *Well-being* aus der Perspektive von Haushalten und Individuen, auf die Dimension der *Well-being*-Outcomes (im Unterschied zu Inputs bzw. Outputs), auf die Verteilung von *Well-being* (u.a. entlang von Geschlecht, Alter und sozialökonomischem Hintergrund) sowie auf objektive und subjektive Aspekte von *Well-being* (vgl. OECD 2011: 18f.).

<sup>14</sup> OECD-Projekte wie der *Better Life Index* wurden u.a. dafür kritisiert, dass sie in mehreren Bereichen, die seitens des Stiglitz-Sen-Fitoussi-Reports als zentral benannt wurden, neue Lücken aufweisen (vgl. etwa Chaloupek/Feigl 2012: 791). Dies gilt vor allem für Verteilungsfragen, deren Bedeutung seitens der

diesem Zusammenhang kompiliertes Set an Leit- und Subindikatoren als vorläufiges Ergebnis eines Prozesses, der ebenso andauernd wie die Suche nach Antworten auf die Frage, mittels welcher *Policies* die mit *Well-being* verbundenen Ziele am besten zu erreichen sind (vgl. etwa OECD 2011: 21ff.).

Neben den dargestellten Initiativen der OECD bzw. den im folgenden Unterkapitel thematisierten Initiativen der EU gibt es auf internationaler Ebene noch eine Reihe weiterer Institutionen bzw. Organisationen, die in jüngster Zeit vergleichbare Projekte lancierten. Allen voran gilt das für die Vereinten Nationen (UN), die im September 2015 beim Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in New York – aufbauend auf jahrzehntelangen Vorarbeiten zum Thema (vgl. etwa Chaloupek/Feigl 2012: 782ff.) – die sogenannte *Agenda 2030* verabschiedeten. Diese enthält die aus 17 Ober- und 169 Unterzielen bestehenden *Sustainable Development Goals* (SDGs), welche die 2015 ausgelaufenen *Millennium Development Goals* (MDGs) ablösen und für die kommenden 15 Jahre den Weg in Richtung nachhaltiger Entwicklung weisen sollen. In einem langwierigen Verhandlungs- und Konsultationsprozess erarbeitet, haben die SDGs jedoch – im Gegensatz zu ihren Vorgängern – allgemeine, das heißt gleichermaßen für sogenannte Industrie- und Entwicklungsländer geltende Verbindlichkeit. Was das Indikatorenset anbelangt, mittels dem die Umsetzung der Zielvorgaben überwacht und evaluiert wird, einigte sich die *UN Statistical Commission* im März 2016 auf eine Liste von 230 Kennziffern,<sup>15</sup> wobei diese lediglich als ein „practical starting point“ zu verstehen sei und entsprechend fortentwickelt werden soll (vgl. UN 2016: 3/50).

Costanza et al. (2016) haben ausgehend von den SDGs einen Vorschlag für die Verankerung wohlstandsorientierter Politik entwickelt, der drei Aspekte umfasst. Konkret geht es ihnen zufolge zum ersten darum, zwecks Integration der 17 SDG-Oberziele entlang von drei Dimensionen (nachhaltiger Maßstab, faire Verteilung, effiziente Allokation) ein übergreifendes Ziel (hohe und wachsende Lebensqualität, die gerecht verteilt und nachhaltig ausgestaltet ist) zu entwickeln. Zum zweiten soll auf der Basis des auf einem Dashboard-Ansatz beruhenden SDG-Indikatorensets ein zusammengesetzter Indikator (*Sustainable Wellbeing Index*, SWI) ausgearbeitet werden. Und zum dritten wird

---

OECD zwar als Querschnittmaterie akzentuiert, die jedoch nicht mittels eigener Indikatoren erfasst werden. Kettner et al. (2012: 12) ergänzen entsprechend für ihre Studie den *Better Life Index* um zusätzliche Indikatoren zur Erfassung der Einkommensverteilung (vgl. auch Kettner/Mayrhuber 2013: 14).

<sup>15</sup> Zum vorläufigen Indikatorenset vgl. <http://unstats.un.org/sdgs/indicators/Official%20List%20of%20Proposed%20SDG%20Indicators.pdf> (31.10.2016).

vorgeschlagen, im Sinne evidenzbasierter Politik ein dynamisches und nicht-lineares Modell zu entwickeln, welches das gesamte System (*the economy-in-society-in-nature*) inklusive Beständen und Flussgrößen erfasst (vgl. kritisch Timbeau et al. 2016: 86).

### **(3.2) Von Beyond GDP zu GDP and beyond**

Auf Ebene der EU wurde im November 2007 seitens der Kommission gemeinsam mit dem Parlament sowie weiteren AkteurInnen wie OECD und *Club of Rome* die Konferenz *Beyond GDP* organisiert (s.o.). Ausgehend davon veröffentlichte die Europäische Kommission im Jahr 2009 ihre bereits erwähnte Mitteilung *GDP and beyond: Measuring progress in a changing world* (vgl. Europäische Kommission 2009). Darin enthalten ist u.a. ein Fahrplan (*Roadmap for Action*) zur Umsetzung kurz- und mittelfristiger Ziele zur Erweiterung des BIP um Kennziffern für ökologische Nachhaltigkeit und soziale Inklusion. Konkret umfasst dieser fünf Handlungsansätze, die infolge einer Evaluierung gegebenenfalls späterhin um weitere ergänzt werden sollten. Das Europäische Parlament (2011) bestätigte im Juni 2011 in einer Resolution zum Thema *GDP and beyond – Measuring progress in a changing world* den Kurs der Kommission.

In ihren 2013 veröffentlichten Arbeitsunterlagen *Progress on „GDP and beyond“ actions* resümierte die Kommission ihre Aktivitäten in Bezug auf die erwähnten Handlungsansätze (vgl. Europäische Kommission 2009: 4-10; 2013: 12-30): **(1)** Entwicklung eines umfassenden Indikators für ökologische Nachhaltigkeit (Klimawandel, Energieeffizienz, Biodiversität, Luft-/Wasserverschmutzung, Ressourcenverbrauch usw.) sowie verbesserter Indikatoren zur Messung von Wohlstand (*Well-being*) und Lebensqualität; **(2)** Erhöhung der Aktualität von Daten zur Entwicklung ökologischer und sozialer Indikatoren zwecks Stärkung der Datengrundlage öffentlicher Debatten und politischer Entscheidungen; **(3)** Verbesserte Berichterstattung über die (ungleiche) Verteilung u.a. von Einkommen, Gesundheit, Bildung und Umweltqualität zwischen Regionen und sozialen Gruppen; **(4)** Weiterentwicklung der Methoden zur Messung und Vermittlung von Zielen nachhaltiger Entwicklung (z.B. *Sustainable Development Scoreboard*); **(5)** konsistente Erweiterung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen um soziale und ökologische Themen.

Bereits in der Mitteilung von 2009 hatte die Europäische Kommission (2009: 3) festgehalten, dass die hier unternommenen „reflections on indicators [...] could contribute

to setting new strategic goals for the post-2010 Lisbon Strategy“.<sup>16</sup> Wie sie 2013 rückblickend festhielt, schlug sich dieses Ansinnen späterhin insofern in der mit *Europa 2020* betitelten Wachstums- und Beschäftigungsstrategie der EU für die Jahre 2010 bis 2020 nieder, als hier ein alternatives Konzept von Wachstum formuliert wurde, dessen Entwicklung zudem anhand der *GDP and Beyond*-Indikatoren beobachtet werden sollte.<sup>17</sup> Ersichtlich geworden sei der Bedarf nach einem solchen – ökonomische, soziale und ökologische Aspekte umfassenden – Konzept nicht zuletzt durch die Krise ab 2007 (vgl. Europäische Kommission 2013: 9/11). José Manuel Barroso, der damalige Präsident der Kommission, präsentierte in seinem Vorwort zur Kommissionsmitteilung *Europa 2020* so auch als Teil jener „Lehren, die aus der Krise gezogen werden müssen“ (Europäische Kommission 2010a: 2). Schließlich würden u.a. die damit verbundenen sozialen und ökologischen Probleme zeigen, dass „eine Rückkehr zum Wachstumsmodell des vergangenen Jahrzehnts nicht nur illusorisch, sondern auch schädlich“ (Kommission 2014: 7) sei.

Die Kommission konkretisierte die angesprochenen Lehren deshalb dahingehend, dass sie ausgehend von den drei Prinzipien eines *intelligenten* (auf Wissen und Innovation basierenden), *nachhaltigen* (auf Ökologie und Wettbewerbsfähigkeit achtenden) und *integrativen* (sozialen und territorialen Zusammenhalt fördernden) Wachstums EU-Kernziele formulierte. Konkret wurden mit der Vision einer „europäischen sozialen Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts“ (Kommission 2010a: 12) vor Augen fünf bis 2020 zu erreichende Kernziele vorgeschlagen, die zum Teil ökonomischer (z.B. Erhöhung der FuE-Investitionen auf mindestens 3 Prozent des BIP), zum Teil aber auch ökologischer (z.B. Reduktion der Treibhausgasemissionen um 20 Prozent gegenüber 1990) bzw. sozialer Natur (z.B. Senkung der Zahl der Armutsbetroffenen und -bedrohten um 20 Millionen) waren.<sup>18</sup> Wenngleich in vielfach als unzulänglich kritizierter Form, fanden damit erstmals auch soziale und ökologische Ziele in die Wachstums- und Beschäftigungsstrategie der EU Eingang (vgl. Dräger 2010: 83f.), was die Europäische Kommission (2014: 3)

---

<sup>16</sup> Entsprechend seien, wie es 2013 im Resümee der Kommission (2013: 7) heißt, v.a. die sozialen Indikatoren im Zusammenhang mit Armut und sozialer Ausgrenzung auch unmittelbar in die *Europa 2020*-Strategie bzw. in die damit verbundene Sozialpolitik eingeflossen.

<sup>17</sup> Letzteres gilt etwa für den im Rahmen von *Beyond GDP* entwickelten Indikator für soziale Kohäsion im Sinne der vom Risiko der Armut oder sozialen Ausgrenzung betroffenen Personen. Besagter Indikator fungiert im Rahmen der *Europa 2020*-Strategie als ein sogenannter „headline indicator“ (vgl. Europäische Kommission 2013: 14f.).

<sup>18</sup> Wobei die Darstellung der Kommission hier nahelegt, dass zwischen diesen Zielen praktisch keinerlei *Trade-offs*, sondern ausschließlich Synergien bestehen (vgl. Europäische Kommission 2010a: 13f.).

veranlasste, aufgrund der „Förderung eines Wachstumsmodells, das sich nicht auf eine Steigerung des BIP beschränkt, eine Vorreiterrolle“ für sich zu beanspruchen.

Diese zentrale Innovation gegenüber der vorangegangenen Lissabon-Strategie (2000-2010) fand in den Überlegungen der Kommission (vgl. 2010a: 14-24) dahingehend Konkretisierung, dass in Bezug auf die genannten Kernziele sieben Leitinitiativen entwickelt wurden (z.B. *Innovationsunion*, *Ressourcenschonendes Europa* oder *Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut*). Diese „Mini-Arbeitsprogramme“ (Kommission 2014: 19) umfassten jeweils eine grobe Aufgaben- und Kompetenzverteilung zwischen Kommission und Mitgliedstaaten hinsichtlich der Erreichung der Kernziele.

Auf der Basis von Vorschlägen der Kommission und vor dem Hintergrund der im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) vereinbarten Koordinierung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik verabschiedete der Europäische Rat schließlich im Juni 2010 in zwei Teilen die sogenannten *Integrierten Leitlinien zu Europa 2020*: Diese setzen sich aus den Grundzügen der Wirtschaftspolitik (*Teil I*: Leitlinien I-VI) (vgl. Kommission 2010b) und den beschäftigungspolitischen Leitlinien (*Teil II*: Leitlinien VII-X) (vgl. Kommission 2010c) zusammen. Dadurch abgelöst wurden die 24 mit der Lissabon-Strategie verbundene Leitlinien, welche 2005 seitens des Rates verabschiedet und 2008 revidiert worden waren (vgl. Kommission 2010b: 5ff.; 2010c: 6ff.).

Auf nationalstaatlicher Ebene wurden die fünf Kernziele entsprechend der jeweiligen Lage und Möglichkeiten in nationale Zielwerte übersetzt. Auf der Basis der *Integrierten Leitlinien zu Europa 2020* legen die Mitgliedsstaaten schließlich einmal pro Jahr ein sogenanntes *Nationales Reformprogramm* (NRP) vor, in dem mit Blick auf die einzelnen Ziele über Fortschritte, Hemmnisse und geplante Maßnahmen berichtet wird.<sup>19</sup>

Im Zusammenhang mit der Implementierung und Umsetzung der *Europa 2020*-Strategie wurde seitens der Kommission zudem frühzeitig ein detaillierter Steuerungsrahmen mitsamt eines umfassenden Bericht-, Bewertungs-, Empfehlungs- und Verwarnungswesens ausgearbeitet (vgl. Kommission 2010a: 31ff.).<sup>20</sup> Diese Überlegungen

---

<sup>19</sup> Für eine Gegenüberstellung der Kernziele auf Ebene Österreichs bzw. der EU sowie für sämtliche NRPs Österreichs ab 2010 vgl. die Website des Bundeskanzleramts (BKA) unter: [www.bka.gv.at/site/4890/default.aspx](http://www.bka.gv.at/site/4890/default.aspx) und [www.bka.gv.at/site/4892/default.aspx](http://www.bka.gv.at/site/4892/default.aspx) (31.10.2016).

<sup>20</sup> Dem Europäischen Parlament (EP) wird dabei v.a. die Aufgabe der „Mobilisierung der Bürger und der nationalen Parlamente“ (Europäische Kommission 2010a: 34) zwecks Legitimationsbeschaffung für die Ziele der Kommission zugeschrieben. Darauf verpflichtet die Kommission freilich nicht bloß das EP, sondern im Rahmen der „aktive[n] Einbeziehung aller Akteure“ (Kommission 2014: 23) auch Sozialpartner und andere Interessengruppen.

fanden ab 2011 Eingang in das sogenannte *Europäische Semester*, einem jährlichen Zyklus wirtschafts- und fiskalpolitischer Steuerung und Überwachung, mit dessen Hilfe eine „Ex-Ante-Koordinierung“ (Köhler-Töglhofer/Part 2011: 68) besagter Politiken der EU und ihrer Mitgliedsländer intendiert wurde. Konkret haben die Mitgliedsländer in diesem Rahmen während der ersten Jahreshälfte ihre NRPs im Bereich der Wirtschaftspolitik sowie ihre Stabilitäts- und Konvergenzprogramme (SKP) im Bereich der Haushaltspolitik vorzulegen. Auf der Basis einer Bewertung seitens der Kommission verabschiedet der Rat in der Folge Empfehlungen, welche von den Mitgliedsländern während der zweiten Jahreshälfte zu berücksichtigen sind (vgl. etwa ebd.: 67ff.; Klatzer/Schlager 2011: 65).

Mit der *Europa 2020*-Strategie verbunden ist darüber hinaus im Sinne einer Stärkung des evidenzbasierten Charakters von Politik ein Monitoring und eine Evaluierung von Fortschritten in Bezug auf die genannten Kernziele anhand eines von Eurostat entwickelten Sets bestehend aus neun zentralen und einer Reihe ergänzender Subindikatoren. Erstere setzen sich aus den Bruttoinlandsaufwendungen für FuE, der Beschäftigungsquote der 20- bis 64-Jährigen, der Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen sowie aus zwei Indikatoren im Bereich Bildung (Zahl der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgänger; Anteil der 30- bis 34-Jährigen, die über einen Hochschulabschluss verfügen) und aus vier Indikatoren im Bereich Klima und Energie (Treibhausgasemissionen; Anteil erneuerbarer Energien; Primärenergieverbrauch; energetischer Endverbrauch) zusammen (vgl. Eurostat 2015).<sup>21</sup>

Das im März 2014 im Rahmen einer Mitteilung vorgelegte Zwischenresümee der Kommission zur Umsetzung der *Europa 2020*-Strategie fiel ambivalent aus. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen einerseits mit der Finanz- und Wirtschaftskrise und andererseits mit längerfristigen Entwicklungen wie zunehmender sozialer Ungleichheit und fortschreitender ökologischer Zerstörung (vgl. Europäische Kommission 2014: 8ff.) verwies die Kommission hinsichtlich der mit *Europa 2020* verbundenen Ziele auf „gemischte Erfahrungen“ (ebd.: 24): Während nämlich die Beschäftigungs-, die Forschungs- und Entwicklungs- sowie die Armutsziele mehr oder weniger klar verfehlt würden, zeigte sie sich in Bezug auf die Klima- und Energie- sowie die Bildungsziele optimistisch (vgl. ebd.:

---

<sup>21</sup> Zu den *Europa 2020*-Indikatoren vgl. auch: [www.ec.europa.eu/eurostat/web/europe-2020-indicators](http://www.ec.europa.eu/eurostat/web/europe-2020-indicators) (31.10.2016). In einer neuen Reihe mit sogenannten Flagship-Publikationen veröffentlichte Eurostat zudem unter dem Titel *Smarter, greener, more inclusive? Indicators to support the Europe 2020 strategy* bislang zwei Berichte (2013 und 2015), welche die Fortschritte in Bezug auf die gesetzten Kernziele entlang der genannten Indikatoren in kompakter Form evaluieren und darstellen (vgl. Eurostat 2015).

13ff.; Kommission 2015: 2f.; Eurostat 2015: 8ff.).<sup>22</sup> Nicht zuletzt angesichts der trüben Aussichten für die verbleibenden Jahre bis 2020 kündigte die Kommission (2014: 24f.) abschließend zu ihrer Zwischenbilanz deshalb im Hinblick auf die Frage ihrer zukünftigen Ausgestaltung die Initiierung einer öffentlichen Konsultation zur *Europa 2020*-Strategie an.

Diese ging von Mai bis Oktober 2014 über die Bühne,<sup>23</sup> wobei die Europäische Kommission (2015) im März 2015 einen Bericht zu den zentralen Ergebnissen der in diesem Rahmen eingelangten 755 Beiträge aus 29 Ländern vorlegte. Wenngleich den Angaben der Kommission zufolge 40 Prozent der TeilnehmerInnen die „Frage, ob *Europa 2020* etwas bewirkt hat [...], verneinen“ (ebd.: 7), sah sie sich durch die übrigen Ergebnisse weitgehend in ihrem Vorgehen – das heißt in der grundlegenden Orientierung der Strategie, in den zentralen Zielsetzungen sowie in den darauf bezogenen Leitinitiativen – bestätigt. Lediglich was deren Verwirklichung und Umsetzung anbelangt, plante sie, u.a. auf Basis der öffentlichen Konsultation Vorschläge für deren Weiterentwicklung (bspw. bessere Einbeziehung von Interessengruppen) zu unterbreiten (vgl. ebd.: 7ff.).

Dieses Vorhaben fand im Juli bzw. Oktober 2015 Niederschlag in der Verabschiedung einer Neufassung der *Integrierten Leitlinien zu Europa 2020* durch den Europäischen Rat. Diese umfassen nunmehr nur noch jeweils vier Leitlinien im Bereich der Grundzüge der Wirtschaftspolitik (Teil I) (vgl. Rat 2015a) sowie der beschäftigungspolitischen Leitlinien (Teil II) (vgl. Rat 2015b). Vor allem in Bezug auf die *Europa 2020*-Kernziele im Bereich Forschungs- und Entwicklungsförderung bzw. Energie- und Klimapolitik fällt dabei auf, dass diesen in der vorangegangenen Fassung von 2010 noch eigene Leitlinien (Leitlinie IV und V) gewidmet waren (vgl. Kommission 2010b: 10ff.), wohingegen sie nunmehr nur noch am Rande (in den Leitlinien II und III) Erwähnung finden (vgl. Rat 2015a: 29f.). Das gilt in vergleichbarer Form auch für die beschäftigungs-, bildungs- und armutspolitischen Ziele (vgl. Kommission 2010c: 10ff.; Rat 2015b: 31f.).

Generell wurde vielfach kritisiert, dass durch die Verknüpfung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik mit der Fiskalpolitik im Rahmen des Europäischen Semesters die *Europa 2020*-Programmatik unmittelbar dem haushaltspolitischen Regelwerk des –

---

<sup>22</sup> Einen zentralen Grund für die Zielverfehlungen sieht die Kommission (2014: 17) im wesentlich „politische[n] Charakter der Zielvorgaben“, d.h. in der weitgehend fehlenden rechtlichen Verbindlichkeit. Dies habe nicht bloß zu „unterschiedliche[m] Engagement“ (Kommission 2015: 3) im Zusammenhang mit der Zielverfolgung, sondern dazu geführt, dass die nationalen Ziele in vielen Bereichen auf einem Niveau festgelegt wurden, das von vornherein das Erreichen des Ziels auf EU-Ebene verunmöglichte (z.B. FuE-Investitionen: 2,6 Prozent statt – wie intendiert – 3 Prozent des BIP) (vgl. ebd.).

<sup>23</sup> Vgl. dazu: [www.ec.europa.eu/europe2020/public-consultation/index\\_de.htm](http://www.ec.europa.eu/europe2020/public-consultation/index_de.htm) (31.10.2016).

seinerseits massiv verschärften – Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) subsumiert wurde (vgl. etwa Klatzer/Schlager 2011: 74). Vor allem nachdem die Kommission ab dem Jahr 2009 begann, „Ausstiegsszenarien“ (Kommission 2010a: 28ff.) für den Übergang vom aktiven staatlichen Krisenmanagement der Jahre 2007ff. in Richtung austeritätspolitischer Konsolidierung zu entwickeln (vgl. etwa Bieling 2011; Feigl 2012), geriet die erweiterte Wachstumsstrategie zunehmend ins Hintertreffen. Im Kontext des von nun an verfolgten Kurses verschärfter Austerität unter autoritär-wettbewerbsstaatlichen Vorzeichen (vgl. etwa Oberndorfer 2012: 60ff.; Marterbauer/Oberndorfer 2014), galten die sozialen und ökologischen Zielsetzungen von *Europa 2020* vielen daher „von Beginn an als illusorisch“ (Dräger 2010: 86).

An den skizzierten Widersprüchen setzten in den vergangenen Jahren verschiedene Initiativen an, um im Sinne einer stärkeren Wohlstandsorientierung Reformvorschläge auf EU-Ebene zu entwickeln (vgl. stellvertretend für viele Timbeau et al. 2016). Das gilt etwa für das Forschungsprojekt *Welfare, Wealth and Work for Europe* (WWWforEurope), das unter der Koordination des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) die Entwicklung eines als ‚sozio-ökologisch‘ charakterisierten Wachstumsmodells in Übereinstimmung mit der *Europa 2020*-Strategie der EU intendierte.<sup>24</sup> Die Frage alternativer Fortschritts- und Wohlstandsindikatoren stand dabei nicht bloß im Zentrum mehrerer Working Papers (vgl. Van den Bergh/Antal 2014; Kettner et al. 2014), sie fand in prominenter Form auch Eingang in die im *Synthesis Report* des Projekts entwickelten Politikempfehlungen (vgl. zum Folgenden Aiginger 2016a, 2016b). Vorgeschlagen wurde dabei konkret, in Übereinstimmung mit dem *Beyond GDP*-Ansatz anstelle des BIP-Wachstums ein „hohes Maß an Lebensqualität in einer nachhaltigen Umwelt“ (ebd.: 5) als übergreifende Benchmark für gesellschaftlichen Wohlstand und Fortschritt zu setzen. Diese sollte in der Folge in Gestalt der drei strategischen Ziele *ökonomische Dynamik*, *sozialer Zusammenhalt* und *ökologische Nachhaltigkeit* operationalisiert und entlang alternativer Indikatoren, konkret der *Better Life*-Indikatoren der OECD, evaluiert werden.

Darauf aufbauend schlug das Projekt drei Leitprinzipien der anstehenden Reformen vor (vgl. Aiginger 2016a: 43ff.): Zum ersten sollen ökonomische, soziale und ökologische Zielsetzungen im Sinne der Wahl eines integralen Ansatzes gleichzeitig verfolgt werden. Zum zweiten wird eine *High road*-Strategie im Sinne der Wahl eines auf höhere Qualität

---

<sup>24</sup> Zwischen 2012 und 2016 beteiligten sich an dem über das 7. EU-Rahmenprogramm finanzierten Projekt 34 Institutionen aus zwölf EU-Ländern. Vgl. die Projektwebsite: [www.foreurope.eu](http://www.foreurope.eu) (31.10.2016).



anstatt auf niedrigere Kosten setzenden Ansatzes empfohlen. Und zum dritten geht es um eine in zwei Stufen verfahrenende Implementierung besagter Strategie im Sinne der Wahl eines kurzfristig auf Konsolidierung und Umorientierung, langfristig jedoch auf eine „sozio-ökologische Transition“ (ebd.: 55) setzenden Ansatzes. Auf dieser zweiten Stufe soll der intendierte Übergang vollzogen, das heißt im Kern, ein hohes Maß an Wohlstand bzw. *Well-being* auf der Basis von niedrigen Wachstumsraten erzielt werden. Im Hinblick darauf wurden Triebkräfte der Veränderung inklusive konkreter Empfehlungen für unterschiedliche Politikfelder (z.B. Sozial- oder Energiepolitik) spezifiziert (vgl. ebd.: 58ff.) und schließlich in Gestalt neuer Prozesse und AkteurInnen mögliche VermittlerInnen des Wandels benannt bzw. entwickelt, um die „socio-economic transition of Europe to the ‚first beyond-GDP economy““ (Aiginger/Schratzenstaller 2016: 194) zu garantieren.

Letzterer Aspekt, der für die Fragestellung der vorliegenden Studie von besonderem Interesse ist, umfasst dabei sieben Vorschläge (vgl. Aiginger 2016a: 108ff.; 2016b: 16ff.): **(a)** die Überwindung von Widerständen gegen die Reform durch die ‚Fairness‘ der Reformen selbst (im Sinne eines ausgeglichenen Verhältnisses zwischen ökonomischen, sozialen und ökologischen Zielen inkl. einer partiellen Entschädigung der ReformverliererInnen) sowie der darauf bezogenen Entscheidungsprozesse (im Sinne umfassender Beratungen mit verschiedenen AkteurInnen in Gestalt breiter Konsultationen, offener Diskussionsforen und vielfältiger Kommunikationsstrategien); **(b)** das Verfolgen eines als „pluralistisch“ und „polyzentrisch“ charakterisierten Ansatzes, um der geografischen Heterogenität in Europa Rechnung zu tragen und wechselseitiges Lernen zu befördern; **(c)** die Etablierung einer gemeinsamen ‚Ownership‘ auf EU-Ebene etwa in Gestalt der Verabschiedung einer „Deklaration für einen Übergang zur Nachhaltigkeit“ oder der Ernennung eines/r „VizepräsidentIn für Nachhaltigkeit“ der Europäischen Kommission; **(d)** die Verankerung eines tripartistischen Dialogs zwischen Regierungen und Sozialpartnern mit dem Ziel der aktiven Einbindung letzterer in den Transformationsprozess; **(e)** die Integration neuer (zivilgesellschaftlicher) AkteurInnen (z.B. NGOs oder Jugend- und Alternativgruppen), um über die von diesen entwickelten Verhaltensweisen eine den Wandel befördernde Kultur zu kreieren;<sup>25</sup> **(f)** die Verfolgung eines Ansatzes, der die Funktionalität der Befriedigung bestimmter Bedürfnisse (z.B. bzgl. Wohnen oder Mobilität) für die Steigerung des Wohlbefindens betont und dabei die

---

<sup>25</sup> Konkret geht es hier v.a. um die von solchen AkteurInnen im Rahmen zivilgesellschaftlicher *Bottom up*-Initiativen kreierten Praktiken und Arrangements (z.B. *Sharing economy*, *Circular economy*) verstanden als „laboratories for a more sustainable way to produce and to consume“ (Aiginger 2016a: 114).

Beziehung von Beständen (z.B. Infrastruktur) und Stromgrößen (z.B. laufende Ausgaben) in Rechnung stellt; und **(g)** die Verankerung eines Monitoring-Prozesses zum Zweck der Überwachung des Erfolgs gewählter Strategien bzw. der Stärkung evidenzbasierter Entscheidungen mithilfe der erwähnten *Better Life*-Indikatoren der OECD.

### **(3.3) Von der ESSC-Sponsorship Group zu Wie geht's Österreich?**

Trotz der dargelegten Ambivalenzen starteten nach 2009 unterschiedliche EU-Gremien und -Behörden, darunter auch das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat), verschiedene Initiativen zur konkreten Umsetzung des mit *GDP and Beyond* verbundenen Fahrplans. Dazu zählte zuvorderst die vom *European Statistical System Committee* (ESSC), dem obersten Statistikgremium der EU, im Frühjahr 2010 eingesetzte *Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development* (vgl. Pesendorfer/Leitner 2010: 539f.).<sup>26</sup> Deren Auftrag bestand darin, die mit *GDP and Beyond* sowie mit dem Stiglitz-Sen-Fitoussi-Report verbundenen Vorgaben und Empfehlungen in konkrete Arbeitsprogramme für das ESS zu überführen. Zu diesem Zweck formierten die TeilnehmerInnen der aus RepräsentantInnen der Mitgliedsstaaten sowie der OECD und der *United Nations Economic Commission for Europe* (UNECE) bestehenden *Sponsorship Group* drei inhaltliche *Task Forces*. Diese beschäftigten sich – analog zur Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission – mit den Schwerpunkten *Haushaltsperspektive und Verteilungsaspekte* (in Bezug auf *Materiellen Wohlstand*), *Lebensqualität* sowie *Umweltorientierte Nachhaltigkeit*. Eine vierte *Task Force* trug die Hauptverantwortung für den Abschlussbericht und für Querschnittsmaterien (vgl. etwa Pesendorfer et al. 2012: 6; ESSC 2011: 6f.).

Der als *Sponsorship Report* bekannt gewordene Bericht umfasst – neben Überlegungen zum weiteren Vorgehen und zu einer darauf bezogenen Kommunikationsstrategie – Empfehlungen für die drei genannten Bereiche (vgl. zum Folgenden ESSC 2011). Im Bereich des *materiellen Wohlstands* stehen vier Empfehlungen im Zentrum, nämlich die verstärkte Nutzung existierender Daten im Bereich von Haushaltseinkommen und -konsum; die Erhebung von Daten zur Verteilung von Einkommen, Konsum und Wohlstand;

---

<sup>26</sup> Eine andere auf EU-Ebene verortete Initiative, auf die in diesem Zusammenhang immer wieder referiert wird (vgl. etwa Europäisches Parlament 2011: 2; Pesendorfer et al. 2012: 18), ist der sogenannte *European Quality of Life Survey* (EQLS) mit über 120 Indikatoren, der seit dem Jahr 2003 alle vier Jahre von Eurofound, der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, durchgeführt wird. Vgl. [www.eurofound.europa.eu/surveys/european-quality-of-life-surveys](http://www.eurofound.europa.eu/surveys/european-quality-of-life-surveys) (31.10.2016).

die Erstellung von Bilanzkonten für Haushalte; sowie die Ausweitung der Messung von Einkommen auf nicht-marktvermittelte Tätigkeiten in Privathaushalten und in der Freizeit (vgl. ebd.: 15ff.). Im Bereich der *Lebensqualität* standen drei Empfehlungen im Zentrum, nämlich die verstärkte Nutzung von EU-Statistiken zu Einkommen und Lebensbedingungen, also von EU-SILC, als Kerninstrument; die Abdeckung weiterer Dimensionen der Lebensqualität durch den Rückgriff auf zusätzliche Datenquellen (z.B. *Household Budget Survey*); sowie eine Verbesserung und Vertiefung der bestehenden Analysen (vgl. ebd.: 21ff.). Im Bereich der *umweltbezogenen Nachhaltigkeit* schließlich standen gegenwarts- und zukunftsorientierte Aspekte von Wohlstand, die mit Umweltfaktoren zusammenhängen, im Zentrum, wobei die Maßnahmen in diesem Feld auf einer dreistufigen Prioritäten-Skala angeordnet wurden (vgl. ebd.: 30ff.). Zu allen drei Bereichen wurde im Rahmen des *Sponsorship Report* zusätzlich Indikatoren empfohlen, die jedoch – ebenso wie die Empfehlungen selbst – unterschiedlich konkret ausfielen.

Nachdem Statistik Austria bereits mit zwei Vertretern an der *Sponsorship Group* beteiligt war, begann dort im Jahr 2011 auf Initiative der fachstatistischen Generaldirektion eine ExpertInnengruppe basierend auf den Empfehlungen des Stiglitz-Sen-Fitoussi-Berichts sowie des *Sponsorship Reports* mit der Ausarbeitung eines eigenen Indikatorensets. Dieses wurde unter dem Namen *Wie geht's Österreich? (WGÖ?)* erstmals im Rahmen des Statistiktags 2012 öffentlich präsentiert. Seitdem publiziert die Statistik Austria einmal jährlich ihren *WGÖ?*-Bericht, der gesellschaftlichen Fortschritt nicht mehr bloß in der Dimension des materiellen Wohlstands, sondern auch in denen von Lebensqualität bzw. umweltorientierter Nachhaltigkeit erfasst. Konkret werden darin die Entwicklungen von – neben dem BIP – 30 Schlüsselindikatoren und einer Reihe weiterer Subindikatoren dokumentiert und von einem ExpertInnengremium bewertet.<sup>27</sup>

Hinsichtlich des *materiellen Wohlstands* werden dabei fünf Dimensionen unterschieden (Produktion, Einkommen privater Haushalte, Unbezahlte Produktion, Konsum der privaten Haushalte sowie Verteilungsaspekte) und anhand von Indikatoren wie z.B. BIP pro Kopf, Entwicklung hoher und niedriger Bruttojahreseinkommen oder Zeitaufwand für unbezahlte

---

<sup>27</sup> Dieses Gremium, das sogenannte Wissenschaftskomitee, setzt sich aus externen ExpertInnen von WIFO, IHS, WU und SERI sowie neuerdings dem Umweltbundesamt zusammen. Seine Einsetzung wurde damit begründet, dass Statistik Austria „der Objektivität verpflichtet“ sei und entsprechend keinen Einfluss auf die Bewertung nehmen könne (vgl. STAT 2015a: 14/35. Laut Pesendorfer et al. (2012: 15) passiert die Bewertung dabei auf Basis einer „normativen Interpretation“ seitens des Wissenschaftskomitees sofern nicht politische Zielvorgaben etwa in Gestalt der *Europa 2020*-Ziele vorhanden sind. In letzterem Fall wird die Nähe bzw. Distanz zum jeweiligen Zielpfad bewertet.

Arbeit gemessen. Im Hinblick auf die *Lebensqualität* werden zehn Dimensionen unterschieden (Materielle Lebensbedingungen, Produktive Aktivitäten und Arbeit, Gesundheit, Bildung, Soziale Teilhabe, Freizeit, Physische Unsicherheit, Qualität der gesellschaftlichen Organisation, Natürliche Wohnumgebung, Subjektives Wohlbefinden) und mithilfe von Indikatoren wie z.B. Armut- und Ausgrenzungsgefährdung, Tragfähigkeit sozialer Beziehungen oder Vertrauen in das politische System gemessen. Im Zusammenhang mit *umweltorientierter Nachhaltigkeit* schließlich werden fünf Dimensionen unterschieden (Ressourcen, Klimawandel und Emissionen, Energie, Verkehr und Mobilität sowie Monetäre Umweltaspekte) und mithilfe von 15 Indikatoren wie z.B. Treibhausgasemissionen, Anteil der erneuerbaren Energieträger oder Umweltschutzausgaben gemessen (vgl. etwa STAT 2015a: 15ff.; STAT 2015b: 5ff.).<sup>28</sup>

Die Ausarbeitung des *WGÖ?*-Indikatorensets oblag zentral einem sechsköpfigen Team bestehend aus MitarbeiterInnen verschiedener Abteilungen und unter Koordination der Analysestabstelle der Statistik Austria. Der Empfehlung der Stiglitz-Kommission (vgl. Stiglitz et al. 2009: 18; ESSC 2011: 10) folgend, auf nationaler Ebene Stakeholder-Dialoge zum Thema auszutragen, wurden zudem VertreterInnen von Wissenschaft, Verwaltung und Verbänden in einen „breiten Kommunikationsprozess“ (Pesendorfer et al. 2012: 7) einbezogen.<sup>29</sup> Dadurch sollte nicht bloß der Spagat zwischen erforderlicher Komplexität und notwendiger Kommunizierbarkeit des Indikatorensets gemeistert, sondern auch dessen gesellschaftliche Relevanz garantiert werden. Zudem fungierten insofern auch die internationale Vergleichbarkeit sowie (rezente und regelmäßige) Verfügbarkeit von Daten als Auswahlkriterien, als für *WGÖ?* – wie es seitens der *Sponsorship Group* empfohlen worden war (vgl. Pesendorfer/Leitner 2010: 541) – ausschließlich auf bestehendes Datenmaterial zurückgegriffen wurde (vgl. etwa Pesendorfer et al. 2012: 9). Wie die Europäische Kommission (2014: 17) in ihrer Zwischenbilanz aus dem Jahr 2014

---

<sup>28</sup> Im Rahmen des *WGÖ?*-Berichts 2016 kam es in diesem Zusammenhang insofern zu Veränderungen, als in Reaktion auf Rückmeldungen der Stakeholder (s.u.) den Bereichen des *materiellen Wohlstands* (neu: Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied) und der *Lebensqualität* zusätzliche (neu: Arbeitslosigkeit der 15- bis 74-Jährigen), dem Bereich der *umweltorientierten Nachhaltigkeit* hingegen weniger Schlüsselindikatoren (nicht mehr: CO<sub>2</sub>-Emissionen von PKW-Neuzulassungen; Umweltschutzausgaben) zugeordnet sind (vgl. STAT 2016).

<sup>29</sup> Konkret wurde ein erstes Set von Kennzahlen im Rahmen eines Runden Tisches im Oktober 2011 sowie eines ExpertInnentreffens im Juni 2012 den Stakeholdern präsentiert. Auf der Basis mündlicher bzw. schriftlicher Rückmeldungen und Stellungnahmen wurde ein revidierter Vorschlag im Rahmen eines weiteren Runden Tisches im Juni 2012 vorgestellt und dort erneut eine Möglichkeit zur schriftlichen Stellungnahmen bis Juli/August 2012 eingeräumt. Das auf dieser Basis finalisierte Indikatorenset wurde in der Folge im September 2012 zwecks Bewertung an das Wissenschaftskomitee übermittelt und Ende Oktober 2012 schließlich erstmals öffentlich präsentiert (vgl. etwa Pesendorfer et al. 2012: 7f.).

empfohlen hatte, wurde das solcherart kompilierte Indikatorenset in engem Austausch mit den erwähnten Stakeholdern in den folgenden Jahren aktualisiert und weiterentwickelt. So kam es etwa 2015 zur Aufnahme eines neuen (Sub-)Indikators zum Thema Lebenslanges Lernen (vgl. Pesendorfer et al. 2012: 19; STAT 2015a: 31).

Vor dem Hintergrund der mit *WGÖ?* verfolgten Zielsetzung, aufseiten von Politik, Wissenschaft und Bevölkerung „Anstoß zu einer über das BIP hinausreichenden nationalen Debatte über die Entwicklung und den Fortschritt der österreichischen Gesellschaft“ (Pesendorfer et al. 2012: 16) zu geben, spielt auch die Dissemination der Ergebnisse eine zentrale Rolle.<sup>30</sup> So erscheinen etwa die *WGÖ?*-Berichte nicht bloß in einer Kurz- und einer Langfassung (inklusive *Executive Summary*) im Printformat,<sup>31</sup> sondern auch in digitaler Form an prominenter Stelle auf der Statistik Austria-Website. Zudem ist man in enger Zusammenarbeit mit der hauseigenen Pressestelle um gezielte Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Pressegespräche) und auch hinsichtlich der Darstellungsformen um eine niederschwellige Vermittlung bemüht, beispielsweise indem die Bewertung der Indikatorenentwicklung mithilfe von Piktogrammen (z.B. Sonne, Gewitterwolken) vorgenommen wird (vgl. Wegscheider-Pichler INTV).

Vor allem aufgrund von *WGÖ?* gilt Österreich im Kontext der neueren Indikatorendebatte als ein Pionierland, was die Umsetzung konkreter Projekte anbelangt. Dabei profitierte die Statistik Austria von der guten Datenbasis, wie sie etwa im Bereich der Ökologie u.a. aufgrund der im Auftrag der Umweltsektion des BMLFUW erhobenen Daten schon seit längerem gegeben ist (vgl. etwa Pesendorfer/Leitner 2010: 542; Schuster INTV).

Darüber hinaus haben neben der Statistik Austria auch andere AkteurInnen, allen voran das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), den von der Indikatorendebatte ausgehenden Impuls aufgegriffen, um „der internationalen Diskussion zur erweiterten Wohlstandsmessung in Österreich mehr Präsenz zu verschaffen“ (Scheiblecker et al. 2011: 716). Einer Präsentation ausgewählter Kennziffern aus den verschiedenen Dimensionen gesellschaftlichen Wohlstands im Juli 2011 folgte im November desselben Jahres ein Artikel zu zentralen Indikatoren für Fragen des Einkommens und der Lebensqualität (vgl. ebd.). Für den Umweltbereich wurde Ähnliches bereits im Juli 2010 im Kontext eines u.a. von den Empfehlungen der Stiglitz-Sen-Fitoussi-

---

<sup>30</sup> Neben PolitikerInnen bzw. der Bevölkerung als Ganzes spezifiziert die Statistik Austria (2015a: 37) mit der „interessierten Fachwelt“ noch eine dritte Zielgruppe des *WGÖ?*-Projekts.

<sup>31</sup> Die Printfassung des *WGÖ?*-Berichts umfasst immer auch ein Sonderkapitel zu einem speziellen Thema (bspw. 2014 zu Energieverbrauch und Energieeffizienz und 2015 zum Konsum der privaten Haushalte).

Kommission ausgehenden Papiers unternommen (vgl. Kettner et al. 2010: v.a. 627ff.). Dieses war Teil eines jährlichen Berichts zu Schlüsselindikatoren im Bereich Klimawandel und Energiewirtschaft, der seit 2008 jeweils in der Juli-Ausgabe der *Monatsberichte* des WIFO veröffentlicht wird (vgl. u.a. Kletzan et al. 2008).

Das verbindliche Ziel all dieser Initiativen bestand darin, das öffentliche Bewusstsein für Fragen der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit „zu schärfen“ (ebd.: 519). Diesem Ziel war auch eine 2012 vom Wirtschaftsministerium gemeinsam mit dem Ökosozialen Forum beim WIFO (zusammen mit dem Meinungsforschungsinstitut Karmasin Motivforschung) in Auftrag gegebene Studie verpflichtet, die – orientiert am *Better Life Index* der OECD (s.o.) – die Lebensqualität in Österreich bewerten sollte.<sup>32</sup> Nach der erstmaligen Präsentation 2012 (vgl. Kettner et al. 2012) folgte 2013 ein Update zur Studie (vgl. Kettner/Mayrhuber 2013).<sup>33</sup> Zwischen 2012 und 2016 kulminierten die verschiedenen Initiativen des WIFO schließlich im bereits dargestellten Forschungsprojekt *Welfare, Wealth and Work for Europe* (WWWforEurope).

---

<sup>32</sup> Bereits 2006 hatte das Wirtschaftsministerium (damals noch Wirtschafts- und Arbeitsministerium) im Kontext der EU-Präsidentschaft Österreichs eine Studie in Auftrag gegeben, welche die Erweiterung des BIP um Nachhaltigkeitsindikatoren zum Ziel hatte. Auch dieses Projekt wurde einige Jahre später (2009) im Zuge der *Beyond GDP*-Debatte in erweiterter Form wiederaufgegriffen. Vgl. [www.bmwf.wg.at/Wirtschaftspolitik/Nachhaltigkeit/Seiten/BeyondGrossDomesticProduct%28GDP%29.aspx](http://www.bmwf.wg.at/Wirtschaftspolitik/Nachhaltigkeit/Seiten/BeyondGrossDomesticProduct%28GDP%29.aspx) (31.10.2016).

<sup>33</sup> Vgl. die Hintergrundinformationen zum Projekt auf der Website des Wirtschaftsministeriums: [www.bmwf.wg.at/Wirtschaftspolitik/Wirtschaftspolitik/Seiten/MessungvonWohlstandundLebensqualitaet.a.spx](http://www.bmwf.wg.at/Wirtschaftspolitik/Wirtschaftspolitik/Seiten/MessungvonWohlstandundLebensqualitaet.a.spx) (31.10.2016).

#### **(4) Möglichkeiten und Grenzen der Verankerung wohlstandsorientierter Politik**

Im folgenden Kapitel stehen die politischen (Strategie-)Analysen und darauf basierenden Einschätzungen relevanter AkteurInnen, aber auch deren Movens im Fokus der Untersuchung. Basierend auf der inhaltsanalytischen Auswertung der 20 ExpertInneninterviews, die im Rahmen des Forschungsprojekts durchgeführt wurden, werden dabei zentrale Überlegungen zum skizzierten Erkenntnisinteresse dargelegt. Sortiert werden diese zum einen entlang von drei Achsen, die den drei Öffentlichkeiten entsprechen; und zum anderen entlang folgender zwei Fragen: Woran scheitert die Verankerung wohlstandsorientierter Wirtschaftspolitik auf der Basis alternativer Indikatoren bislang? Und wie ist eine solche Verankerung zukünftig zu bewerkstelligen?

Was den Aufbau des Kapitels anbelangt, ist dieses in drei Abschnitte zu den erwähnten Öffentlichkeiten (mediale, wissenschaftliche bzw. politisch-institutionelle) unterteilt. Einleitend zu jedem Abschnitt wird dargelegt, wie sich die Verankerung alternativer Kennziffern, eines damit verbundenen Wohlstands- und Fortschrittsverständnisses bzw. einer darauf basierenden Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik aus Perspektive der verschiedenen Stakeholder-Gruppen bzw. der interviewten RepräsentantInnen jeweils darstellt. In der Folge gehen wir der Frage nach, woran aus deren Blickwinkel eine bessere Verankerung bislang scheitert bzw. wie diese zukünftig zu bewerkstelligen ist. Dabei wurde versucht, das aus den Interviews extrahierte Material zu jeweils drei zentralen Problem- bzw. darauf bezogenen Lösungskomplexen zu verdichten. Im darauffolgenden *Kapitel 5* wird der Argumentationsgang alsdann thesenförmig resümiert, und es werden zentrale Schlussfolgerungen präsentiert.

##### **(4.1) Breite (mediale) Öffentlichkeit**

###### *(4.1.1) Allgemeine Einschätzung*

Was die Frage der Verankerung des Themas in der breiten (medialen) Öffentlichkeit anbelangt, zeigt man sich in der Statistik Austria verhalten optimistisch. Konkret hat etwa Alexandra Wegscheider-Pichler (INTV), Leiterin der Stabsstelle Analyse der Statistik Austria, in Bezug auf *Wie geht's Österreich? (WGÖ?)* „den Eindruck, dass es sehr breit verankert ist“, und meint, dass vor allem der jährlich erscheinende Bericht medial „sehr gut angenommen“ werde. Skeptischer ist man in diesem Zusammenhang im Bereich der

(angewandten) Wissenschaft, wo etwa Margit Schratzenstaller (INTV), stellvertretende Leiterin des WIFO, weder eine „sehr breite Rezeption“ der Indikatorendebatte noch eine „sehr breite Reaktion [...] der öffentlichen Debatte“ darauf sieht.

In Politik und Verwaltung dominiert der Eindruck, dass *WGÖ?* bei der ersten Präsentation im Oktober 2012 zwar relativ stark, danach aber immer weniger, vor allem jedoch in wenig kontinuierlicher Form medial rezipiert wurde (vgl. Krainer INTV; Feldhofer INTV).<sup>34</sup> Allenfalls sei in der breiten (medialen) Öffentlichkeit also ein kurzes „Aufpoppen“ (Himpele INTV) des Themas anlässlich des Erscheinens der jährlichen Berichte zu beobachten: „[D]as Set an Indikatoren wird [...] veröffentlicht, und dann steht das halt in diversen Zeitungen mit ein paar Aussagen – und das war es dann auch wieder.“ (Bernhofer INTV)

Zu einer ähnlichen Einschätzung kommt man aufseiten von Verbänden und verbandsnahen Einrichtungen: Zwar würde das Thema anlässlich der Präsentation von *WGÖ?* bzw. der Veröffentlichung neuer Daten etwa im Ökologie- oder im Verteilungsbereich nach wie vor „von den Medien punktuell aufgegriffen“ (Marterbauer INTV); und im Allgemeinen sei „schon allein die Publikation [...] ganz wichtig für die öffentliche Debatte“ (ebd.). Insgesamt markiere deren Verankerung in der breiten Öffentlichkeit jedoch eine bedeutsame „Schwachstelle“ (ebd.). Dieser Eindruck wird auch auf ArbeitgeberInnenseite geteilt, insofern auch hier die Einschätzung dominiert, Initiativen wie *WGÖ?* würden bislang „kaum zur Kenntnis genommen“ und all jene, die sich um das Thema bemühen, entsprechend „als Exoten gesehen“ (Schneider INTV).

Dem pflichten auch die NGO-VertreterInnen bei: Obschon der Indikatorendebatte bzw. allgemein Fragen des *Well-being* „eine Aktualität wie nie zuvor“ (Pühringer INTV) attestiert wird, würde das Thema „auch medial kaum“ (Strickner INTV) und wenn doch, dann „eher wie so ein exotisches Randthema behandelt“ (Pühringer INTV). Der Eindruck, dass die (mediale) Rezeption der Debatte – bspw. anlässlich des Stiglitz-Berichts – bislang mehr „ein Aufpoppen“ (Misik INTV), denn eine kontinuierliche Auseinandersetzung war, wird selbst im Bereich Medien und Journalismus von vielen geteilt. Deshalb sei es, auch was die KonsumentInnenseite anbelangt, zwar ein „Minderheitenprogramm“ (Gepp INTV); zugleich handle es sich jedoch um eine „sehr interessierte, engagierte Schicht an

---

<sup>34</sup> So meint etwa Norbert Feldhofer (INTV), Leiter der Abteilung für Wirtschaft, Arbeit und Energie im Bundeskanzleramt (BKA), dass es „stärker in den Medien beim ersten Auftakt [war]; die jährlichen Updates dazu werden immer weniger rezipiert“. Zugleich wird jedoch betont, dass *WGÖ?* aufgrund der größeren Unabhängigkeit der Statistik Austria „mehr öffentliche Aufmerksamkeit bekommen habe“ (Schuster INTV), als dies etwa bei vorangegangenen Initiativen aus einem bestimmten Ressort wie etwa dem BMLFUW der Fall gewesen war.



Medienkonsumenten“ (ebd.), die entsprechende Debatten kritisch verfolgte.

#### (4.1.2) Problemformulierung

Hinsichtlich der Frage, welche Ursachen für die mangelhafte Verankerung in der breiten medialen Öffentlichkeit verantwortlich zeichnen, wurde im Rahmen der ExpertInneninterviews auf eine Reihe von Hürden und Hindernissen verwiesen.

So würden Berichte wie *WGÖ?* zwar eine Sichtbar- und Bewusstmachung von Entwicklungen in Bezug auf unterschiedliche Indikatoren gesellschaftlichen Fortschritts und Wohlstands ermöglichen (vgl. Himpele INTV). Sie scheitern jedoch – wie Markus Marterbauer (INTV), Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien, es formuliert – daran, „den Diskurs auch zu organisieren“. Entsprechend gehe es nicht primär um die Frage, ob *WGÖ?* „schlecht [...] vermarktet wurde“ (Waltner INTV). Zentraler sei vielmehr die Frage, warum der davon ausgehende Impuls nicht breit aufgegriffen und in vielfältiger Form diskursiv vermittelt werden konnte.

In diesem Kontext wird auch problematisiert, dass der dargelegte, von der Statistik Austria im Hinblick auf die Fort-/Entwicklung von *WGÖ?* initiierte Kommunikationsprozess auf ‚traditionelle‘ AkteurInnen (VertreterInnen aus Wissenschaft, Verwaltung und Verbänden) beschränkt blieb, wohingegen eine „Partizipation und Einbindung von NGOs“ (Pühringer ITV) und anderen AkteurInnen unterblieb. Vor allem NGO-VertreterInnen sehen in der Entwicklung solcher Indikatoren-Sets „im Rahmen von sehr kleinen ExpertInnen-Kreisen“ (Strickner ITV) das Problem, dass dadurch nicht bloß das jenseits dieser Kreise angesammelte *Know How* ungenutzt bleibe, sondern auch deren breite (zivil-)gesellschaftliche Verankerung beeinträchtigt werde.<sup>35</sup>

Neben der mangelhaften Organisation des Diskurses lässt sich aus der Perspektive der InterviewpartnerInnen eine zweite zentrale Hürde für die Verankerung in der breiten (medialen) Öffentlichkeit ausmachen: Wie vielfach konstatiert wurde, haben alternative Fortschritts- und Wohlstandsindikatoren gegenüber dem BIP in seiner Einfachheit und Schlichtheit nämlich ein grundlegendes „Vermittlungsproblem“ (Marterbauer INTV): „Die

---

<sup>35</sup> Damit in Zusammenhang stehend wird auch die Ansicht vertreten, dass bei NGOs in Österreich „diese Frage der Indikatoren und diese zu beeinflussen nicht so sehr im Vordergrund steht“ (Strickner INTV; vgl. ähnlich Pühringer INTV). Oder wie Christian Felber (INTV), Initiator des Projekts Gemeinwohl-Ökonomie, es formuliert: „In Österreich gab es von zivilgesellschaftlicher Seite bis vor Kurzem keine prominente Anwaltschaft für einen Ersatz des Bruttoinlandsprodukts durch einen umfassenden Wohlstandsindikator“.

Stärke des BIP ist die Einfachheit [...] – es gibt eine Zahl, eine Veränderungsrate, das kapiert irgendwie jeder [...], und das haben bisher andere Indikatoren nicht geschafft.“ (Himpele INTV) Der Grund hierfür sei schlicht, dass die Vermittlung eines aus mehreren Kennziffern zusammengesetzten Indikatorensets vergleichsweise komplex sei. Denn wie Joseph Gepp (INTV), Journalist u.a. beim Wochenmagazin *profil*, es formuliert: „[W]enn man mal 30 Indikatoren hat [...], dann wird es schwierig, das zu vermitteln“ (vgl. ähnlich Himpele INTV; Feldhofer INTV). Manche gehen in diesem Kontext auch von einem grundsätzlichen „*Trade-off*“ bzw. „Dilemma“ (Wallner INTV) zwischen Komplexität und Vermittelbar- bzw. Verständlichkeit aus.<sup>36</sup>

Dies sei vor allem hinsichtlich der Passfähigkeit damit verbundener Nachrichten im Kontext der Medien von Relevanz. So meint etwa Karl Aiginger (INTV), von 2005 bis 2016 Leiter des WIFO: „Es ist schwer, *News* daraus zu machen: Also uns geht es besser bei zwölf von 17 Indikatoren, das ist schon eine ganz schwere Botschaft. [...] Wenn es um eine Schlagzeile geht, gewinnt das BIP weiterhin.“ Jedoch stelle sich dieses Vermittlungsproblem nicht bloß in medialer Hinsicht; vielmehr sei es insgesamt bislang zu wenig gelungen, die Debatte „hinunter[zu]brechen [...] [auf] die Ebene der Menschen, um die es geht“ (Pühringer INTV). Entsprechend dominiert bei vielen nicht unmittelbar in die Fachdebatte involvierten AkteurInnen der Eindruck, dass die Unzulänglichkeiten des BIP mittlerweile zwar bekannt sind, dass man bislang jedoch „auf viel was Besseres [...] nicht gekommen“ (Muhm INTV) sei – und sieht hierin einen zentralen Grund für die mangelhafte Verankerung.

Neben diesen beiden zentralen Hürden – der mangelhaften Organisation des Diskurses und dem grundlegenden Vermittlungsproblem – wird von den InterviewpartnerInnen auf eine Reihe flankierender Probleme verwiesen, die vor allem mit der medialen Situation (in Österreich) verbunden sind. Im Falle konkreter Indikatoren-Projekte wie *WGÖ?* betrifft dies etwa den Umstand, dass deren bspw. jährliche Berichterstattung vielfach den „Medienaufmerksamkeitszyklen“ (Wegscheider-Pichler INTV) nicht gerecht werde. Zudem habe man sich bei der Vermittlung bislang möglicherweise zu sehr auf traditionelle Formate und Medien konzentriert (vgl. ebd.; Himpele INTV).

---

<sup>36</sup> Clemens Wallner (INTV), wirtschaftspolitischer Koordinator der Industriellenvereinigung (IV), verweist auf die Gefahr, durch zunehmende Komplexität ursprüngliche Zielsetzungen zu verwässern, weil „sonst ist das so, wie mit einer Landkarte mit einem Maßstab von 1:1 zu arbeiten. Dann ist wirklich alles abgebildet, aber den kann man dann nicht mehr in einen Koffer packen.“ Oder wie Norbert Feldhofer mit Blick auf die SDGs mit seinen 17 Leit- und 169 Subzielen ausführt: „Je mehr Indikatoren ein Set hat, desto schwieriger ist es verständlich“.

Hinzu komme, dass es im Bereich der österreichischen Printmedien mit seinen wenigen und wenig umfangreichen Qualitätsprodukten häufig schlicht an Platz fehle, um solch komplexe wirtschafts- und gesellschaftspolitische Themen aufgreifen zu können; und durch den mangelnden Platz werde infolge auch eine regelmäßige Berichterstattung bzw. eine daraus erwachsende Diskussion verunmöglicht (vgl. Misik INTV; Himpele INTV). Andererseits liege es aber auch an den einzelnen JournalistInnen, ob sie vor dem Hintergrund struktureller Hürden (z.B. ausgedünnte Redaktionen, mangelnde Ressourcen) solche Themen aufgreifen und bearbeiten (vgl. Gepp INTV).<sup>37</sup> Allgemein hinzu komme, dass nicht bloß in Österreich die mediale Debatte von einigen wenigen – vor allem kurzfristig insistierenden – Themen überlagert werde und man sich deshalb lieber mit diesen auseinandersetze, als „mit einem positiven Zukunftsszenario, für das es sich lohnt, sich zu engagieren und zu kämpfen“ (Stein INTV).

Darüber hinaus sei schließlich zu bedenken, dass nach einer lange anhaltenden Betrachtung von Fragen des Wohlstands und Fortschritts „durch diese Brille des BIP“ (Strickner INTV) ein Wandel Zeit benötige und auch nur „Stück für Stück“ (Himpele INTV) vonstatten gehe: „[D]as zu verschieben, das geht eben nicht von heute auf morgen“ (Strickner INTV), das „braucht einfach Zeit“ (Schneider INTV). Gerade was die mediale Berichterstattung anbelangt, erweise es sich vor diesem Hintergrund auch als eine besondere Herausforderung, längerfristig am Thema dranzubleiben und „den Elan aufrecht zu erhalten“ (Feldhofer INTV). Vor diesem Hintergrund sei die unzureichende Verankerung der Debatte in der breiten Öffentlichkeit häufig auch nicht einer „bewusste[n] Entscheidung“, sondern schlicht „mangelnde[r] Aufmerksamkeit und [...] Sensibilität“ (Marterbauer INTV) geschuldet.

#### *(4.1.3) Lösungsoptionen*

Die angesprochene ‚Organisierung des Diskurses‘ – also die Frage, „wie stark das dann in den gesellschaftlichen, medialen Diskurs aufgenommen wird“ (Himpele INTV) – sei für die Statistik Austria – jenseits der etablierten Disseminationskanäle (Pressegespräche,

---

<sup>37</sup> In den Wirtschaftsressorts hiesiger Printmedien würden – in Abgrenzung zu traditionellen Formen des Wirtschaftsjournalismus, etwa verstanden als „Anlegerjournalismus“ (Gepp INTV) – mittlerweile breitere Zugänge nämlich durchaus begrüßt. Die Debatte werde – entsprechende handwerkliche Fähigkeiten vorausgesetzt – seitens der Verantwortlichen (z.B. HerausgeberInnen, ChefredakteurInnen) jedenfalls durchwegs für wichtig erachtet: „Das ist alles nur Handwerk und hat nicht irgendwelche weltanschaulichen Hintergründe.“ (ebd.)

Versand von Kurz- und Langfassungen des Berichts, Aufbereitung auf der Website usw.) (vgl. Wegscheider-Pichler INTV) – selbst „nur bedingt steuerbar“ (Himpele INTV). Deshalb bedürfe es einer stärkeren Verankerung durch andere AkteurInnen. Auf politischer Ebene gelte dies – wie an späterer Stelle noch auszuführen sein wird – u.a. für Parlament und Regierung; auf Verbandsebene u.a. für WKO oder AK, die durch verschiedene Formate wie etwa öffentliche Veranstaltungen versuchen sollen, die Debatte in den jeweiligen Häusern bzw. in den durch sie erreichten Teilöffentlichkeiten zu verbreiten (vgl. Marterbauer INTV). Dwora Stein (INTV), Bundesgeschäftsführerin der GPA-djp und Vizepräsidentin der AK Wien, sieht hier ebenso die Gewerkschaften in der Verantwortung, u.a. indem diese auch Schlussfolgerungen für die eigene Praxis ableiten.<sup>38</sup>

Was die Frage der Methode anbelangt, gibt es in diesem Zusammenhang unterschiedliche Vorschläge: So setzen die einen vorrangig auf klassisches Lobbying und sehen dessen AdressatInnen auf einen relativ kleinen Kreis von als relevant erachteten AkteurInnen beschränkt, konkret auf Politik und Verwaltung in den entscheidenden Ressorts (vor allem Wirtschafts- und Finanzministerium) sowie auf die Sozialpartner (vgl. Ortner INTV). Andere hingegen plädieren für eine darüber hinausgehende Beteiligungsstrategie unter Einbeziehung einer Vielzahl von vor allem ‚neuen‘ AkteurInnen. Bedeutsam sei dies nicht zuletzt deshalb, weil der Wandel weitreichende Verhaltensänderungen erfordere und solche – wie Karl Aiginger (INTV) es formuliert – „großen gesellschaftlichen Umbrüche immer neue Akteure verlangen“. Nicht bloß seitens der NGO-VertreterInnen wird dies zentral dahingehend präzisiert, dass es um eine Einbindung von NGOs und *Pressure Groups* gehe, würden diese doch über das für eine breite öffentliche Verankerung des Themas nötige *Know-how* verfügen (vgl. Misik INTV, Pühringer INTV, Strickner INTV).<sup>39</sup>

Eine weitere Differenz ergibt sich aus dem Umstand, dass manche den Zweck einer solchen Beteiligungsstrategie primär in der Dissemination des bereits bestehenden Indikatorensets sehen bzw. lediglich Aspekte wie die Gewichtung der unterschiedlichen

---

<sup>38</sup> Während etwa der (ehemalige) Direktor der AK Wien, Werner Muhm (INTV), meint, im gewerkschaftlichen Tagesgeschäft seien traditionelle Indikatoren, namentlich „der Verbraucherpreisindex, das BIP-Wachstum, die Lohnentwicklung [...] Kernstücke“, konstatiert Dwora Stein (INTV) selbst hier eine praktische Relevanz der Debatte. Exemplarisch verweist sie dabei auf die Frage der Verteilung von Arbeit(-szeit), wie sie etwa im Zusammenhang mit dem Thema Freizeitoptionen bei Kollektivvertragsverhandlungen diskutiert werde.

<sup>39</sup> So meint etwa der Journalist und Sachbuchautor Robert Misik (INTV): „*Pressure Groups* [...] wie *Attac* [...] sind natürlich heute schon gut genug aufgestellt, um Dinge, die außerhalb des Diskurses waren, in den Diskurs hineinzubringen. Natürlich, keiner auf sich allein gestellt, aber wenn sich [...] etwas tut – dann können [...] solche NGOs oder *Pressure Groups* ein Thema über die Wahrnehmungsschwelle heben“.

Bestanteile des Sets zum Gegenstand der partizipativen Verhandlungs- und Entscheidungsprozesse machen wollen (vgl. Aiginger INTV). Für andere hingegen müsste dieses Indikatorenset selbst im Sinne einer „Vergemeinschaftung“ (Strickner INTV) zur Diskussion gestellt und im Rahmen „breite[r] BürgerInnenräte oder große[r] Beteiligungsverfahren“ (Pühringer INTV) revidiert bzw. fortentwickelt werden (vgl. ebd.).<sup>40</sup>

Was die zweite oben angesprochene Hürde, also das grundlegende Vermittlungsproblem anbelangt, gehe es in einem ersten Schritt darum, bei der Auswahl und Präsentation von Indikatoren eine „Balance“ (Schratzenstaller INTV) zwischen erforderlicher Komplexität und notwendiger Überschaubarkeit zu finden. Ein „Thema sehr komplex, aber eben auch sehr einfach darzustellen“ (Wegscheider-Pichler INTV), sei dabei als permanente Herausforderung anzunehmen – und damit auch das Problem, dass Entwicklungen in Bezug auf ein mehrdimensionales Indikatorenset „ungleich komplexer [zu vermitteln sind], als zu sagen, das BIP ist um 1,6 Prozent gewachsen“ (Himpele INTV).

Von den InterviewpartnerInnen kaum hinterfragt wird, dass man „aus dem BIP [...] kein Wohlstandsmaß machen“ könne und entsprechend „wirklich ein Set an Indikatoren“ (Schuster INTV) brauche.<sup>41</sup> Im Hinblick auf deren breite Verankerung mache es trotzdem „möglicherweise [...] Sinn, noch weniger Indikatoren zu haben“ (Feldhofer INTV). Exemplarisch verwiesen sei hier auf die Einschätzung von Clemens Wallner (INTV), der auf die Notwendigkeit verweist, „dass man sich am Ende des Tages – und so weit ist man noch lange nicht – auf einige Größen einigt, die dann vielleicht auch in aller Munde sind, genauso wie das BIP“ (vgl. ähnlich auch Schweighofer INTV).

Zugleich wird zu bedenken gegeben, dass das Vermittlungsproblem durch ein im

---

<sup>40</sup> Am weitesten geht in diesem Zusammenhang der Vorschlag von Christian Felber für ein „Gemeinwohl-Produkt“, das auf der Makroebene der Volkswirtschaft das Bruttoinlandsprodukt in analoger Form zu ersetzen hätte, wie die „Gemeinwohl-Bilanz“ auf der Mikroebene des Unternehmens den Finanzgewinn ersetzen soll (vgl. Felber 2010: 35ff.): Felber (INTV) sieht in bestehenden Vorschlägen für Indikatorensets (z.B. *WGÖ?*) zwar „eine geeignete Inspiration“, besteht jedoch darauf, dass das für das Gemeinwohl-Produkt relevante Set „demokratisch komponiert“ – das heißt, im Rahmen eines auf der Gemeindeebene beginnenden und sich schrittweise auf die Bundes-Ebene (und darüber hinaus) erweiternden Verfassungsprozesses von der Bevölkerung selbst entwickelt – werden soll. Dabei erwartet sich Felber grundbedürfnis- und grundwertenahe „Komponenten“ wie Gesundheit, Bildung, soziale Einbindung, intakte Umwelt, demokratische Mitbestimmung, gerechte Verteilung, Friede oder Zeitwohlstand – Präferenzen, die sich ihm zufolge überall abzeichnen. Jedoch möchte man die einzelnen Elemente „bewusst nicht vorgeben und dem demokratischen Prozess nicht vorgreifen. Weil das Gemeinwohl-Produkt sollte vom Souverän selbst kommen, damit die Menschen damit identifiziert sind“.

<sup>41</sup> Nur vereinzelt besteht die Hoffnung auf die Entwicklung eines einzigen, zusammengesetzten Indikators fort, dessen Verankerung – vergleichbar dem BIP – eine politische Dynamik in Gang setzen könnte: „Man braucht vorher die Zahl, die wachsen soll [...] – und dann wird sich möglicherweise die Politik irgendwann danach richten. Beim BIP hat es auch funktioniert“ (Gepp INTV).

dargelegten Sinn ausgewogenes Indikatorenset alleine nicht zu lösen sein werde. Um die Relevanz von Zahlen und Daten für eine breitere Öffentlichkeit zu gewährleisten, sei nämlich auch deren Aufbereitung und Analyse von zentraler Bedeutung (vgl. Schuster INTV). Darüber hinaus gehe es schließlich um die Frage, wer sich darum bemüht, solche Projekte bzw. deren *Output* zu präsentieren und solcherart zu legitimieren. So sei etwa das Lostreten der Debatte durch den Stiglitz-Sen-Fitoussi-Report wesentlich durch das Renommee der beteiligten WissenschaftlerInnen bedingt gewesen (vgl. etwa Marterbauer INTV; Feldhofer INTV), die man nicht einfach als „esoterische Verrückte“ (Himpele INTV) hin- bzw. in „irgendeine alternative oder linke Ecke“ (Schratzenstaller INTV) stellen konnte. Auch in Österreich würde sich deshalb eine vergleichbare Frage stellen.<sup>42</sup>

Und schließlich brauche es – was von vielen als bedeutendster Punkt betrachtet wird – eine neue ‚Erzählung‘ bzw. ‚Theorie‘, mittels der eine Vermittlung alternativer Indikatoren in vergleichbarer Form wie im Falle des BIP gelingen kann, dessen unmittelbare Relevanz und praktische Bedeutung – im Sinne von: ‚Wenn es wächst, geht’s uns besser!‘ – sich auch denen erschließt, die weder um die Kennziffer selbst noch um deren Ausmaß wissen. So meint etwa Martina Schuster (INTV), Leiterin der Abteilung für Energie- und Wirtschaftspolitik im BMLFUW:

„Es liegt offenbar nicht an der Beamtenschaft, nicht an den Zahlen und auch nicht an der Statistik [...], warum die Implementierung von Indikatoren zur Beschreibung des gesellschaftlichen Wohlstandes so schwierig ist. Also ich glaube mittlerweile wirklich [...], man braucht ein neues Narrativ [...], ein neues Konzept und eine neue Theorie. [...] Man muss Geschichten erzählen, erklären, warum das von Relevanz ist.“

Im Hinblick auf konkrete Indikatoren-Projekte wie *WGÖ?* werden Lösungen für die oben angesprochenen flankierenden Probleme beispielsweise darin gesehen, „kürzerintervallig“ (Wegscheider-Pichler INTV) Informationen zu publizieren und im Sinne eines innovativen „Daten-Journalismus“ (Himpele INTV) andere Formate bzw. Medien in die Vermittlung miteinzubeziehen. Vor allem im Falle der Website akzentuiert etwa Alexandra Wegscheider-Pichler (INTV) darüber hinaus die Möglichkeit „optisch innovativere[r] Umsetzungen“, verweist zugleich jedoch auf Beschränkungen, die aus der Entscheidung resultieren, *WGÖ?* im Rahmen der Statistik Austria-Website mit ihren u.a.

---

<sup>42</sup> So meint etwa Martina Schuster (INTV): „Du brauchst eine etablierte Person, die sagt, das ist wichtig und notwendig. Und insofern ist natürlich z.B. der Rektor bzw. die Rektorin einer WU oder eben der Leiter des WIFO kraft des Amtes besser zur Legitimation geeignet als irgendein Wissenschaftler“.

datenschutzrechtlichen Auflagen zu realisieren.<sup>43</sup>

Was die einzelnen Medien anbelangt, erfordere zudem das, was im Falle von BIP-Prognosen von alleine passiere, im Falle alternativer Indikatoren eine „ausgeklügelte Kommunikationsstrategie“ (Pühringer INTV) bzw. eine ausgefeilte „Spin-Doctoren-“ oder „Medienstrategie“ (Misik INTV) sowie „die Energie, das quasi wirklich breit in die Debatte hinein zu hämmern“ (ebd.).<sup>44</sup> Was die (österreichische) Medienlandschaft als Ganzes betrifft, seien auch darüber hinausgehende Lösungsansätze – etwa eine veränderte, stärker auf journalistische Qualität bedachte Förderpolitik (vgl. Gepp INTV) oder eine umfassende Medienreform (vgl. Felber INTV) – zu entwickeln. Von anderen wird dagegen vorgeschlagen, sich stärker auf Kanäle für eine öffentliche Verbreitung des Themas jenseits der Massenmedien zu konzentrieren. Diesbezüglich zu überlegen wäre etwa, das Thema „mit dieser schönen und einfachen Frage ‚Wie geht’s Österreich? Und wie geht es eigentlich dir?‘“ zum Gegenstand einer breit aufgesetzten Kampagne zu machen, um damit „ins Grätzl zu gehen“ und darüber auch direkt „die Betroffenen ein[zubinden]“ (Pühringer INTV).<sup>45</sup>

Mit Verweis auf das BIP, den langen Prozess seiner Etablierung und das Ausmaß seiner Verankerung wird schließlich darauf verwiesen, dass die Entwicklung möglicher Alternativen in jedem Fall „ein großes Projekt [ist], das lang braucht, um sich durchzusetzen“ (Gepp INTV). Dessen Gelingen setze entsprechend das Zusammenspiel vielfältiger Faktoren, vor allem jedoch ausreichend Zeit voraus (vgl. ebd.; Strickner INTV) – aber auch „Bewusstseinsbildung [...] durch gewisse Institutionen von der Bildung bis zu [...] den Medien“ (Schneider INTV). Von zentraler Bedeutung sei zudem, sich um Ausdauer durch „systematische Thematisierung“ (Himpele INTV) sowie um eine niederschwellige Vermittlung „durch gute Argumente [...] und praktische Beispiele“ (Felber INTV) zu bemühen. Gerade wenn es darum gehe, ein gänzlich neues Konzept zu

---

<sup>43</sup> Und wenngleich sich *WGÖ?* nach Ansicht einiger InterviewpartnerInnen online „viel prominenter [...] eigentlich nicht mehr platzieren“ (Himpele INTV) ließe und auch in der Printfassung „tatsächlich sehr gut aufbereitet“ (Gepp INTV) sei, fänden sich bei derart komplexen Berichten wohl auch hier immer noch Verbesserungsmöglichkeiten (vgl. ebd.).

<sup>44</sup> Konkret könnten in eine solche Strategie verschiedene AkteurInnen (z.B. PolitikerInnen, VerbandsvertreterInnen) einbezogen werden, um mit diesen – im Sinne der Übernahme unterschiedlicher Aufgaben (z.B. Präsentation, Reaktion) – „Ping-Pong zu spielen“ (Misik INTV).

<sup>45</sup> Wie Judith Pühringer (INTV), Geschäftsführerin von *arbeit plus*, meint, müssten solche auf regionaler Ebene lancierten Initiativen dabei auf Bundesebene von einem Personenkomitee bzw. einer Einzelperson in Gestalt „glaubwürdiger“ PolitikerInnen begleitet werden, die „da mit fliegenden Fahnen vorausgeh[en]“. Als Aufhänger der Kampagne würden sich darüber hinaus nicht bloß der Titel des Statistik Austria-Projekts (*WGÖ?*), sondern auch die debattierten Indikatoren bspw. im Bereich der Lebensqualität sehr gut eignen, hätten diese doch „viel mit unserem Leben zu tun [...] und damit mit allen“ (Pühringer INTV).

verankern, sei es schließlich wichtig, etwas „an[zu]bieten, [...] das anschlussfähig ist an das Derzeitige“ (Schuster INTV). Und nicht zuletzt gehe es darum, grundlegende Fragen hinter der Indikatorendebatte immer wieder zum Gegenstand öffentlicher Debatten zu machen: „Was ist eigentlich qualitatives Wachstum? Dass man dem stärker nachgeht [...] und dass man zum Beispiel auch fragt, was erhöht den Lebensstandard und was nicht?“ (Schweighofer INTV)

## **(4.2) Wissenschaftliche (Fach-)Öffentlichkeit**

### *(4.2.1) Allgemeine Einschätzung*

Was die Frage der Verankerung alternativer Kennziffern, eines damit verbundenen Wohlstands- und Fortschrittsverständnisses bzw. einer darauf basierenden Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in der wissenschaftlichen (Fach-)Öffentlichkeit anbelangt, fällt die Einschätzung seitens der InterviewpartnerInnen weniger eindeutig aus, wobei zugleich auch weniger InterviewpartnerInnen Einschätzungen zu dieser Frage abgeben.

Insgesamt dominiert dabei vor allem ‚von außen‘ – das heißt aufseiten von Medien, Politik und Verwaltung<sup>46</sup> – der Eindruck, dass die „Frage ‚Alternativen zum BIP?‘ [...] in der Fachwelt [...] wichtiger“ (Krainer INTV) sei. Und auch ‚von innen‘, also aufseiten der (angewandten) Wissenschaft, wird die Ansicht vertreten, dass die Problematisierung des BIP als alleinigem Indikator gesellschaftlichen Wohlstands und Fortschritts hier als *Common Sense* gelten könne (vgl. Schratzenstaller INTV). So meint etwa Karl Aiginger (INTV): „[W]enn Sie heute Studenten oder an der Universität fragen, ist das überhaupt keine Diskussion mehr, dass das BIP ersetzt werden soll durch *Beyond GDP*-Indikatoren.“

Weniger klar fällt die Einschätzung in Bezug auf die Frage nach der Bedeutung von Forschung und Lehre aus, die – darauf aufbauend – Ansätze in Richtung einer wohlstandsorientierten Politik entwickeln und vorantreiben. Insgesamt dominiert hier mit Blick auf die österreichischen Universitäten – von einzelnen Departments und Instituten abgesehen – eher ein skeptischer Eindruck (vgl. etwa Schratzenstaller INTV). Mit Blick auf außeruniversitäre Forschungsinstitute ist die Einschätzung im Allgemeinen positiver, wobei auch hier – etwa im Zusammenhang mit Verteilungsfragen – Schwachstellen ausgemacht

---

<sup>46</sup> Weit skeptischer zeigt man sich diesbezüglich aufseiten von NGOs (vgl. Felber INTV; Pühringer INTV).



werden (vgl. etwa Marterbauer INTV).

#### (4.2.2) Problemformulierung

Was die Verankerung in der wissenschaftlichen (Fach-)Öffentlichkeit anbelangt, wird auf das Fortbestehen fachlicher Herausforderungen als erste große Hürde verwiesen. Dies betreffe einerseits die Datengrundlage, wo nach wie vor erhebliche Datenlücken klaffen (z.B. Verteilung). Projekte wie *WGÖ?* würden solche Lücken vielfach erst verdeutlichen und zugleich das „Bewusstsein für die Daten“ (Wegscheider-Pichler INTV) schärfen.

Andererseits gebe es im Bereich der alternativen Indikatoren auch jenseits solcher Datenlücken eine Reihe gewichtiger Probleme. Karl Aiginger (INTV) spezifiziert in diesem Zusammenhang drei zentrale Herausforderungen: zum ersten die mangelhafte (internationale) Vergleichbarkeit der Indikatoren aufgrund ihres unzulänglichen Standardisierungsgrads; zum zweiten den teilweise beträchtlichen *Timelag* im Bereich der Indikatorenentwicklung aufgrund der nicht rezenten Verfügbarkeit mancher Daten; und zum dritten Schwierigkeiten hinsichtlich der Zusammensetzung von Indikatorensets aufgrund fehlender objektiver Kriterien für deren Auswahl und Gewichtung.<sup>47</sup> Oder wie Klemens Himpele (INTV), Dienststellenleiter der MA 23 für Wirtschaft, Arbeit und Statistik der Stadt Wien, letztgenannten Aspekt ausdrückt: „[D]ie Frage, die da aber immer mit dranhängt [...], ist, wie gewichte ich das? Welche Indikatoren nehme ich rein?“

Vor allem mit Blick auf die Universitäten wird als zweite Hürde für eine bessere Verankerung in der wissenschaftlichen (Fach-)Öffentlichkeit auf Faktoren wie die „Beharrungskräfte“ (Marterbauer INTV) orthodoxer Paradigmen verwiesen.<sup>48</sup> Wenngleich die Begrenzungen des BIP als Wohlstandsmaß an den wirtschaftswissenschaftlichen Departments zwischenzeitlich – wie bereits angesprochen wurde – *Common Sense* sei (vgl. etwa Schratzenstaller INTV; Aiginger INTV), erschwere die anhaltende Dominanz besagter Paradigmen nämlich die akademische Auseinandersetzung mit auf einem erweiterten Fortschritts- und Wohlstandsverständnis basierenden Ansätzen.

Denn auch wenn der „große Riss“ (Gepp INTV) zwischen orthodoxen und heterodoxen Ansätzen nicht im Bereich der Indikatorendebatte selbst verlaufe, werde er spätestens

---

<sup>47</sup> Ein weiteres Problem sei, dass – wie sich auch im Falle einzelner *WGÖ?*-Indikatoren exemplarisch zeige – nicht immer klar sei, wie die Entwicklung von Kennzahlen zu bewerten ist (vgl. Himpele INTV).

<sup>48</sup> Hinzu kämen Spezifika der VWL als Disziplin in Österreich wie etwa deren späte Akademisierung und die daraus resultierenden Probleme beim Aufgreifen neuerer Entwicklungen (vgl. Marterbauer INTV).

dann evident, wenn darauf aufbauend Versuche zur Überschreitung dieses paradigmatischen Rahmens unternommen werden. Einer Etablierung neuer Paradigmen jedoch stünden konkrete Interessen entgegen, mit denen man in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften zwangsläufig konfrontiert sei; vor allem jedoch etablierte Gewissheiten, wenngleich diese aufgrund der Krise – sowie aufgrund der „Verunsicherung, in die sie die Ökonomen-Zunft gestürzt hat“ (Schratzenstaller INTV) –, zumindest in Teilen erschüttert wurden (vgl. etwa Marterbauer INTV).

In Bezug auf die außeruniversitäre Forschung ist die Einschätzung im Vergleich zur universitären Forschung – wie einleitend erwähnt – zwar positiver. Aber auch hier seien im Allgemeinen häufig mangelndes Interesse sowie mit Bezug auf einzelne Bereiche besondere Schwachstellen zu konstatieren (vgl. etwa Marterbauer INTV). Dafür werden zentral fehlende ‚Impulse von außen‘ verantwortlich gemacht, etwa in Gestalt entsprechender Nachfrage seitens der Politik (z.B. Forschungsaufträge) oder in Gestalt zur Verfügung stehender Ressourcen (z.B. Forschungsgelder) (vgl. etwa Bernhofer INTV). Hinzu kämen aber auch ‚interne Hindernisse‘, etwa weil alternative Indikatoren bzw. damit verbundene Ansätze im Alltagsgeschäft der Forschungsinstitute vielfach von vergleichsweise marginaler Bedeutung seien (vgl. etwa Schratzenstaller INTV).

Was die beiden großen Wirtschaftsforschungsinstitute, also WIFO und Institut für Höhere Studien (IHS) anbelangt, wird von außen vor allem erstgenannter Institution eine Offenheit gegenüber der Debatte attestiert und dies zentral auf die Person der beiden ehemaligen Leiter Karl Aiginger (WIFO) bzw. Christian Keuschnigg (IHS) zurückgeführt (vgl. Krainer INTV). Entsprechend habe sich auch vor allem das WIFO – wie in *Kapitel 3* ausführlich dargelegt wurde – rasch bemüht, den Impuls der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission für Österreich aufzugreifen und u.a. aufgrund der engen Verbindungen zwischen Statistik Austria und WIFO auch die Arbeit an *WGÖ?* aktiv unterstützt (vgl. etwa Schratzenstaller INTV). Nichtsdestotrotz gebe es in Bezug auf bestimmte Bereiche, konkret etwa im Zusammenhang mit Verteilungsfragen, auch hier Schwachstellen, die u.a. auf die Trägerschaft und Finanzierung der großen Wirtschaftsforschungsinstitute zurückzuführen seien (vgl. etwa Marterbauer INTV).

Teilbereiche des mit der Indikatorendebatte verbundenen Feldes würden zudem von kleineren Forschungsinstituten, beispielsweise seitens des *Sustainable Europe Research Institute* (SERI) im Ökologie-Bereich oder seitens der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) im Sozial-Bereich, abgedeckt. Unter anderem aufgrund der

Abhängigkeit von zu akquirierenden Forschungsgeldern sei das Fehlen der oben erwähnten ‚Impulse von außen‘ hier aber von noch größerer Relevanz. Zudem sei bei den genannten Instituten auch hinsichtlich der Forschungsagenden kein etwa mit dem WIFO vergleichbar breiter Fokus gegeben (vgl. etwa Schratzenstaller INTV; Marterbauer INTV).

#### (4.2.3) Lösungsoptionen

Was die erste Hürde im Bereich der wissenschaftlichen Fachöffentlichkeit, also die skizzierten fachlichen Herausforderungen anbelangt, wird die Lösung einerseits in einer „Arbeit an den Datengrundlagen“ (Marterbauer INTV) gesehen, um bestehende Lücken – etwa hinsichtlich der Frage der Vermögensverteilung – zu schließen.<sup>49</sup> Gerade im Falle der Statistik Austria setze dies aufgrund der Weisungsgebundenheit vielfach jedoch entsprechende Initiativen auf politischer Ebene voraus (vgl. Wegscheider-Pichler INTV).<sup>50</sup>

Andererseits wird eine Reihe von Lösungsvorschlägen für die übrigen skizzierten Herausforderungen unterbreitet. So solle etwa das dargelegte Problem der *Timelags* durch die Anwendung von – auch im Rahmen der BIP-Rechnung gebräuchlichen – Schätzmethode(n) (z.B. *Flash Estimates*, *Nowcasting*) gelöst werden. Und was das Problem der Komposition von Indikatorensets betrifft, wird eine mögliche Lösung darin gesehen, auf der Basis einer Vielzahl von Vorschlägen ein breites Gesamtset zu erstellen, die konkrete Auswahl bzw. Gewichtung aber jedem einzelnen Land bzw. – auf der Basis von Umfragen – der Bevölkerung des jeweiligen Landes zu überlassen (vgl. Aiginger INTV). Von manchen wird jedoch mit Verweis auf solche fachlichen Herausforderungen vor der Hoffnung auf die „eierlegende Wollmilchsau“ (Wallner INTV) gewarnt, zumal etwa eine völlig konsistente Integration von Fragen sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit in die VGR oder von Fragen des Glücksempfindens in die Berechnung des BIP unwahrscheinlich sei.

Die Lösung der dargelegten Probleme erscheint vielen InterviewpartnerInnen dabei als „Voraussetzung für rationale“ (Schweighofer INTV) – im Sinne evidenzbasierter – Politik,<sup>51</sup>

---

<sup>49</sup> Gerade im Bereich der subjektiven Lebenszufriedenheit seien dabei in jüngster Zeit – nicht zuletzt im Kontext von EU-SILC, das auch im Rahmen von *WGÖ?* eine zentrale Datenbasis bildet – beträchtliche Fortschritte gemacht worden, was die Methoden der Datenerhebung und -auswertung anbelangt (vgl. Wegscheider-Pichler INTV).

<sup>50</sup> Zur Frage bestehender Datenlücken im Rahmen von *WGÖ?* vgl. ausführlich STAT 2015a: 168ff.

<sup>51</sup> Dabei wird darauf verwiesen, dass Indikatoren „grundsätzlich ein schwieriges Phänomen für eine kurzlebige Politik“ (Feldhofer INTV) seien, u.a. weil ihre Beziehung zu politischen Maßnahmen vielfach

da diese bzw. der damit jeweils verfolgte Zielpfad erst so mithilfe von (alternativen) Indikatoren überprüft und in international und historisch vergleichender Perspektive analysiert werden könne (vgl. etwa Schneider INTV). Denn – wie Karl Aiginger (INTV) die dahinter liegende Annahme formuliert – „ein gesellschaftlicher Wandel tritt nur dann ein, wenn auch dauernd gemessen wird, ob wir ihn durchhalten“. Ein solches Monitoring erzeuge entsprechend nicht bloß „einen gewissen Handlungsdruck“ (Himpele INTV), sondern werde seitens der Politik auch „gerne [...] als Entscheidungsgrundlage wahrgenommen“ (ebd.). Damit im Zusammenhang stehend wird von Politik und Verwaltung auch auf die notwendige Präzision, Validität und Überprüfbarkeit von Indikatoren bzw. von darauf bezogenen Kausalbeziehungen zu politischen Maßnahmen als Voraussetzung für ihre politische Relevanz verwiesen (vgl. etwa Bernhofer INTV).

Was die mit den ‚Beharrungskräften‘ orthodoxer Paradigmen verbundene, zweite Hürde anbelangt, habe die Krise ab 2007 und die „Erschütterung der Gewissheiten“ (Schratzenstaller INTV), die sie auch im universitären Feld bedingte, neue Spielräume eröffnet. Diese gelte es im Sinne des „Bohrens dicker Bretter“ (Himpele INTV) zu nutzen, um auch hier – in Lehre und Forschung – auf die Erweiterung eines verengten Wohlstands- und Fortschrittsverständnisses hinzuwirken.<sup>52</sup> Wie oben bereits angedeutet wurde, wird dabei die Ansicht vertreten, dass die orthodoxen Ansätze in den Wirtschaftswissenschaften zwar keineswegs überwunden seien; dass durch die Krise jedoch sehr wohl die damit verbundenen Interessen geschwächt bzw. Gewissheiten irritiert wurden. Und dies – also der Umstand, dass „das alte Paradigma die Welt nicht mehr erklären kann“ (Marterbauer INTV) – markiere stets, wie Markus Marterbauer unter Bezugnahme auf Antonio Gramsci ausführt, „den Beginn von Veränderungen“ (ebd.).

Eine wesentliche Hoffnung ruht in diesem Zusammenhang entsprechend auf der Stärkung heterodoxer Ansätze in den Volkswirtschaftsdepartments der Universitäten, welche – wie etwa Gewerkschafts- und AK-VertreterInnen unter Verweis auf aktuelle Beispiele an der Wiener Wirtschaftsuniversität und an der Johannes Kepler Universität Linz betonen (vgl. Muhm INTV; Stein INTV) – von an einem Wandel interessierten AkteurlInnen in u.a.

---

uneindeutig sei und sich erst mit zeitlicher Verzögerung niederschlage: „Es ist kein Versuchslabor, wo man jetzt sagt, okay, wir machen eine Politikänderung und schauen, wie sich das auf den Indikator auswirkt. [...] Politik funktioniert halt nicht so“.

<sup>52</sup> Anders Christian Felber (INTV), der den wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream durch einen grundlegenden „Methodenfehler“ gekennzeichnet sieht, welcher wesentlich in einer Verwechslung von Mittel (Geldwachstum) und Zweck (Gemeinwohl) bestehe. Die Lösung für dieses Problem könne nur in einer „Wiedereinbettung“ der Wirtschaftswissenschaft in die Philosophie und Ökologie – oder aber in einer „echten Ökonomie“ und der „Abschaffung der realexistierenden Chrematistik“ bestehen (vgl. ebd.).

finanzieller und ideeller Form auch gefördert werden solle.<sup>53</sup> Entsprechende „pädagogische [...] oder auch didaktische Konzepte“ (Pühringer INTV) vorausgesetzt, würde sich die Indikatorendebatte in der Perspektive mehrerer InterviewpartnerInnen jedenfalls auch dafür eignen, in die universitäre und zum Teil wohl auch bereits in die schulische Lehre miteinbezogen zu werden (vgl. ebd.; Himpele INTV).

Die Überwindung der dargelegten Hürden im Bereich der außeruniversitären Forschung, namentlich des mangelhaften Interesses aufseiten der Forschungsinstitute, wird zentral darin gesehen, dass „die politische Ebene sich stärker für das Thema interessiert und Aufträge in diese Richtung vergibt“ (Marterbauer INTV). Konkret könnte solcherart das dargelegte Problem der fehlenden ‚Impulse von außen‘ gelöst werden. So meint etwa Dominik Bernhofer (INTV), Mitarbeiter der Sektion IV für Koordination im Bundeskanzleramt (BKA): „[M]an könnte [...] Forschungsinstitute finanzieren, die sich damit beschäftigen. Man könnte die politische Diskussion darüber intensivieren, sodass auch die Forschung auf den Zug aufspringen würde, weil sie dann [...] zurecht das Gefühl hat, dass das ein Thema ist, mit dem sie sich beschäftigen sollte.“

Um die dargestellten ‚internen Hindernisse‘ zu überwinden, gehe es u.a. darum, die alternativen Indikatoren vermehrt in das Alltagsgeschäft der Institute zu integrieren. Im Falle des WIFO wäre es – wie Margit Schratzenstaller (INTV) vorschlägt – konkret etwa möglich, „solche Indikatoren in den Prognoseprozess mit ein[z]ubringen“, zumal dieser bislang stark auf traditionelle Kennzahlen im Bereich der Makroökonomie fokussiert sei. Die Relevanz einer solchen Maßnahme wird – mit Verweis auf die zentrale Bedeutung der Prognose für die Haushalts- und Wirtschaftspolitik – auch seitens anderer InterviewpartnerInnen bestätigt (vgl. etwa Gepp INTV). So meint etwa Georg Ortner (INTV), stellvertretender SPÖ-Klubdirektor für Budget und Wirtschaft: „Wenn zum Beispiel das WIFO in seinen Prognosen mehr diese Indikatoren heranziehen würde, würden sie – glaube ich – wesentlich mehr in der Debatte sein.“<sup>54</sup>

---

<sup>53</sup> Parallel dazu seien jedoch auch gegenläufige Entwicklungen wie etwa die Ausbreitung advokatischer Think Tanks zu beobachten, deren inhaltliche Programmatik den Zielsetzungen eines erweiterten Wohlstands- und Fortschrittsverständnisses entgegenstehe und denen gegenüber folglich eine „Gegenöffentlichkeit zu konstituieren“ (Stein INTV) sei.

<sup>54</sup> Ortner sieht hierin eines von mehreren möglichen „Einfallstoren“ (Ortner INTV) für die Debatte. Ein weiteres meint er in den Strategieberichten des Finanzministeriums ausmachen zu können, welche begleitend zum Budgetplan der kommenden Jahre erstellt werden (vgl. ebd.).

### **(4.3) Politisch-institutionelle (Fach-)Öffentlichkeit**

#### *(4.3.1) Allgemeine Einschätzung*

Was schließlich die Frage der Verankerung alternativer Kennziffern, eines damit verbundenen Wohlstands- und Fortschrittsverständnisses bzw. einer darauf basierenden Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in der politisch-institutionellen (Fach-)Öffentlichkeit betrifft, dominiert hinsichtlich der praktischen Relevanz der Debatte eine weitgehend negative Einschätzung. Im Bereich der Wissenschaft meint etwa Margit Schratzenstaller (INTV), dass „den offiziellen Institutionen [...] eine wohlstandsorientierte – im Sinne von *Well-being*-orientierte – Politik kein explizites Anliegen“ sei. Ambivalenter fällt die Einschätzung hingegen im Hinblick auf die Frage des theoretischen Wissens um die Beschränktheit des BIP als Kennziffer gesellschaftlichen Wohlstands und Fortschritts aus. So vertritt etwa Karl Aiginger (INTV) in Bezug auf diese Frage eine positive Einschätzung:

„Die Tatsache, dass das Bruttoinlandsprodukt kein ideales Wohlfahrtsmaß ist, ist durchgedrungen und wird von allen geteilt. [...] Heute [kann] niemand mehr in einer Diskussion einfach sagen [...]: ‚Es geht uns eh gut, weil das BIP gestiegen ist um 1,4 Prozent‘. Also mit dieser *Message* kommt man bei einem Publikum nicht mehr durch. [...] Das sehe ich auch aufseiten der Politik: Also heute gibt es fast niemand mehr, der sagt, Verteilungsfragen sind gleichgültig. [...] Und genauso beim Klimawandel“.

Erstgenannter Aspekt, also die praktische Irrelevanz des Themas in der politisch-institutionellen Öffentlichkeit, wird auch von Politik und Medien betont: Nachdem die Debatte nämlich „in der Tagespolitik [...] gar keine Rolle“ spiele, Wirtschaftspolitik jedoch stark tagespolitisch orientiert sei, habe sie „keine praktische Relevanz“ (Krainer INTV). Das heißt, „das findet keinen Niederschlag in einer politischen Debatte“ (Ortner INTV) bzw. allenfalls auf konzeptioneller, nicht jedoch auf praktischer Ebene: „Die wirtschaftspolitische Praxis richtet sich danach, das BIP zu steigern. [...] [D]ie Wachstumsdebatte, die Debatte um Indikatoren spielt [...] in der echten Wirtschaftspolitik [...] keine Rolle“ (Gepp INTV).

Seitens der Verwaltung wird darauf verwiesen, dass bspw. im Umwelt- und Sozialressort die Diskussion um die für sie jeweils relevanten Indikatoren – im ersteren Fall etwa im Bereich Klima- und Energiepolitik, im letzteren Fall etwa im Bereich Armut und soziale Ausgrenzung – durchaus von Bedeutung sei. Auf politischer Ebene hingegen ist die Debatte, wie Johannes Schweighofer (INTV), Leiter der Abteilung für Internationale Arbeitsmarktpolitik im BMASK, ausführt, „noch nicht wirklich angekommen“. Deshalb sei ihre praktische Relevanz – „abgesehen von Sonntagsreden und von irgendwelchen

blumigen Worten“ (ebd.) – auch zu vernachlässigen. In beinahe identischer Form beschreibt Norbert Feldhofer (INTV) die Situation: „Also so in der praktischen Welt ist das, glaube ich, noch nicht wirklich angekommen.“ (vgl. ähnlich Bernhofer INTV)<sup>55</sup> Und auch für den Umweltbereich formuliert Martina Schuster (INTV) einen vergleichbaren Widerspruch: „Super Zahlen und Zeitreihen, sie sind Grundlage für wissenschaftliche Analysen, aber kaum einer nimmt sie als Grundlage für politische Entscheidungen“.<sup>56</sup>

Auch aufseiten der Verbands- und NGO-VertreterInnen wird die Einschätzung weitgehend geteilt, dass von einer wirtschaftspolitischen Relevanz der Debatte „[b]is jetzt noch nicht wirklich“ (Muhm INTV) gesprochen werden könne bzw. dass Initiativen wie *WGÖ?* bislang „nicht [...] einen maßgeblichen Einfluss auf die Politikgestaltung“ (Wallner INTV) haben.<sup>57</sup> Wenngleich man laut Dwora Stein (INTV) aus Berichten wie *WGÖ?* „sehr viele Anregungen [...] beziehen kann“, gebe es bislang auch kaum einen politischen Akteur, der das Thema „ganz oben auf der Agenda hat und das vorantreiben würde“ (Stein INTV). Mehr noch sei – wie Judith Pühringer (INTV) mit Blick auf *Beyond GDP* meint – hinsichtlich der politischen Relevanz sogar eine rückläufige Tendenz zu konstatieren: „Wo ist sie verankert, wo zeigt sie Wirkung? Also ich habe nicht das Gefühl, dass es Auswirkungen gehabt hätte. [...] Alles, was eben ein Stück weit *beyond* einer Mainstream-Agenda passiert, ist für mein Empfinden in den letzten fünf Jahren wieder ganz stark in den Hintergrund gerückt“.

#### (4.3.2) Problemformulierung

Was die mangelhafte Verankerung der Debatte in der politisch-institutionellen

---

<sup>55</sup> Zugleich wird betont, dass bei tagespolitischen Entscheidungen „das Entscheidungsraster immer schon *Beyond GDP* war, ohne dass man irgendeinen Indikator dafür zu Rate gezogen hat [...]: Die Politik hat nicht einen eindimensionalen Fokus“ (Bernhofer INTV). Entsprechend seien „diese Themen sowieso immer mitdiskutiert“ (Wallner INTV) worden. Mehr noch als für die Bundes- gelte dies für die regionale Ebene, wo Fragen der Lebensqualität stets von größerer Relevanz waren als solche des – in diesem Fall – Bruttoregionalprodukts (vgl. Himpele INTV; Waltner INTV).

<sup>56</sup> Wenngleich eine mittelbarer Einfluss über das Einwirken auf das politische Bewusstsein der EntscheidungsträgerInnen zum Teil gegeben sein mag, sei die Debatte um alternative Indikatoren hier insofern „irrelevant, weil sie sozusagen kein Faktor im politischen Entscheidungsprozess sind“ (Bernhofer INTV). Entsprechend gelte es immer wieder die Frage zu stellen: „Warum werden die Indikatoren, die wir haben, eigentlich nicht angewandt, und was sind die Hindernisse?“ (Schuster INTV)

<sup>57</sup> Mit Verweis auf die konstatierte Wirkungslosigkeit der angesprochenen Projekte auf Ebene der Vereinten Nationen (z.B. *Millennium* bzw. *Sustainable Development Goals*) wird von manchen der interviewten NGO-VertreterInnen die politische Relevanz der Debatte zum Teil auch umfassender infrage gestellt. So meint etwa Alexandra Strickner (INTV), Koordinatorin der zivilgesellschaftlichen Allianz *Wege aus der Krise*: „[D]ie Frage [ist], wie hilfreich sind [...] diese Indikatoren, wenn du halt damit nicht wirklich etwas voranbringen kannst?“

Öffentlichkeit anbelangt, wird ein zentrales Hindernis – neben dem Umstand, „dass natürlich der Kapitalismus eine gewisse Eigenlogik“ (Schweighofer INTV) habe und sich das Prinzip der Profitmaximierung in vielen Punkten mit einem erweiterten Wohlstands- und Fortschrittsverständnis als wenig kompatibel erweise – in politischen Faktoren, namentlich in divergierenden Interessenlagen und damit verbundenen Machtasymmetrien ausgemacht.

Als grundlegendes Problem erweise sich in diesem Zusammenhang der Umstand, dass – während das BIP „als ideologiefrei gesehen“ (Ortner INTV) werde – dies für alternative Indikatoren häufig nicht gelte. Wenngleich also bspw. die Statistik Austria „als unabhängige kompetente Behörde wahrgenommen“ (Bernhofer INTV) werde und mithin als Datenlieferantin außer Zweifel stehe, stünden etwa die *WGÖ*-Indikatoren u.a. auf Ebene der Parteien wie auf jener der Interessenverbände vielfach im Fokus politischer und ideologischer Kontroversen. So betont etwa Norbert Feldhofer (INTV) mit Blick auf *WGÖ*: „Es ist kein neutrales Konzept [...], Indikatoren-Diskussionen sind immer politisch. [...] Und hier eine grundsätzliche politische Einigung zu finden, ist einfach eine schwierige Geschichte.“ Dabei seien gerade auch in der aktuellen Regierungskonstellation „schwarzrote Trennlinie[n]“ (Schweighofer INTV)<sup>58</sup> in Bezug auf Fragen von Wachstum und Wohlstand von hoher Relevanz.

Diese Einschätzung wird von den Interviewpartnern der ArbeitgeberInnenseite geteilt. So meint etwa Christoph Schneider (INTV) mit Blick auf *WGÖ*, dass das ausgewählte Set an Kennziffern zu viel „Platz für Interpretation“ lasse und auch „die Auswahl der Indikatoren [...] nicht ganz so ausgewogen [ist], wie wir es uns wünschen würden“. Clemens Wallner (INTV) sieht darin zwar einen „gute[n] Überblick über sehr interessante Indikatoren“, betont jedoch ebenfalls, dass es im Hinblick auf Fragen der Auswahl, der Kohärenz und der Konsequenz „schwierig ist, das auf einen Nenner zu bringen“.<sup>59</sup>

Spätestens jedoch, wenn es um die Bewertung der Indikatorenentwicklung, um deren

---

<sup>58</sup> Laut Johannes Schweighofer (INTV) werde die Debatte trotz vereinzelter Schnittstellen zwischen den beiden Seiten (etwa im Bereich der Arbeitszeitverkürzung) zum Teil stark polemisch geführt: „[D]a gibt es [...] einen impliziten, manchmal aber auch explizit geführten Vorwurf [...] von der roten Seite sozusagen: ‚Ihr – also die andere Seite, die für Nachhaltigkeit ist und für Lebensqualität – nehmt ja die soziale Frage nicht ernst. [...] Das ist ja eine naive Debatte, die ihr da führt. Das ist ja nur für verzogene Wohlstandsfratzen was, für die Mittelschicht und für die Bobos [...]. [D]ie einfachen Arbeiter können sich diese ganze Luxusdebatte nicht leisten, weil wir müssen eine [...] Verteilungsdebatte führen.“

<sup>59</sup> Gleichzeitig bezweifelt Wallner (INTV) jedoch, dass es bspw. im Hinblick auf Verteilungsfragen Widerstände gegen einzelne Indikatoren bzw. Daten gebe, zumal es „[i]m politischen Diskurs und in politischen Auseinandersetzungen [...] nicht um die Daten selbst, sondern um die Interpretation der Daten“ gehe.



Interpretation sowie um daraus resultierende Schlussfolgerungen gehe, würden solche politisch-ideologischen Differenzen in Bezug auf Fragen der Wohlstandsorientierung evident. Diese verlaufen häufig, wie etwa Margit Schratzenstaller (INTV) ausführt, entlang tradierter Konfliktlinien: „Die einen haben mehr ein Problem mit der Ökologie, die anderen haben mehr ein Problem mit verteilungspolitisch motivierten Maßnahmen, oft gemäß den bekannten Positionen und mit den bekannten Reaktionen“. Etwas komplexer sei die Situation im ökologischen Bereich, wo zwar nach wie vor „die rote Seite [...] so eine Aversion gegen dieses Umweltthema“ (Schweighofer INTV) habe, es mitunter aber auch zu „unheilige[n] Allianzen über die sonstigen sozialpartnerschaftlichen [...] Differenzen hinweg“ (Schratzenstaller INTV) komme.<sup>60</sup>

Auf Verbandsebene sei es zudem bislang misslungen, das Thema etwa über den *Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen* zum Gegenstand gemeinsamer Bemühungen der Sozialpartner, bspw. in Gestalt einer Beirats-Studie, zu machen (vgl. Muhm INTV), um solcherart auf eine Akkordierung der divergierenden Interessen hinzuwirken. Dabei ist freilich umstritten, ob es für gemeinsame Positionierungen überhaupt ausreichend Schnittstellen gebe. Während sich nämlich die einen – vor dem Hintergrund der bisherigen Auseinandersetzung mit dem Thema im Beirat – optimistisch zeigen (vgl. Schneider INTV), sind andere – auch aufgrund dieser Erfahrungen – eher skeptisch: „Davon sind wir, glaube ich, weit entfernt.“ (Marterbauer INTV)

Solange dies jedoch nicht der Fall sei und die zentralen AkteurlInnen der österreichischen Wirtschaftspolitik – wozu neben der Regierung eben auch nach wie vor die großen Interessenverbände zählen würden – sich nicht darauf geeinigt hätten, müsse die politische Wirkmächtigkeit der Debatte zwangsläufig begrenzt bleiben (vgl. Muhm INTV). Oder wie Dominik Bernhofer (INTV) es formuliert: „Es scheitert daran, dass es niemand fordert [...], und solange es keiner fordert, ist es auch kein Faktor in der Diskussion.“ Dadurch nämlich, dass es „keine Akteure [gibt], die das im Sinne eines Gesamtkonzeptes jetzt wirklich ganz konsistent vorantreiben“ (Stein INTV), bleibe die Rezeption der Indikatoren- und der damit verbundenen Wachstumsdebatte bislang weitgehend auf einzelne Player wie die Statistik Austria beschränkt. Vor diesem Hintergrund sei es in Österreich schlicht „nie zu einem *Agenda-setting* gekommen in dem Sinn, dass die

---

<sup>60</sup> Diese spezielle Situation im Umweltbereich habe zentral mit der besonderen Interessenlage zu tun, wie sie für dieses – im Unterschied zu anderen – Feldern zu konstatieren sei: „Ökologie hat keinen expliziten Fürsprecher“ (Schratzenstaller INTV) bzw. „Umwelt hat keine Interessenvertretung, die etwa analog zu den Kammern ihre Anliegen legitimiert in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen und politischen Druck ausüben könnte“ (Schuster INTV).

Bundesregierung gesagt hat, das machen wir jetzt“ (Muhm INTV).

Neben divergierenden Interessenlagen und asymmetrischen Machtverhältnissen spielen als weitere Hürde die Art und Weise eine bedeutsame Rolle, wie gesellschaftlich dominante Vorstellungen von Wohlstand und Fortschritt bzw. die damit verbundenen Kräfteverhältnisse auf politischer Ebene institutionellen Niederschlag finden. Indem sich diese hier nämlich in spezifische Institutionen, Regelwerke und Verfahren einschreiben, unterliege Politik generell einer „Vielzahl an Restriktionen“ (Bernhofer INTV). Gerade vor dem Hintergrund der u.a. auf EU-Ebene vorangetriebenen Tendenz zu ‚regelgebundener Politik‘ (Europäisches Semester usw.) hätten sich diese Restriktionen in jüngster Zeit vervielfältigt. Über Relevanz oder Irrelevanz einzelner Indikatoren entscheide dabei häufig, welche Zielsetzungen im Rahmen solcher Institutionen, Regelwerke und Verfahren formuliert und anhand welcher Indikatoren sie überprüft werden.<sup>61</sup> Durch die konkrete Form der Institutionalisierung würden bestimmte Indikatoren so – unter den aktuell dominanten austeritätspolitischen Vorzeichen etwa Kennziffern für Haushaltsdefizit und Verschuldung – auf Kosten anderer an Bedeutung gewinnen und festgeschrieben: „Das sitzt [...] im politischen System tief drinnen. Das sitzt bei den handelnden Personen [...] ganz tief drin.“ (Krainer INTV)<sup>62</sup>

Auf grundlegender Ebene würden in diesem Zusammenhang zudem institutionelle Mechanismen fehlen, um zum einen indikatorenbasiert die mit konfligierenden Interessen und entsprechend divergierenden Zielsetzungen verbundenen Konflikte politisch austragen und solcherart zu Entscheidungen über gesellschaftliche Prioritäten (z.B. ökonomisches Wachstum versus ökologische Nachhaltigkeit) gelangen zu können (vgl. Martberbauer INTV).<sup>63</sup> Zum anderen müssten solche Mechanismen dazu im Stande sein,

---

<sup>61</sup> Jan Krainer (INTV), SPÖ-Bereichssprecher für Budget und Finanzen und Abgeordneter zum Nationalrat, vertritt in diesem Zusammenhang die Einschätzung, dass vor dem Hintergrund des mit der Europäischen Wirtschaftsregierung verbundenen Regelwerks „BIP-Wachstum [...] nicht mehr so wichtig“ sei; vielmehr „entscheidend [ist] das Defizit und die Verschuldungsquote“.

<sup>62</sup> Am stärksten gelte dies freilich für das BIP selbst, seien doch aufgrund seiner vermeintlichen Neutralität und Ideologiefreiheit „das ganze Staatssystem und alle Berichte auf dem BIP aufgebaut“ (Ortner INTV).

<sup>63</sup> Dass es solche Zielkonflikte bspw. auch im Hinblick auf Fragen des Wohlstands und der Verteilung gibt, wird auch von ArbeitgeberInnenseite nicht infrage gestellt. So meint etwa Clemens Wallner (INTV), dass sich zwar grundsätzlich „alle Player einig [sind]: Sie wollen den Wohlstand erhalten und das so gut wie möglich für alle“. Nichtsdestotrotz sei die Ökonomie gekennzeichnet durch einen basalen „*Trade-off*“ zwischen *equity* und *efficiency*: Wie schaffe ich, [...] den Output zu steigern, und wie schaffe ich es dann, die Verteilung zu machen? Das ist [...] nicht ein Nullsummenspiel“. Vor diesem Hintergrund erklärt sich für Clemens Wallner auch das Scheitern von *Europa 2020*. Indem hier nämlich „in sich konkurrierende Ziele“ (ebd.) ökonomischer (z.B. Erhöhung von F&E-Ausgaben), sozialer (z.B. Reduktion von Armut) und ökologischer Natur (z.B. Reduktion von Treibhausgasemissionen) in einer Strategie vereint wurden, sei es zu einer „Überfrachtung mit Zielen und Wunschvorstellungen“ (ebd.) gekommen. Darüber habe man

den starken Fokus der Politik auf „tagesaktuelle Gegebenheiten“ (Schratzenstaller INTV) zu überwinden, um darüber die mittel- und langfristig drängenden Probleme überhaupt erst in den Blick zu bekommen. Aktuell nämlich sei „der politische Prozess [...] relativ getrieben von viel Klein-Klein, [...] also Hick-Hack, hin und her – und man tut sich schwer, strategische Debatten aufzunehmen und umzusetzen“ (Schweighofer INTV).<sup>64</sup>

In diesem Kontext markiere insofern auch die Schnittstelle zwischen Verwaltung und Politik eine bedeutsame Hürde, als sich bei ersteren vielfach mehr Offenheit gegenüber neuen Ansätzen zeige, ohne dass diese jedoch dazu in der Lage wären, letztere von diesen konzeptionellen Ansätzen, vor allem jedoch von deren praktischer Umsetzung zu überzeugen (vgl. etwa Schweighofer INTV). Nachdem man sich nun aber, „wenn die politische Ebene so was vorlebt und sagt, das ist gewollt, [...] als Verwaltung immer leichter“ (Himpele INTV) tue und gerade bei größere Änderungen vielfach „das politische Backing [...] notwendig“ (Feldhofer INTV) sei, scheitere es häufig am besagter Hürde.<sup>65</sup>

Schließlich scheitere die Verankerung in der politisch-institutionellen Öffentlichkeit bislang daran, dass Faktoren wie das „Ressortdenken“ (Schratzenstaller INTV) in den einzelnen Ministerien – also der Umstand, dass „die Politik [...] arbeitsteilig“ (Krainer INTV) funktioniere und entsprechend etwa das Wissen um Indikatoren im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit weitgehend auf das Umweltressort beschränkt bleibe – der Entwicklung eines integralen Ansatzes entgegenstehe.<sup>66</sup> Verschärfend hinzukomme die mangelnde Initiative seitens des BKA als potenziell ressortübergreifender Instanz (vgl. Marterbauer INTV), was es zusätzlich erschwere, ausgehend von der Indikatorendebatte umfassende Ansätze zur Verfolgung gesellschaftlicher Ziele bzw. zur Lösung von Zielkonflikten zu entwickeln. Dafür verantwortlich zeichne nicht zuletzt eine Form der

---

das „Kernproblem“ (ebd.) unzureichender Produktivität und Innovation, wie es im Sinne einer „konkrete[n] Zielsetzung“ (ebd.) im Rahmen der Lissabon-Strategie noch vorhanden war, aus den Augen verloren und sich damit auch der Chance beraubt, „einen dynamischen Prozess [...] aus[zulösen“ (ebd.).

<sup>64</sup> Als Voraussetzung dafür erscheint vielen eine Überwindung des von Ihnen konstatierten Mangels an „politischen Visionen“ (Pühringer INTV), um mit Blick auf besagte Probleme politisch wieder wirkmächtig werden zu können (vgl. ebd.). Unter anderem aufgrund des bei manchen Indikatoren evidenten *Timelags* machen einige InterviewpartnerInnen nämlich die aktuell häufig verbindliche „kurzfristige Politik-Ausrichtung“ (Feldhofer INTV) für deren praktische Irrelevanz verantwortlich.

<sup>65</sup> Vor diesem Hintergrund ergebe sich etwa für die Umweltverwaltungen vielfach die Chance und Notwendigkeit, zu „performen für das, was dein Kunde – und das ist für uns der Minister – nachfragt“ (Schuster INTV). Eine gute Performance erhöhe auch die Chancen, Themen an die politisch Verantwortlichen heranzutragen.

<sup>66</sup> Besonders deutlich sei dies im Zusammenhang mit Fragen, bei denen die Einnahmeseite des Staatshaushalts in Form von Steuern und Abgaben im Fokus stehe, zumal dafür das Finanzministerium die (Ressort-)Verantwortung habe. Dies mache einen integralen Ansatz schwierig: „Eine solche umfassende Abgaben- und Steuerreform wird ganz klar an Ressortgrenzen deutlich erschwert.“ (Schratzenstaller INTV)

institutionellen Trägheit, zumal – wie Dwora Stein (INTV) es formuliert – „es unglaublich schwer ist – gerade für politische Institutionen, die auch so eine Tradition haben –, eingetretene Pfade [...] zu verlassen“. In der Perspektive mancher zeichnet für diese Trägheit nicht zuletzt der Umstand verantwortlich, dass die in der Vergangenheit erzielten Erfolge und der mit einer Veränderung befürchtete Verlust des erreichten Wohlstandsniveaus das Beschreiten neuer Wege hemme (vgl. Schneider INTV).

Das Fehlen eines integralen Ansatzes in Bezug auf Fragen von Wachstum und Wohlstand habe auch das Fehlen eines wirtschaftspolitischen Gesamtkonzepts zur Folge. So meint etwa Johannes Schweighofer (INTV): „Dass man da irgendwie einigermaßen einen konsistenten Rahmen hätte, an dem man sich orientiert – das ist nicht der Fall.“ Dafür verantwortlich zeichne auch der Umstand, dass im Bereich der wissenschaftlichen Politikberatung durch Beiräte bzw. Gremien einschlägige Einrichtungen mit einem solch weit gefassten Auftrag in Österreich fehlen und es in bestehenden Einrichtungen wie dem Fiskalrat diesbezüglich wenig Spielraum gebe. Dies sei mit ein Grund dafür, dass wissenschaftliche Debatten häufig nicht zu Politik und Verwaltung vordringen, da diese hier in der Regel „nur registriert [werden], wenn das sozusagen irgendwo medial aufschlägt oder wenn es die Wissenschaft an uns heranträgt“ (Bernhofer INTV).

#### *(4.3.3) Lösungsoptionen*

Angesichts der mit divergierenden Interessenlagen und damit assoziierten Machtasymmetrien verbundenen Hürden sei auf einer grundlegenden Ebene zu akzeptieren, dass – wie Johannes Schweighofer (INTV) es formuliert – „politische Auseinandersetzungen geführt werden müssen“. Zu diesem Zweck sei eine politische Debatte über Indikatoren und deren Entwicklung sowie – darauf aufbauend – über gesellschaftliche Zielsetzungen und damit verbundene Konflikte bzw. Synergien vonnöten.<sup>67</sup> Denn wenn erst einmal ökonomische, soziale und ökologische Zielsetzungen als prinzipiell gleichrangig etabliert seien, brauche es laut Markus Marterbauer (INTV) eine „Debatte auch über [...] Werte: ‚Was ist in der Gesellschaft wichtig?‘ Zumindest diese

---

<sup>67</sup> Margit Schratzenstaller (INTV) kritisiert diesbezüglich etwa mit Blick auf die *Europa 2020*-Strategie, dass hinsichtlich der hier festgeschriebenen ökonomischen, sozialen und ökologischen Ziele „niemand von *Trade-offs* und Synergien [redet] und dass die einzelnen Ziele nicht so einfach zusammen zu bringen sind“.

Konflikte mal [...] öffentlich zu debattieren, ist schon ein großer Fortschritt.“<sup>68</sup>

Für eine solche Debatte über gesellschaftliche Prioritäten in Bezug auf Wohlstand und Fortschritt infrage kämen neben sozialpartnerschaftlichen Gremien (z.B. Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen) auch jene zivilgesellschaftlichen Foren, wie sie oben in Zusammenhang mit der breiten (medialen) Öffentlichkeit bereits angesprochen wurden. Darüber hinaus liege der Ball aber auch bei AkteurInnen auf politischer Ebene. Konkret verwiesen wird hier etwa auf das Parlament (vgl. Schratzenstaller INTV; Stein INTV), das durch eine Behandlung beispielsweise von *WGÖ?* im Rahmen zuständiger Unterausschüsse oder einer Enquete die Debatte aufgreifen und befördern könne. Klemens Himpele (INTV) meint dazu: „So was zu verankern im Sinne von ‚Liebes Parlament, setz dich mal mit der Frage auseinander, wo wollen wir eigentlich hin mit Wohlstand, Lebensqualität, was ist das eigentlich?‘ ist sicherlich nie verkehrt, weil das auch eine bestimmte politische Prioritätensetzung und Wirkmächtigkeit erzielen kann.“

Neben dem Parlament könne aber auch die Regierung zu einer „stärkere[n] politische[n] Institutionalisierung dieser Diskussion“ (Marterbauer INTV) beitragen. Beispielsweise durch eine öffentliche Präsentation des *WGÖ?*-Berichts, wie dies etwa beim *Wirtschaftsbericht Österreich*, der alljährlich von mehreren Regierungsmitgliedern gemeinsam der Öffentlichkeit vorgestellt wird, heute bereits der Fall ist (vgl. Marterbauer INTV; Feldhofer ITV).<sup>69</sup> In diesem Zusammenhang stelle sich auch die Frage, inwiefern eine gesetzliche Pflicht zur Beschäftigung mit bzw. zur Stellungnahme zu Berichten wie jenem der Statistik Austria verankert werden könne – und falls ja, für wen diese gelten solle (bspw. Bundesregierung oder BKA) –, wobei dies in jedem Fall „die Aufmerksamkeit und die Bedeutung des Berichts heben“ (Bernhofer INTV) würde.<sup>70</sup>

---

<sup>68</sup> Ob es darüber letztlich gelingt, dass alternative Indikatoren vergleichbar dem BIP – wie Georg Ortner (INTV) es formuliert – „sozusagen neutral akzeptiert [...], also *Common Sense*“ werden, ist unklar. So sei selbst unter den schärfsten politischen und ideologischen KontrahentInnen heute das, worüber man sich über alle Konflikte und Gegensätze hinweg „nie [...] streiten werde, [...] das Bruttoinlandsprodukt“. Ob selbiges allerdings in analoger Form auch – wie Ortner (INTV) meint – „für alle anderen Indikatoren“ erreicht werden kann bzw. soll, wird zumindest implizit von vielen angezweifelt.

<sup>69</sup> Inwiefern die Lösung bestehender Konflikte auf Regierungsebene in der bestehenden Konstellation überhaupt möglich wäre oder andere Konstellationen – bzw. qua Änderung der Wahlrechtsordnung sogar andere Regierungsformen (vgl. Schneider INTV) – voraussetzen würde, ist umstritten. Ebenso die Frage, inwiefern die Wirkmächtigkeit eines solchen Konzepts in einem solchen Fall auf die Regierungszeit der jeweiligen Koalition (bspw. zwischen SPÖ, Grünen und NEOS) begrenzt wäre. Hierin bestehe bei allen Abstrichen in jedem Fall ein zentraler Vorzug eines unabhängig erstellten Berichts wie *WGÖ?* gegenüber solchen, die „von der Politik aufgesaugt“ (Feldhofer INTV) werden.

<sup>70</sup> Da die Politik „relativ stark getrieben [ist] von der Presse“ (Schweighofer INTV), sehen manche auch hier – sei es im Sinne einer positiven oder in dem einer negativen Presse – eine Strategie, um den Druck auf die Politik zur Entwicklung praktischer Ansätze zu erhöhen.

Ist es erst einmal gelungen, die mit divergierenden Interessenlagen und konfligierenden Zielsetzungen verbundenen Konflikte zum Gegenstand öffentlicher Debatten zu machen, wäre – wie Markus Marterbauer (INTV) meint – „die nächste Frage: ‚Wie löse ich diese Konflikte?‘“. Denn erst wenn ersteres geglückt sei, können – darauf aufbauend – politische Zielsetzungen formuliert und darüber die institutionellen Hürden für eine bessere Verankerung der Debatte überwunden werden.<sup>71</sup> Pragmatisch betrachtet gehe es hier schlicht darum, im Hinblick auf die Entwicklung der unterschiedlichen *WGÖ*-Indikatoren politisch zu erreichende Zielmarken zu setzen, wie es aktuell etwa im Rahmen von *Europa 2020* bereits passiere. Um dies zu bewerkstelligen, verweist Dominik Bernhofer (INTV) auf zwei grundlegende Möglichkeiten, nämlich eine Selbstverpflichtung der Bundesregierung oder ihre gesetzliche Verpflichtung auf der Basis eines vom Nationalrat zu erlassenden (Verfassungs-)Gesetzes. Letztere Option wäre gegenüber ersterer dabei (potenziell) durch eine längerfristige Perspektive und größere Verbindlichkeit charakterisiert (vgl. auch Feldhofer INTV).

In diesem Fall würde es, was die Form der Institutionalisierung anbelangt, innerhalb des bestehenden Regelwerks zu einer Ergänzung bzw. Ersetzung der bisherigen Indikatoren bzw. der darauf bezogenen Zielsetzungen kommen.<sup>72</sup> Entsprechend könnte sich in der Folge im Rahmen eines Monitoring- und Controlling-Prozesses auch die Bewertung der Indikatorenentwicklung – etwa durch eine unabhängige „Monitoring-Stelle“ (Bernhofer INTV) oder durch den Rechnungshof (Feldhofer INTV) – an diesem Maßstab orientieren; und in weiterer Folge auch ein darauf bezogenes Bericht- und Sanktionswesen.<sup>73</sup>

Von manchen wird jedoch kritisiert, dass eine solche Orientierung am als ‚neoliberal‘ charakterisierten Konzept der Regelgebundenheit bestehende „Restriktion für die Politik vergrößern“ (Bernhofer INTV) würde. Diese Form der Institutionalisierung unterlaufe

---

<sup>71</sup> Umstritten ist dabei die Frage, ob die durch ein Indikatorset verbesserte Transparenz im Hinblick auf Synergien und *Trade-offs* zwischen verschiedenen Zielen den demokratischen Diskussions- und Entscheidungsprozess stärken könne. Zielkonflikte etwa zwischen ökonomischen und ökologischen Entwicklungen würden schließlich auch bereits unter der Dominanz des BIP offenliegen, ohne dass dies breite Debatten zu den ökologischen Folgen des Wachstums bedingen würde (vgl. Gepp INTV).

<sup>72</sup> Zugleich sei ausgehend davon zu „überlegen, [...] wie man von den einzelnen Indikatoren dieses Systems zu Maßnahmenformulierungen etc. kommt“ (Feldhofer INTV), zumal hier ja nicht bloß komplexe Kausalbeziehungen zu beachten seien (s.o.), sondern in manchen Bereichen (z.B. Klima- und Energiepolitik) auch die föderalen Strukturen der Entscheidungsfindung.

<sup>73</sup> Jan Krainer (INTV) wartet in diesem Zusammenhang mit einem instruktiven Beispiel auf: „[W]enn ich reinschreiben würde [...], ein Land, das über drei Prozent Arbeitslosigkeit hat, muss [...] einen nationalen Aktionsplan vorlegen, wie sie denn vorhaben, das besser zu erreichen. Und dann würde die Europäische Kommission [...] länderspezifische Vorschläge machen, was sie besser machen könnten [...]. Und [...] dann würde man messen, und denen würde drohen, quasi, dass sie entmachtet werden [...], dass dann die Troika einmarschiert, wenn sie das ... Ja, hey, dann wäre die Fokussierung ganz eine andere.“

deshalb tendenziell die Prinzipien repräsentativer Demokratie (vgl. Bernhofer INTV) und sei deshalb als „technokratisch“ (Krainer INTV) bzw. „expertokratisch“ (Ortner INTV) zu problematisieren. Jan Krainer (INTV) formuliert es drastisch: „[R]egelgebundene Politik ist halt immer [...] das Misstrauen in die Politik, [...] ist im Ergebnis immer schlecht“.<sup>74</sup>

Auch von ArbeitgeberInnenseite wird in diesem Zusammenhang ein verpflichtender bzw. bindender Charakter solcher Maßnahmen infrage gestellt. So postuliert etwa Clemens Wallner (INTV): „[D]ie Forderungen nach einem *Beyond GDP* [ist] eine legitime Forderung [...], die – glaube ich – jeder von uns teilen würde. Die Frage ist dann, inwieweit ist diese Ausweitung der Indikatoren [...] eine Hilfestellung für die Anwender oder inwiefern ist sie bindend“. Sein zentrales Argument gegen eine „hoheitliche Bindung“ (ebd.) sind dabei die oben dargelegten fachlichen Probleme ebenso wie der fehlende Konsens hinsichtlich der Zusammensetzung von Indikatorensets. Wenngleich in Österreich aufgrund der Dominanz einer von ihm attestierten „altmodische[n] Kultur [...] alles, was nicht verpflichtend ist, [...] vermieden“ werde, spricht sich in vergleichbarer Form auch Christoph Schneider (INTV), Leiter der Stabsabteilung Wirtschaftspolitik der Wirtschaftskammer Österreich (WKO), gegen eine gesetzliche Verpflichtung aus.<sup>75</sup>

Von zentraler Bedeutung sei in jedem Fall eine „Legitimierung“ (Schuster INTV) bestehender Ansätze und Aktivitäten von Wissenschaft und Verwaltung, was etwa durch eine entsprechend ‚legitimierte‘ Person (z.B. BundeskanzlerIn, MinisterIn) oder durch ein ebensolches Verfahren (z.B. EU-Verordnung, Ministerratsbeschluss) geleistet werden könne.<sup>76</sup> Martina Schuster (INTV) spricht in diesem Zusammenhang von einem „Erlaubnisraum“, insofern dies „für die, die sich eh engagieren“ (ebd.), eine Legitimierung ihres Tuns und eine Ausstattung mit (finanziellen) Ressourcen bedeute. Und dort, wo es bspw. in Gestalt eines Ministerratsbeschlusses das *Backing* der Politik gebe, sei es auch für die Verwaltung besser möglich, ihre Initiativen zielstrebig umzusetzen, denn – wie

---

<sup>74</sup> Hinzu komme, dass die politische Wirkmächtigkeit auch im Falle einer solchen Form der Institutionalisierung nicht garantiert sei, wie die *Europa 2020*-Strategie exemplarisch vor Augen führe, die als „Papiertiger“ (Schweighofer INTV), „Totläufer“ (Wallner INTV) bzw. „Feigenblattstrategie“ (Pühringer INTV) charakterisiert und deren praktische Relevanz von vielen als gering eingeschätzt wird (vgl. etwa Muhm INTV; Bernhofer INTV; Stein INTV). In diesem Sinn markieren die mit Fiskalpakt bzw. *Beyond GDP* verbundenen Programmatiken „Parallelwelten“: „Das eine [...] gilt und wird exekutiert [...]. Und das andere ist die Philosophieabteilung.“ (Krainer INTV)

<sup>75</sup> Denn um diese „Bevormundungskultur“ (Schneider INTV) abzustreifen sei es ihm zufolge erforderlich, dass die Politik lediglich einen ‚anreizkompatiblen‘ Rahmen setze – „*Carrots and sticks, basically*“ (ebd.) – , um so eine auf „Eigenverantwortung“ (ebd.) basierende Entwicklung zu ermöglichen und zu befördern.

<sup>76</sup> In diesem Sinn erscheinen Schuster (INTV) auch die SDGs als „Legitimationskerne, damit man zumindest in Ruhe [...] weiterarbeiten kann“, würden dadurch doch die (u.a. finanziellen) Möglichkeiten für Aktivitäten in diesem Feld gesichert und ein Raum für die Erprobung neuer Ansätze eröffnet.

Klemens Himpele (INTV) es formuliert – ein solches „politisches Backing [...] hilft jedenfalls“.<sup>77</sup> Eine ähnliche Funktion könnten in der Perspektive mancher auch „*best practices* und *show cases*“ (Schneider INTV) aus anderen Ländern spielen, u.a. weil ein „Alleingang [...] aus österreichischer Initiative“ (ebd.) unwahrscheinlich sei.

Um das Problem des Fehlens eines integralen Ansatzes zu lösen, wird auf die Notwendigkeit einer „ressortübergreifenden Koordination“ (Schrattenstaller INTV) durch das BKA bzw. andere Formen einer „institutionalisierten Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Ministerien“ (Marterbauer INTV) verwiesen. Dabei wird vielfach die Ansicht vertreten, dass ein politisches „Commitment“ (Gepp INTV) zu einem erweiterten Indikatorenset aufseiten des/der BundeskanzlerIn oder der verantwortlichen MinisterInnen eine Dynamik in Gang setzen könnte, die mittelfristig auch in medialen und wissenschaftlichen Öffentlichkeiten eine Reorientierung bedingen würde.<sup>78</sup> Zu bedenken sei in diesem Zusammenhang jedoch, dass der/die BundeskanzlerIn im politischen System Österreichs den MinisterInnen keine politische Leitlinie vorgeben, sondern sie allenfalls darum ersuchen bzw. dazu motivieren kann, sich zu beteiligen (vgl. Feldhofer INTV). Dies könnte bspw. im Rahmen eines jährlich erscheinenden (Wohlstands-)Berichts geschehen, der – vergleichbar dem *Wirtschaftsbericht Österreich* – einmal pro Jahr entweder durch eine unabhängige Institution wie dem WIFO oder aber als ressortübergreifendes Projekt durch die Verwaltung erstellt werden könne (vgl. Feldhofer INTV). Dabei gehe es zentral darum, in den verschiedenen Ressorts eine „Sensibilisierung dafür zu schaffen“ (Himpele INTV)<sup>79</sup> und sich darum zu bemühen, dass die Debatte „stärker in das Tageshandeln reinkommt“ (Schweighofer INTV).

Geht es im Zusammenhang mit der Verankerung eines erweiterten Wohlstands- und Fortschrittsverständnisses um die Überwindung von Hindernissen wie pfadabhängiger Trägheit und damit verbundenem Konservatismus, sehen manche bessere Chancen, dies

---

<sup>77</sup> Norbert Feldhofer (INTV) verweist in diesem Zusammenhang auf das Beispiel der SDGs: „[B]ei den SDGs haben wir einen Ministerratsbeschluss gefasst, hier einen Prozess aufzusetzen, wo alle Ministerien aufgefordert sind, beizutragen. Wäre natürlich auch eine Idee, das für andere Bereiche zu machen“.

<sup>78</sup> Auch im Zusammenhang mit dem oben erläuterten Vorschlag für eine bessere Verankerung des Themas in einer breiten Öffentlichkeit mithilfe einer Kampagnen- und Partizipationsstrategie wird dem BKA, vor allem jedoch der Person des/der KanzlerIn – aufgrund der sachlichen Zuständigkeit (vgl. etwa Muhm INTV), vor allem jedoch aufgrund der symbolischen Wirkung (vgl. etwa Pühringer INTV) – eine zentrale Rolle zugeschrieben (vgl. Marterbauer INTV).

<sup>79</sup> So verweist etwa Karl Aiginger (INTV) mit Blick auf die drei im Forschungsprojekt WWWforEurope definierten Ziele der ökonomischen Dynamik, der sozialen Inklusivität und der ökologischen Nachhaltigkeit auf die Bedeutung eines Bewusstseins vom „Zusammenhang zwischen den Säulen der Wohlfahrt“. Dabei betont er die „sehr positive Vision“ (Aiginger INTV) von Synergien etwa zwischen ökonomischen und ökologischen Zielen, wodurch diese „mehrheitsfähig“ würden.



nicht als Einzelmaßnahmen, sondern im Rahmen umfassenderer „Visionen“ (Stichwort: New Deal) umzusetzen (vgl. Muhm INTV).<sup>80</sup> Diese wiederum würden die Ausarbeitung eines konsistenten Gesamtkonzepts voraussetzen, worin viele – bezugnehmend auf die Debatte um ein ‚magisches Vier-, Fünf- bzw. Vieleck der Wirtschaftspolitik‘ (vgl. etwa Marterbauer INTV; Himpele INTV; Schweighofer INTV) – einen zentralen Lösungsansatz sehen. Erst einmal verankert ließen sich im Sinne einer „strategischen Ausrichtung aller Politikbereiche an diesem generellen Politik-Ziel“ (Felber INTV) wie etwa Gemeinwohl unterschiedlichste Ansätze einer politischen Institutionalisierung entwickeln.<sup>81</sup>

Um dies zu erreichen, werden für den Bereich der Politikberatung verschiedene Optionen diskutiert. Manche sehen so etwa in bestehenden Einrichtungen wie dem Fiskalrat durchaus einen „Ort, wo so etwas diskutiert werden kann“ (Ortner INTV). Andere hingegen betonen, dass allein schon aufgrund der engen Vorgaben und der politischen Kräfteverhältnisse dort „der Handlungsspielraum relativ gering“ (Marterbauer INTV) sei. Von manchen wird deshalb die Schaffung eines – mit dem Fiskalrat im Bereich der Haushaltspolitik vergleichbaren – Politikberatungsgremiums vorgeschlagen. Unter kritischer Bezugnahme auf die aktuelle Tendenz, neoliberale Politik in Gestalt von ExpertInnen-gremien institutionell zu verankern (z.B. Fiskalrat, Wettbewerbsräte), wird so etwa dafür plädiert, einen „Wohlstandsrat“ (Marterbauer INTV) bzw. „Nachhaltigkeitsrat“ (Schratzenstaller INTV) zu etablieren. Ein solches Gremium könne formal dem BKA zugeordnet sein und die Aufgabe haben, aus dem *WGÖ*-Bericht Schlussfolgerungen abzuleiten und die Bundesregierung zu beraten (vgl. Bernhofer INTV; Marterbauer INTV).

Hinter solchen Vorschlägen steht u.a. die Überlegung, aktuelle Entwicklungen in Richtung regelgebundener Politik als Einsatzpunkte zu nutzen, um – entgegen deren Intention – die Wirkmächtigkeit alternativer Politikansätze zu stärken: „Man müsste versuchen, dieses Momentum, das die Neoliberalen mit ihren ExpertInnen-Räten haben, jetzt aufzunehmen und umzudrehen“ (Marterbauer INTV). Andere hingegen problematisieren solche Ansätze, zumal Politik hier – wie es beim Konzept der regelgebundenen Politik im Allgemeinen der Fall sei (s.o.) – den im Kontext repräsentativer Demokratie dafür Verantwortlichen entrissen und „an irgendein Board von Wissenschaftlern“ (Bernhofer INTV) ausgelagert

---

<sup>80</sup> Ganz generell brauche es, wie Dwora Stein (INTV) es – auch an die eigene Adresse der Gewerkschaften gerichtet – formuliert, „mehr an Kreativität, mehr an Innovationskraft und auch mehr an Mut“.

<sup>81</sup> Ausgabenseitig etwa, indem man die Indikatoren bei der Vergabe staatlicher Förderungen (vgl. Himpele INTV) oder staatlicher Aufträge (vgl. Strickner INTV) berücksichtige. Einnahmeseitig, indem man sie als Orientierungspunkte für eine umfassende Steuerreform verwende (vgl. Schratzenstaller INTV).

werde. Dies freilich spreche nicht grundsätzlich gegen den Vorschlag, Wissenschaft möge verstärkt einen „Diskurs mit der Politik“ (Ortner INTV) führen und mit Anliegen wie der Indikatorendebatte offensiver etwa auf die parlamentarischen Clubs der Parteien zugehen, zumal hier durchaus eine Offenheit für solche Initiativen gegeben sei (vgl. ebd.).

## **(5) Schlussfolgerungen und Fazit**

Wie die für die vorliegende Studie durchgeführten Interviews verdeutlichen, ist die Debatte um alternative Fortschritts- und Wohlstandsindikatoren für die verschiedenen Stakeholder-Gruppen von sehr unterschiedlicher Bedeutung. Wird besagte Debatte etwa aufseiten der interviewten WissenschaftlerInnen und VerwaltungsbeamtInnen stark rezipiert – was sich mitunter aus dem Umstand ihrer unmittelbaren beruflichen Konfrontation mit dem Gegenstand erklärt –, trifft dies beispielsweise aufseiten der VerbandsvertreterInnen und JournalistInnen nur teilweise und aufseiten der NGO-VertreterInnen und PolitikerInnen kaum zu. Besonders deutlich wird dies im Zusammenhang mit *WGÖ?*, wo sich nicht nur bei den letztgenannten Stakeholder-Gruppen durchwegs VertreterInnen fanden, denen das Projekt wenig bis gar nicht bekannt war (vgl. etwa Ortner INTV, Pühringer INTV, Strickner INTV, Misik INTV).

Wenngleich dieses Ergebnis keinen Anspruch auf Repräsentativität erhebt, verdeutlicht es doch, wie wenig es selbst unter den für die Verankerung wohlstandsorientierter Politik unmittelbar relevanten AkteurInnen bislang gelungen ist, alternative Kennziffern als Einsatzpunkte für (progressive) Wirtschaftspolitik in prominenter Form auf die Agenda zu setzen. Dies deckt sich mit Erkenntnissen aus ähnlich gelagerten Forschungsprojekten im internationalen Kontext (vgl. etwa Whitby 2014: 17ff.).

In diesem Kapitel sollen in einem ersten Schritt wesentliche Faktoren resümiert werden, die aus Perspektive der interviewten Stakeholder einer stärkeren Verankerung wohlstandsorientierter Politik im Wege stehen bzw. diese ermöglichen könnten. In einem zweiten Schritt wird es alsdann darum gehen, aus den Forschungsergebnissen mit Blick auf den einleitend dargelegten Theorierahmen zentrale Schlussfolgerungen abzuleiten.

### **(5.1) Resümierende Zusammenfassung**

Wie dargelegt, resümieren wir im Folgenden jene Faktoren, die laut den Interviews wesentlich für die (mangelhafte) Verankerung alternativer Kennziffern, eines damit verbundenen Wohlstands- und Fortschrittsverständnisses bzw. einer darauf basierenden Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in Österreich verantwortlich zeichnen. Mit Blick auf die drei hier fokussierten (medialen, wissenschaftlichen bzw. politischen) Öffentlichkeiten werden besagte Faktoren dabei jeweils thesenförmig zu drei zentralen Problemformulierungen bzw. Lösungsvorschlägen verdichtet (siehe auch *Tabelle II*).

## *(I) Breite (mediale) Öffentlichkeit*

*These 1.1a:* Die Verankerung in einer breiten (medialen) Öffentlichkeit scheitert zum ersten daran, dass der von Initiativen wie *WGÖ?* ausgehende Impuls in unzureichender Form von politischen AkteurInnen aufgegriffen und diskursiv in die verschiedenen Bereiche der Gesellschaft hinein vermittelt wird. Dafür verantwortlich zeichnet auch die mangelhafte Einbeziehung einzelner AkteurInnen in die Entwicklung und Verbreitung der Initiative.

*These 1.1b:* Eine bessere Verankerung in einer breiten (medialen) Öffentlichkeit ist zu erreichen, wenn unterschiedliche AkteurInnen die mit Initiativen wie *WGÖ?* verbundenen Impulse aufgreifen und in vielfältiger Form diskursiv vermitteln. Um die Indikatoren bzw. ein darauf basierendes Fortschritts- und Wohlstandsverständnis zu verbreiten bzw. weiterzuentwickeln sind enge Lobbying- oder auch breite Beteiligungsverfahren denkbar.

*These 1.2a:* Eine zweite Hürde für die Verankerung in einer breiten (medialen) Öffentlichkeit besteht darin, dass ein in Relation zum BIP komplexes Indikatorenset wie *WGÖ?* vergleichsweise schwer zu vermitteln ist. Dies gilt vor allem für die Massenmedien mit ihrem spezifischen Anforderungsprofil. Aber auch über andere Kanäle gelingt die Vermittlung der Debatte jenseits einschlägiger Fachkreise bislang zu wenig.

*These 1.2b:* Was die Überwindung der zweiten Hürde betrifft, geht es – angesichts der Notwendigkeit eines (ggf. zu verkleinernden) Sets an Indikatoren – darum, sich fortwährend um eine Balance zwischen Komplexität und Überschaubarkeit zu bemühen. Zudem ist die Aufbereitung und Analyse der Daten, deren (fachliche) Legitimation sowie deren narrative Vermittlung in Gestalt einer neuen ‚Erzählung‘ bzw. ‚Theorie‘ zentral.

*These 1.3a:* Eine dritte Hürde im Bereich der breiten (medialen) Öffentlichkeit markiert schließlich eine Reihe von mit der medialen Situation verbundenen Problemen. Das betrifft die Erscheinungsrhythmen von Berichten wie *WGÖ?* sowie die Medien und Formate ihrer Vermittlung; vor allem jedoch die prekäre Lage des (Qualitäts-)Journalismus in Österreich sowie den Umstand, dass der Wandel hier nur schrittweise vollzogen wird.

*These 1.3b:* Die Überwindung der dritten Hürde wird in Einzelmaßnahmen wie kürzeren Intervallen der Berichterstattung, Prognosen für die Indikatoren oder einer Einbeziehung anderer Medien in die Vermittlung gesehen. Darüber hinaus sind Kommunikations- und Medienstrategien zu entwickeln, strukturelle Rahmenbedingungen zu verändern sowie systematische und niederschwellige Formen der Thematisierung zu erproben.

## *(II) Wissenschaftliche (Fach-)Öffentlichkeit*

*These II.1a:* Die Verankerung in einer wissenschaftlichen (Fach-)Öffentlichkeit scheitert zum ersten an fachlichen Herausforderungen, wie sie im Zusammenhang mit alternativen Fortschritts- und Wohlstandsindikatoren bis heute Bestand haben. Diese betreffen einerseits die nach wie vor lückenhafte Datengrundlage, andererseits aber auch Probleme etwa mit der Auswahl von Indikatoren oder mit der rezenten Verfügbarkeit von Daten.

*These II.1b:* Die Überwindung der mit solchen fachlichen Herausforderungen verbundenen Hürden wird vor allem in einer Verbesserung der Datengrundlage gesehen, aber auch in einer Reihe konkreter Maßnahmen wie etwa der Anwendung von Schätzmethoden zwecks Korrektur des *Timelags* mancher Daten, um darüber die Basis für eine ‚rationale‘, weil evidenzbasierte Politik zu schaffen.

*These II.2a:* Was die Universitäten anbelangt, wird die zentrale Hürde für eine bessere Verankerung in der fortwirkenden Dominanz orthodoxer Paradigmen gesehen, welche die Auseinandersetzung mit auf einem erweiterten Fortschritts- und Wohlstandsverständnis basierenden Ansätzen erschweren. Obschon durch die Krise in ihrer Allmacht erschüttert, stehen ihrer Ablösung konkrete Interessen und etablierte Gewissheiten entgegen.

*These II.2b:* Eine Überwindung der zweiten, zentral mit den Universitäten verbundenen Hürde kann darin bestehen, dass die Spielräume genutzt werden, wie sie aus den durch die Krise geschwächten Interessen bzw. irritierten Gewissheiten resultieren, um darüber heterodoxe Paradigmen zu stärken und so – in Lehre und Forschung – auf eine Erweiterung des verengten Wohlstands- und Fortschrittsverständnisses hinzuwirken.

*These II.3a:* Was die außeruniversitäre Forschung betrifft, scheitert es bislang zentral an fehlenden ‚Impulsen von außen‘, etwa in Gestalt entsprechender Nachfrage seitens der Politik oder zur Verfügung stehender Ressourcen. Hinzu kommen aber auch ‚interne Hindernisse‘, etwa weil alternative Indikatoren bzw. damit verbundene Ansätze im Alltagsgeschäft der Forschungsinstitute in der Regel kaum von Bedeutung sind.

*These II.3b:* Um die dritte, mit der außeruniversitären Forschung verbundene Hürde zu überwinden, geht es einerseits darum, bspw. durch die Vergabe von Forschungsaufträgen und -förderungen ‚von außen‘ entsprechende Impulse zu setzen. Andererseits sind alternative Indikatoren vermehrt in das Routinegeschäft der Forschungsinstitute zu integrieren, konkret etwa indem das WIFO sie in den Prognoseprozess miteinbezieht.

### *(III) Politisch-institutionelle (Fach-)Öffentlichkeit*

*These III.1a:* Im Bereich der politisch-institutionellen (Fach-)Öffentlichkeit scheitert es

zentral an divergierenden Interessenlagen und damit verbundenen Machtasymmetrien, ist die Frage alternativer Indikatoren und vor allem jene wohlstandsorientierter Politiken doch vielfach Gegenstand politisch-ideologischer Kontroversen. Zudem unterbleibt bislang eine gezielte Akkordierung, häufig sogar eine klare Artikulation entsprechender Interessen.

*These III.1b:* Die Überwindung dieser Hürde besteht zentral darin, ausgehend von den Indikatoren und ihrer Entwicklung politische Auseinandersetzungen über gesellschaftliche Ziele und damit verbundene Konflikte bzw. Synergien auszutragen. Dafür infrage kommen zivilgesellschaftliche, sozialpartnerschaftliche und parlamentarische Foren, wobei auch die Regierung (z.B. durch Präsentation der *WGÖ*-Berichte) dazu beitragen kann.

*These III.2a:* Eine weitere Hürde markiert die spezifische Form, wie gesellschaftlich dominante Vorstellungen von Wohlstand und Fortschritt sich in institutionelle Regelwerke und Verfahren einschreiben und dadurch bestimmte Indikatoren auf Kosten anderer aufwerten. Hinzu kommt das Fehlen institutioneller Entscheidungsmechanismen für eine gesellschaftliche Prioritätensetzung in Bezug v.a. auf langfristig insistierende Probleme.

*These III.2b:* Zu überwinden sind diese Hürden, indem auf der Basis der dargelegten Auseinandersetzungen Entscheidungen über gesellschaftliche Prioritäten gefällt und diese institutionell festgeschrieben werden. In der Folge kann die Politik auf das Erreichen solcher Ziele verpflichtet und der verfolgte Zielpfad in indikatorenbasierter Form kontrolliert werden. Zentral ist zudem deren Legitimierung durch Personen bzw. Verfahren.

*These III.3a:* Als letzte Hürde lässt sich in diesem Bereich der Umstand bestimmen, dass das dominante Ressortdenken sowie die mangelnde Initiative seitens des BKA als (potenziell) ressortübergreifender Instanz der Entwicklung eines integralen Ansatzes bzw. Gesamtkonzepts entgegensteht. Neben institutioneller Trägheit zeichnet dafür u.a. auch das Fehlen einschlägiger Gremien der wissenschaftlichen Politikberatung verantwortlich.

*These III.3b:* Die Überwindung der letzten Hürde besteht in einer ressortübergreifenden Koordination etwa durch das BKA (bspw. im Rahmen jährlicher Wohlstandsberichte). Darüber soll es gelingen, ein konsistentes Gesamtkonzept für eine wohlstandsorientierte Politik zu erarbeiten und mittels einer umfassenden Vision durchzusetzen, was im Bereich der Politikberatung (z.B. durch einen Wohlstandsrat) unterstützt werden kann.

**Tabelle II: Deutungsmuster der Verankerung wohlstandsorientierter Politik**

	<b>Problemformulierung</b>	<b>Lösungsansatz</b>
<b>(I) Breite (mediale) Öffentlichkeit</b>		
<b>These 1</b>	Mangelhaftes Aufgreifen und Vermitteln des (u.a. von <i>WGÖ?</i> ausgehenden) Impulses durch verschiedene politische AkteurInnen	Vielfältige Formen der diskursiven Vermittlung durch verschiedene AkteurInnen mittels enger Lobbying- oder breiter Beteiligungsverfahren
<b>These 2</b>	Problem der Vermittlung komplexer Indikatorensets wie <i>WGÖ?</i> (in Relation zum BIP) über Massenmedien und andere Kanäle	Bemühen um die Balance zwischen Komplexität und Überschaubarkeit bzw. die Aufbereitung, Legitimation und narrative Vermittlung der Daten
<b>These 3</b>	Mit der medialen Situation (in Ö) verbundene Probleme (u.a. <i>WGÖ?</i> -Erscheinungsrhythmen) sowie der Umstand, dass Wandel Zeit braucht	Einzelmaßnahmen in Bezug auf Medien (u.a. kürzere Intervalle des Erscheinens) sowie systematische und ausdauernde Thematisierung
<b>(II) Wissenschaftliche (Fach-)Öffentlichkeit</b>		
<b>These 1</b>	Fachliche Herausforderungen wie lückenhafte Datengrundlage sowie Einzelprobleme (u.a. mit der rezenten Verfügbarkeit von Daten)	Verbesserung der Datengrundlage sowie Einzelmaßnahmen (u.a. Anwendung von Schätzmethode zwecks Korrektur des <i>Timelags</i> )
<b>These 2</b>	Dominanz orthodoxer Paradigmen an Universitäten, die (trotz Krise) aufgrund konkreter Interessen und etablierter Gewissheiten anhalte	Aus der Krise resultierende Spielräume an Universitäten zur Stärkung heterodoxer Paradigmen (in Lehre und Forschung) nutzen
<b>These 3</b>	Fehlende ‚Impulse von außen‘ sowie ‚interne Hindernisse‘ (u.a. Irrelevanz im Alltagsgeschäft) in der außeruniversitären Forschung	Für außeruniversitäre Forschung ‚Impulse von außen‘ (u.a. durch Forschungsaufträge) und Integration ins Alltagsgeschäft (u.a. Prognose)
<b>(III) Politisch-institutionelle (Fach-)Öffentlichkeit</b>		
<b>These 1</b>	Divergierende Interessenlagen und Machtasymmetrien in Bezug auf alternative Indikatoren und auf wohlstandsorientierte Politik	Ausgehend von Indikatoren politische Kontroversen über gesellschaftliche Ziele und damit verbundene Konflikte/Synergien austragen
<b>These 2</b>	Institutionelle Verankerung dominanter Vorstellungen von Wohlstand/Fortschritt, die bestimmte Indikatoren auf- bzw. abwertet	Institutionelle Verankerung neuer gesellschaftlicher Prioritäten/Ziele und (Selbst-)Verpflichtung der Politik auf deren Erreichung
<b>These 3</b>	Dominantes Ressortdenken verhindert Entwicklung integraler Ansätze (u.a. auch wegen Fehlen von Politikberatungs-Gremien)	Ressortübergreifende Koordination (z.B. durch BKA) zwecks Erarbeitung von Gesamtkonzept (unterstützt durch Gremium wie Wohlstandsrat)

Quelle: Eigene Darstellung

## **(5.2) Theoriegeleitete Schlussfolgerungen**

Ziel des vorliegenden Unterkapitels ist es, unter Rekurs auf den in *Kapitel 2.1* eingeführten Theorierahmen und im Hinblick auf das einleitend skizzierte Erkenntnisinteresse aus den dargestellten Forschungsergebnissen theoriegeleitete Schlussfolgerungen abzuleiten.

Unseren Ausgangspunkt bildet dabei die Feststellung, dass sowohl was die Problemformulierung in Bezug auf eine einseitig am BIP-Wachstum orientierte Wirtschaftspolitik anbelangt als auch was den Lösungsvorschlag bezüglich einer an alternativen Indikatoren orientierten Wohlstandspolitik betrifft, seit längerem schon Konzepte vorliegen und von verschiedenen politischen Kräften gestützt werden. Durch die Krise ab 2007 wurde – wenn auch in zeitverzögerter Form – ein Möglichkeitsfenster, konkret ein sogenanntes „problem window“ (Kingdon 1984: 182) geöffnet, wodurch die einseitig verkürzte Wirtschaftspolitik der vorangegangenen Jahre und Jahrzehnte kurzzeitig an prominenter Stelle als Problem auf der politischen Agenda erschien bzw. auf der politischen Prioritätenliste nach oben rückte. Vor dem Hintergrund der eingangs skizzierten, parallel zum Ausbruch der Krise auf internationaler Ebene initiierten Debatten um eine an alternativen Indikatoren orientierten Wohlstandspolitik veränderten sich in der Folge auch auf Ebene der Nationalstaaten die Möglichkeiten eines darauf bezogenen *Agenda-settings*. Konkret ergab sich vor allem mit Blick auf soziale, in abgeschwächter Form aber auch auf ökologische Ziele die Gelegenheit, wohlstandsorientierte Ansätze als Lösungen für das Problem einer einseitig verkürzten Wirtschaftspolitik ins Spiel zu bringen und Interessenkoalitionen für eine Unterstützung solcher Ansätze zu schmieden.

In Österreich traten in diesem Kontext an der Schnittstelle von Wissenschaft und Verwaltung – konkret etwa in der Statistik Austria, am WIFO oder im BMLFUW – *Policy Entrepreneurs* auf den Plan, um das dargestellte *Window of Opportunity* für eine Stärkung von Ansätzen wohlstandsorientierter Politik zu nutzen. Im Rahmen von Projekten wie *Wie geht's Österreich?*, *WWWforEurope* oder auch *Wachstum im Wandel* wurden von den angesprochenen AkteurInnen erhebliche Ressourcen etwa im Sinne von Reputation und Zeit in dieses Vorhaben investiert. Was die *Frames* bzw. Deutungsmuster anbelangt, mittels derer das politische Sachthema diskursiv gerahmt wurde, bemühte man sich vor allem im Zusammenhang mit den beiden letztgenannten Projekten darum, unter Rekurs auf die Indikatorendebatte ein erweitertes Wachstums- und Wohlstandsverständnis zu entwickeln und zugleich darauf bezogene (u.a. ressortübergreifende) Interessenkoalitionen zu schmieden. Darüber gelang es zwar, das Thema auf die Agenden



einzelner Stakeholder und mit ihnen verbundener Teilöffentlichkeiten zu setzen. Zugleich scheiterte man jedoch daran, ein umfassendes *Agenda-setting* für wohlstandsorientierte Politik zu betreiben bzw. diese in der politischen Prioritätenliste nach oben zu verschieben. Dafür verantwortlich zeichnen aus der hier gewählten Perspektive nicht zuletzt die endogenen und exogenen Restriktionen, wie sie oben skizziert wurden. Was die erstgenannte Form von Beschränkungen anbelangt, geht es v.a. darum, dass aufgrund institutionell sedimentierter Wissensbestände und eines entsprechend variierenden ‚Matchings‘ bestimmte politische Konzepte als passfähiger, weil mit besagten Wissensbeständen in Kontinuität stehend gelten und deshalb im Sinne pfadabhängiger Entwicklung gegenüber anderen priorisiert werden. Eine so verstandene Pfadabhängigkeit drückt sich zum einen inhaltlich etwa in der Schwierigkeit aus, neue programmatische Ideen in Bezug auf Wachstum und Wohlstand – von der inklusiven und nachhaltigen Wachstumsstrategie bis zum sozial-ökologisch erweiterten Wohlstandsverständnis – aufzugreifen und durchzusetzen. Zum anderen zeigt sie sich aber auch in formaler Hinsicht etwa darin, dass eine Einbindung neuer – jenseits des traditionellen Felds lokalisierter – AkteurInnen (z.B. NGOs, BürgerInneninitiativen) ebenso wie ein Beschreiten neuer – über traditionelle Kanäle und Formate hinausgehender – Wege (z.B. Beteiligungsverfahren, Kampagnen) schwer fällt.<sup>82</sup>

Was die exogenen Restriktionen betrifft, geht es um die ‚epistemischen Selektivitäten‘ politischer Institutionen, die im Sinne vielfältiger Filterungs- und Ausschlussmechanismen bedingen, dass manche Formen des Wissens, der Problempertzeption und der Narration gegenüber anderen benachteiligt werden. Im Extremfall wird darüber verhindert, dass manche Sachthemen es überhaupt auf die politische Agenda bzw. in die oberen Ränge politischer Prioritätenlisten schaffen. Dies zeigt sich im vorliegenden Fall bereits hinsichtlich der medialen und wissenschaftlichen, vor allem jedoch im Hinblick auf die politisch-institutionelle Öffentlichkeit, wo systematische Formen der Selektion bestimmter Themen, Zeithorizonte und Strategien zu konstatieren sind. Dem *Agenda-setting* für eine wohlstandsorientierte Politik entgegen stehen in diesen Fällen häufig nicht bloß gewichtige Interessen und damit verbundene Machtasymmetrien. Auch die Art und Weise, wie dominante Vorstellungen gesellschaftlichen Wohlstands und Fortschritts in institutionelle

---

<sup>82</sup> In formaler Hinsicht wird dies auch darüber deutlich, dass das etablierte Funktionieren des politischen Systems (z.B. Ressortprinzip) bzw. seiner verbandsförmigen Erweiterung (z.B. Sozialpartnerschaft) dazu tendiert, die Durchsetzung alternativer Konzepte (z.B. integrale Ansätze, zivilgesellschaftliche Partizipation) zu erschweren, wenn nicht gar zu verhindern.

Regelwerke (Institutionen wie der Fiskalrat, Verfahren wie das Europäische Semester usw.) eingeschrieben sind, ist für eine Erklärung der Filterung und des Ausschlusses alternativer Ansätze und damit verbundener Wissensformen von Relevanz.

In den Interviews wurde von unterschiedlichen Stakeholdern eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, mit deren Hilfe es gelingen soll, wohlstandsorientierte Politik zukünftig auch hierzulande institutionell besser zu verankern. Deren Wirkmächtigkeit wird nicht zuletzt davon abhängen, inwiefern es gelingt, die dargestellten endogenen bzw. exogenen Restriktionen abzumildern bzw. zu überwinden, um solche Ansätze darüber an zentraler Stelle auf die politische Agenda zu setzen.

## (6) Verzeichnis der Interviews

Name	Funktion	Ort und Zeit
<b>Stakeholder-Gruppe I: Politik und Verwaltung</b>		
Martina Schuster	Leiterin der BMLFUW-Abteilung für Energie- und Wirtschaftspolitik	15. April 2016 im Umweltministerium (Stubenbastai 5, 1010 Wien)
Johannes Schweighofer	Leiter der BMASK-Abteilung für Internationale Arbeitsmarktpolitik	27. Juli 2016 im Sozialministerium (Stubenring 1, 1010 Wien)
Dominik Bernhofer	Mitarbeiter der Sektion IV für Koordination im BKA	5. September 2016 im Bundeskanzleramt (Ballhausplatz 2, 1010 Wien)
Norbert Feldhofer	Leiter der Abteilung für Wirtschaft, Arbeit und Energie im BKA	16. August 2016 im Bundeskanzleramt (Ballhausplatz 2, 1010 Wien)
Klemens Himpele <i>[Doppel-Interview]</i>	Dienststellenleiter der MA 23 für Wirtschaft, Arbeit und Statistik der Stadt Wien	31. März 2016 in der MA 23 (Meiereistraße 7, 1020 Wien)
Edith Waltner <i>[Doppel-Interview]</i>	Stellvertretende Leiterin des Dezernats Wirtschaft, Arbeit und Statistik der Stadt Wien	31. März 2016 in der MA 23 (Meiereistraße 7, 1020 Wien)
Jan Krainer	Abgeordneter zum NR, SPÖ-Bereichssprecher für Budget und Finanzen	19. April 2016 im Parlament (Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1017 Wien)
Georg Ortner	SPÖ-Klubsekretär sowie stellvertretender Klubdirektor für Budget und Wirtschaft	24. Juni 2016 im Parlament (Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1017 Wien)
<b>Stakeholder-Gruppe II: (Angewandte) Wissenschaft inkl. Bundesanstalt für Statistik</b>		
Alexandra Wegscheider-Pichler	Leiterin der Stabsstelle Analyse der Statistik Austria	21. März 2016 in der Statistik Austria (Guglgasse 13, 1030 Wien)
Karl Aiginger	Von 2005-2016 <sup>83</sup> Leiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, WIFO	20. Juni 2016 im WIFO (Arsenal 20, 1030 Wien)
Margit Schratzenstaller	Stellvertretende Leiterin des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, WIFO	04. April 2016 im WIFO (Arsenal 20, 1030 Wien)

<sup>83</sup> Karl Aiginger war zum Zeitpunkt der Interviews Leiter des WIFO und Koordinator des EU Projektes WWWforEurope (vgl. Aiginger 2016a, 2016b). Zwischenzeitlich leitet er die *Querdenkerplattform: Wien-Europa (Policy Crossover Center: Vienna-Europe)*, vgl. [www.querdenkereuropa.at](http://www.querdenkereuropa.at) (31.10.2016)

### **Stakeholder-Gruppe III: Verbände inkl. verbandsnaher Einrichtungen**

Dwora Stein	Bundesgeschäftsführerin der GPA-djp und Vizepräsidentin der AK Wien	11. August 2016 in der GPA-djp (Alfred Dallinger-Platz 1, 1030 Wien)
Werner Muhm	(Ehemaliger) Direktor der AK Wien	6. September 2016 in der AK Wien (Argentinierstraße 37, 1040 Wien)
Markus Marterbauer	Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien	23. März 2016 in der AK Wien (Prinz Eugen Straße 20-22, 1040 Wien)
Christoph Schneider	Leiter der Stabsabteilung Wirtschaftspolitik der Wirtschaftskammer (WKO)	18. August 2016 in der WKO (Wiedner Hauptstraße 63, 1040 Wien)
Clemens Wallner	Wirtschaftspolitischer Koordinator der Industriellenvereinigung (IV)	8. September 2016 in der IV (Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien)

### **Stakeholder-Gruppe IV: NGOs aus den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Soziales**

Christian Felber	Initiator des Projekts Gemeinwohl-Ökonomie; Sachbuchautor	30. Mai 2016 im Café Rüdigerhof (Hamburgerstraße 20, 1050 Wien)
Judith Pühringer	Geschäftsführerin von <i>arbeit plus</i> ; im Koordinationsteam der Armutskonferenz	30. Mai 2016 bei <i>arbeit plus</i> (Herklotzgasse 21/3, 1150 Wien)
Alexandra Strickner	Koordinatorin von <i>Wege aus der Krise</i> ; im Vorstand von Attac Österreich	6. Juni 2016 im Global 2000-Büro (Neustiftgasse 36, 1070 Wien)

### **Stakeholder-Gruppe V: Medien und Journalismus**

Robert Misik	Journalist (Falter usw.) und Sachbuchautor	8. Juni 2016 im Café Engländer (Postgasse 2, 1010 Wien)
Joseph Gepp	Journalist (profil usw.)	11. Juni 2016 im Café Diglas Wollzeile (Wollzeile 10, 1010 Wien)

## **(7) Literatur**

- Abels, Gabriele/Behrens, Maria (2009): „ExpertInneninterviews in der Politikwissenschaft“. In: Bogner, Alexander/Beate Littig/Wolfgang Menz (Hg.): *Experten-Interviews. Theorien, Methoden, Anwendungsfelder*. 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden, S. 159-179.
- Aiginger, Karl (2016a): *New Dynamics for Europe: Reaping the Benefits of Socio-ecological Transition. Synthesis Report Part I*. Wien.
- Aiginger, Karl (2016b): *New Dynamics for Europe: Reaping the Benefits of Socio-ecological Transition. Executive Summary*. Wien.
- Aiginger, Karl/Schratzenstaller, Margit (2016): „A New Strategy for Europe“. In: *Intereconomics* 4/2016, S. 185-194.
- AK Postwachstum (Hg.) (2016): *Wachstum – Krise und Kritik. Die Grenzen der kapitalistisch-industriellen Lebensweise*. Frankfurt/New York.
- Bieling, Hans-Jürgen (2011): „Vom Krisenmanagement zur neuen Konsolidierungsagenda der EU“. In: *Prokla* 2/2011, S. 173-194.
- Bogner, Alexander/Beate Littig/Wolfgang Menz (2014): *Interviews mit Experten. Eine praxisorientierte Einführung*. Wiesbaden.
- Brand, Ulrich (2013): „State, context and correspondence. Contours of a historical-materialist policy analysis“. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* Heft 4/2013: 425-442.
- Brand, Ulrich (2014): „Kapitalistisches Wachstum und soziale Herrschaft. Motive, Argumente und Schwächen grundlegender Wachstumskritik“. In: *Prokla* 44(2)/175, S. 289-306.
- Brand, Ulrich/Vadrot, Alice (2013): „Epistemic Selectivities and the Valorisation of Nature: The Cases of the Nagoya Protocol and the Intergovernmental Science-Policy Platform for Biodiversity and Ecosystem Services (IPBES)“. In: *Law, Environment and Development Journal* 2013, 204-220.
- Brangsch, Lutz (2011): „Kennziffernfragen sind Machtfragen. Politische Dimensionen von Gegenstand und Methode von Wachstumsdebatten“. In: *Kurswechsel* 1/2011, S. 25-38.
- Chaloupek, Günther/Feigl, Georg (2012): „Die Wachstumskontroverse vor vierzig Jahren und heute“. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* Heft 4/2012, S. 771-800.

Costanza, Robert/Lew Daly/Lorenzo Fioramonti/Enrico Giovannini/Ida Kubiszewski/Lars Fogh Mortensen/Kate E. Pickett/Kristin Vala Ragnarsdottir/Roberto De Vogli/Richard Wilkinson (2016): „Modelling and measuring sustainable wellbeing in connection with the UN Sustainable Development Goals“. In: *Ecological Economics* 130, S. 350-355.

Diefenbacher, Hans/Roland Zieschank/Dorothee Rodenhäuser (2010): *Wohlfahrtsmessung in Deutschland. Ein Vorschlag für einen nationalen Wohlfahrtsindex*. Berlin.

Diefenbacher, Hans/Zieschank, Roland (2011): *Woran sich Wohlstand wirklich messen lässt. Alternativen zum Bruttoinlandsprodukt*. München.

Dräger, Klaus (2010): „EU 2020 – realistischer als die Lissabon-Strategie?“ In: *Kurswechsel* Heft 2/2010, S. 82-86

Dullien, Sebastian/Van Treeck, Till (2012a): *Ziele und Zielkonflikte der Wirtschaftspolitik und Ansätze für Indikatoren und Politikberatung*. IMK Policy Brief. Düsseldorf.

Dullien, Sebastian/Van Treeck, Till (2012b): *Ziele und Zielkonflikte der Wirtschaftspolitik und Ansätze für einen neuen sozial-ökologischen Regulierungsrahmen. Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung*. Berlin.

Dullien, Sebastian (2015): *Das neue „Magische Viereck“ im Realitätscheck*. Berlin.

Enquete-Kommission (2013): *Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Schlussbericht der Kommission*. Berlin.

Europäische Kommission (2009): *GDP and beyond. Measuring progress in a changing world*. COM(2009) 433. Brüssel.

Europäische Kommission (2010a): *Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum*. KOM(2010) 2020 endgültig. Brüssel.

Europäische Kommission (2010b): *Empfehlung für eine Empfehlung des Rates über die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Union. Teil I der Integrierten Leitlinien zur Europa 2020*. SEK(2010) 488 endg. Brüssel.

Europäische Kommission (2010c): *Vorschlag für einen Beschluss des Rates über Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten. Teil II der Integrierten Leitlinien zu Europa 2020*. KOM (2010) 193 endg. Brüssel.

Europäische Kommission (2013): *Progress on „GDP and beyond“ actions*. SWD(2013) 303

final. Brüssel.

Europäische Kommission (2014): *Bestandsaufnahme der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum*. COM(2014) 130. Brüssel.

Europäische Kommission (2015): *Ergebnisse der öffentlichen Konsultation zur Strategie 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum*. COM(2015) 100. Brüssel.

Europäisches Parlament (2011): *GDP and beyond – Measuring progress in a changing world*. P7\_TA(2011)0264. Brüssel.

ESSC. European Statistical System Committee (2011): *Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development. Final Report*. Brüssel.

Eurostat (2015): *Smarter, greener, more inclusive? Indicators to support the Europe 2020 strategy*. Brüssel.

Felber, Christian (2012): *Gemeinwohl-Ökonomie. Eine demokratische Alternative wächst*. Wien.

Feigl, Georg (2012): „Austeritätspolitik in Europa. Konsolidierungspakete im Überblick“. In: *Kurswechsel* 1/2012, S. 36-46.

Feigl, Georg (2016): „Sozial innovative Wirtschaftspolitik“. In: Meichenitsch, Katharina/Michaela Neumayr/Martin Schenk (Hg.): *Neu! Besser! Billiger! Soziale Innovation als leeres Versprechen?* Wien, S. 157-169.

Feigl, Georg (2017): „Von der Neuvermessung gesellschaftlichen Wohlstands zur wohlstandsorientierten Wirtschaftspolitik“. In: *Momentum Quarterly* [forthcoming].

Forschauer, Ulrike/Lueger, Manfred (2003): *Das qualitative Interview. Zur Praxis interpretativer Analyse sozialer Systeme*. Wien.

Gepp, Joseph (2015): „€ 322.590.000.000: Die Zahl der Zahlen“. In: *Falter* 15/2015, S. 16-18.

Gläser, Jochen/Laudel, Grit (2010): *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse*. Wiesbaden.

Griesser, Markus (2015): „Der Staat als Wissensapparat. Konzeptionelle Überlegungen zu einer nicht-funktionalistischen Funktionsanalyse des Sozialstaats“. In: *Zeitschrift für Sozialreform – Journal of Social Policy Research* 1/2015, S. 103-124.

Hopf, Christel (2008): „Qualitative Interviews – ein Überblick“. In: Flick, Uwe/Ernst von

- Kardoff/Ines Steinke (Hg.): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. Reinbek bei Hamburg, S. 349-360.
- Jackson, Tim (2011): *Wohlstand ohne Wachstum: Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt*. München.
- Jessop, Bob (2002): *The Future of the Capitalist State*. Cambridge/Malden.
- Kettner, Claudia/Katharina Köberl/Christine Mayerhuber/Sophie Karmasin/Nicole Steininger (2012): *Mehr als Wachstum. Messung von Wohlstand und Lebensqualität mit dem OECD Better Life Index 2013 auf Basis österreichischer Präferenzen*. Wien.
- Kettner, Claudia/Mayerhuber, Christine (2013): *Mehr als Wachstum. Der OECD Better Life Index 2013 auf Basis österreichischer Präferenzen*. Wien.
- Kettner, Claudia/Angela Köppl/Sigrid Stagl (2014): *Towards an operational measurement of socio-ecological performance*. WWWforEurope Working Paper no 52. Wien.
- Kingdon, John W. (1984): *Agendas, Alternatives, and Public Policies*. New York.
- Klatzer, Elisabeth/Schlager, Christa (2011): „Europäische Wirtschaftsregierung – eine stille neoliberale Revolution“. In: *Kurswechsel* 1/2011, S. 61-81.
- Klammer, Bernd (2005): „Befragung und Interview“. In: Ders. (2005): *Empirische Sozialforschung. Eine Einführung für Kommunikationswissenschaftler und Journalisten*. Konstanz, S. 219-247.
- Köhler-Töglhofer, Walpurga/Part, Peter (2011): „Die Makrokoordinierung im Rahmen des Europäischen Semesters“. In: *Geldpolitik und Wirtschaft* Q4/11, S. 63-78.
- Lepenies, Philipp (2013): *Die Macht der einen Zahl. Eine politische Geschichte des Bruttoinlandsprodukts*. Berlin.
- Marterbauer, Markus (2011): *Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle*. Wien.
- Marterbauer, Markus/Oberndorfer, Lukas (2014): „Vom sozial-ökologischen Umbruch, der ansteht, aber nicht eintritt“. In: *infobrief eu & international* 4/2014, S. 1-6.
- Misik, Robert (2010): *Anleitung zur Weltverbesserung. Das machen wir doch mit links*. Berlin.
- Münch, Sybille (2016): *Interpretative Policy-Analyse. Eine Einführung*. Wiesbaden.
- Muraca, Barbara (2014): *Gut leben. Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums*. Berlin.



- Oberndorfer, Lukas (2012): „Hegemoniekrise in Europa. Auf dem Weg zu einem autoritären Wettbewerbsetatismus?“ In: Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (Hg.): *Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling*. Münster, S. 50-72.
- OECD (2011): *How's Life? Measuring Well-being 2011*. Paris.
- Offe, Claus (2006 [1972]): *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Veränderte Neuauflage*. Frankfurt/M.
- Pierson, Paul (2000): „Increasing Returns, Path Dependence, and the Study of Politics“. In: *The American Political Science Review* 2/2000, S. 251-267
- Rat der Europäischen Union (2015a): „Empfehlung (EU) 2015/1184 des Rates vom 14. Juli 2015 über die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union“. In: *Amtsblatt der Europäischen Union*, L 192/27-31.
- Rat der Europäischen Union (2015b): „Beschluss (EU) 2015/1848 des Rates vom 5. Oktober 2015 zu Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedsstaaten für 2015“. In: *Amtsblatt der Europäischen Union*, L 268/28-32.
- Reuter, Norbert (2015): „Wachstumskritik und die sozial-ökologische Transformation“. In: *Gegenblende. Das DGB-Debattenportal*. Unter: <http://gegenblende.dgb.de/++co++7f8dc74e-a0ba-11e4-9c14-52540066f352> (31.10.2016).
- Schmelzer, Matthias/Passadakis, Alexis (2011): *Postwachstum. Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte*. Hamburg.
- Schmidt, Christiane (2008): „Analyse von Leitfadeninterviews“. In: Flick, Uwe/Ernst von Kardoff/Ines Steinke (Hg.): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. Reinbek bei Hamburg, S. 447-456.
- Schmidt, Vivien A. (2011): „Speaking of change: why discourse is the key to the dynamics of policy transformation“. In: *Critical Policy Studies* 5 (2)/2011, S. 106-126.
- Schmidt, Vivien A. (2012): „Discursive Institutionalism. Scope, Dynamics, and Philosophical Underpinnings“. In: Fischer, Frank/Gottweis, Herbert (Hg.): *The Argumentative Turn Revisited*. Durham, S. 85-113.
- Schneider, Volker/Janning, Frank (2006): *Politikfeldanalyse. Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik*. Wiesbaden.

- Sharpe, Andrew (1999): *A Survey of Indicators of Economic and Social Well-being. Background Paper prepared for Canadian Policy Research Networks.* Ottawa.
- Statistik Austria (2015a): *Wie geht's Österreich? 2015 Indikatoren und Analysen.* Wien.
- Statistik Austria (2015b): *Wie geht's Österreich? 2015 Schlüsselindikatoren und EU-Vergleich. Kurzfassung.* Wien.
- Statistik Austria (2016): *Wie geht's Österreich? 2016 Schlüsselindikatoren und EU-Vergleich. Kurzfassung.* Wien.
- Stiglitz, Joseph/Amartya Sen/Jean Paul Fitoussi (2009): *Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress.* Paris.
- Timbeau, Xavier/Signe Dahl/Georg Feigl/Andrew Watt (2016): „Special Topic: How to foster a strong European social model which enables sustainable prosperity?“ In: Dies. (2016): *The Elusive Recovery. Independent Annual Growth Survey (iAGS) 2017.* Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 164. Wien, S. 82-90.
- United Nations (2016): *The Sustainable Development Goals Report 2016.* New York.
- Van den Bergh, Jeroen/Antal, Miklos (2014): *Evaluating Alternatives to GDP as Measures of Social Welfare/Progress.* WWWforEurope Working Paper No. 56. Barcelona.
- Welzer, Harald (2011): *Mentale Infrastrukturen. Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam.* Berlin.
- Whitby, Alistair/Charles Seaford/Christine Berry (2014): *BRAINPOoL Project Final Report: Beyond GDP – From Measurement to Politics and Policy.* London.
- Wilkinson, Richard/Pickett, Kate (2010): *Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind.* Berlin.

## **(8) Abkürzungsverzeichnis**

AK: Kammer für Arbeiter und Angestellte

BIP: Bruttoinlandsprodukt

BKA: Bundeskanzleramt

BMASK: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

BMLFUW: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

CAE: Conseil d'Analyse Économique

ESSC: European Statistical System Committee

EU: Europäische Union

Eurostat: Statistisches Amt der Europäischen Union

F&E: Forschung und Entwicklung

GDP: Gross Domestic Product (= BIP)

GPA-djp: Gewerkschaft der Privatangestellten - druck, journalismus, papier

IHS: Institut für Höhere Studien

IPA: Interpretative Policy-Analyse

IV: Industriellenvereinigung

NGO: Non Governmental Organisation (Nichtregierungsorganisation)

NR: Nationalrat

OECD: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

ÖGB: Österreichischer Gewerkschaftsbund

ÖVP: Österreichische Volkspartei

SERI: Sustainable Europe Research Institute

SPÖ: Sozialdemokratische Partei Österreichs

SVR: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

UN: United Nations (Vereinte Nationen)

UNECE: United Nations Economic Commission for Europe

VGR: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

WGÖ?: Wie geht's Österreich?

WIFO: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

WKO: Wirtschaftskammer Österreich

WU: Wirtschaftsuniversität Wien

WWWforEurope: Welfare, Wealth and Work for Europe

## **Zu den Autoren:**

Ulrich Brand, Professor für Internationale Politik an der Universität Wien, arbeitet unter anderem zur Krise der Globalisierung und zu sozial-ökologischen Fragen. Er leitet das vom österreichischen Klima- und Energiefonds finanzierte Projekt "Die Rolle von Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnen-Interessen bei der Gestaltung einer sozial-ökologischen Gesellschaft". Im März erscheint sein gemeinsam mit Markus Wissen verfasstes Buch „Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus“ im Münchner Oekom-Verlag.

# „Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft“

## Die Working Paper-Reihe der AK Wien

sind unregelmäßig erscheinende Hefte, in denen aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik behandelt werden. Sie sollen in erster Linie Informationsmaterial und Diskussionsgrundlage für an diesen Fragen Interessierte darstellen.

**Ab Heft 80 sind die Beiträge auch als pdf-Datei zum Herunterladen im Internet**

<http://wien.arbeiterkammer.at/service/studien/MaterialienzuWirtschaftundGesellschaft/index.html>

Heft 137	Drivers of wealth inequality in euro area countries, Februar 2015
Heft 138	Implementing the Golden Rule for Public Investment in Europe – Safeguarding Public Investment and Supporting the Recovery; März 2015
Heft 139	Haben und Nichthaben in der Vermögensgesellschaft - Vermögensarten und Vermögentypen: Eine Auswertung des European Household Finance and Consumption Survey (HFCS); März 2015
Heft 140	Der Berufs- und Branchenstrukturwandel der Beschäftigung in Österreich 1991-2012, April 2015
Heft 141	Of Proprietors and Proletarians - Inequality, Household Indebtedness, Macroeconomic Imbalances and the Ownership Society, April 2015
Heft 142	Analyse des Bundesfinanzrahmengesetzes 2016 bis 2019 - Spielraum für Beschäftigungspolitik; Juni 2015
Heft 143	Freizeitoption - Evaluierungsupdate einer arbeitszeitpolitischen Innovation, Juni 2015
Heft 144	Wissens-Spillovers und regionale Entwicklung, Juli 2015
Heft 145	Strukturwandel und regionales Wachstum – Wissensintensive Unternehmensdienste als „Wachstumsmotor“?, September 2015
Heft 146	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Zeitreihen 1995 – 2014, Oktober 2015
Heft 147	Budgetanalyse 2016, Wichtigste Budgetpolitische Herausforderung: Arbeitslosigkeit senken, November 2015
Heft 148	Arbeitszeiten in Österreich: Zwischen Wünschen und Realität, Dezember 2015
Heft 149	Bequests and the Accumulation of Wealth in the Eurozone, Februar 2016
Heft 150	Länder-Gemeinde-Transferverflechtungen, April 2016
Heft 151	Aufgabenorientierter Finanzausgleich am Beispiel der Elementarbildung, April 2016
Heft 152	Budgetanalyse 2016-2020, Mai 2016
Heft 153	Reichtum – Legitimation und Kritik, Juni 2016
Heft 154	Das europäische Schattenbankensystem, Juli 2016
Heft 155	Wem gehören die größten Unternehmen Österreichs?, Juli 2016
Heft 156	The Political Economy of Income Distribution: Industry Level Evidence from Austria, September 2016
Heft 157	The Gender Wealth Gap Across European Countries, September 2016
Heft 158	Moving Regulation out of Democratic Reach: Regulatory Cooperation in CETA and its Implications, September 2016
Heft 159	Überlegungen zur fairen und nachhaltigen Ausgestaltung eines Pensionskontensystems, Oktober 2016
Heft 160	Different but equal? Classes, wealth, and perceptions in Europe, November 2016
Heft 161	Budgetanalyse 2017, November 2016
Heft 162	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1996-2015, November 2016
Heft 163	Extension of the Empirical Stock-Flow Consistent (SFC) Model for Austria, November 2016
Heft 164	The Elusive Recovery. Independent Annual Growth Survey (iAGS) 2017, November 2016
Heft 165	Verankerung wohlstandsorientierter Politik, November 2016

---

Eigentümer, Verleger, Herausgeber und Vervielfältiger: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien; alle: 1041 Wien, Prinz Eugen-Straße 20-22, Postfach 534